Deutscher Caritasverband
Landesverband Bayern e. V.

Lessingstraße 1
80336 München | Bayern | Deutschland | Europa
Tel: +49 (89) 54497 130
info@caritas-bayern.de
www.caritas-bayern.de

This publication was produced in the framework of the MIND project, which has received financial support from the DEAR Programme of the European Union. The information contained in this publication does not necessarily reflect the position or opinion of the European Union.

M

GEMEINSAM HEIMAT SEIN MIGRATION UND ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

GEMEINSAM HEIMAT SEIN

MIGRATION UND ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

COMMON HOME series

Recherchiert und geschrieben von Dr. Annett Fleischer mit Unterstützung von Silvia Karl und Tobias Utters vom Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V. und Leticia Lozano (Caritas Europa).

Beiträge und Redaktion von Olga Kadysheva, Patrick Taran und Piyasiri Wickramasekara (Global Migration Policy Associates - GMPA) and Davide Gnes and Shannon Pfohman (Caritas Europa).

Diese Studie ist Teil von MIND (Migration. Interconnectedness. Development), ein auf drei Jahre angelegtes Projekt, finanziert von der Europäischen Kommission(DG DEVCO). Ziel des Projektes ist es, öffentliche Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang von nachhaltiger Entwicklung und Migration zu richten und die Rolle der Europäischen Union in der Entwicklungszusammenarbeit.
Projektleitung ist Caritas Österreich, die Partner des MIND Projekts sind: Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V., Caritas International Belgien, Caritas Bulgarien, Caritas Tschechische Republik, Caritas Europa, Caritas Italien, Cordaid (Caritas Niederlande), Caritas Portugal, Caritas Slovakei, Caritas Slovenien und Caritas Sweden.
Für weitere Informationen folgen Sie der Kampagne:

Diese Publikation wurde korrigiert von Mauricio Ruiz and Richard Tuffs
Übersetzung von zappmedia GmbH
Grafikdesign von Vanden Broele Group
Layout von Tobias Utters
Umschlaggestaltung by Jean Bernard Boulnois
Herausgegeben von Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V.,
Lessingstraße 1, 80336 München, Mai 2019.

This publication was produced in the framework of the MIND project, which has received financial support from the DEAR Programme of the European Union. The information contained in this publication does not necessarily reflect the position or opinion of the European Union.

Caritas reserves the right to not be held responsible for the accuracy and completeness of the information provided in this publication. Liability claims regarding damage caused by the use of any information provided, including any information which is incomplete or incorrect, will therefore be rejected.

INHALT

VORWORT 5

VISION UND GRUNDWERTE
DER GEMEINSAMEN HEIMAT 9

EINLEITUNG 13
Der deutsche Asyl- und Migrationskontext
aus historischer Perspektive 15
Migration und Asyl im heutigen Deutschland:
Ein statistischer Überblick 18

GESELLSCHAFTLICHER BEITRAG
VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN 25
Anerkennung der Leistungen von Migranten
am Aufenthaltsort: Deutschland 26
Anerkennung der Leistungen von Migranten
in den Herkunftsorten - Ausland 30
Rückwanderung und Wiedereingliederung 32

HERAUSFORDERUNGEN 33
Allgemeine Hindernisse
im Wohn- und im Herkunftsland 33
Hindernisse, die die Beiträge von
Migranten im Aufenthaltsland beeinträchtigen 33

BESSERE INTEGRATION BESSERE CHANCEN 41

MIGRATIONS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK 43
Begünstingende Faktoren 43
Nationale Strategien und Praktiken 43
Vielversprechende Praktiken - Nationale Ebene 47
Fallbeispiel: Das „Triple Win“-Projekt 48
Vielversprechende Praktiken: Nationale Ebene 49
Vielversprechende Praktiken: Kommunale Ebene 50
Vielversprechende Praktiken:
NGOs/Diaspora- und Migrantenorganisationen 50

SCHLUSSFOLGERUNGEN 53

EMPFEHLUNGEN 55

ANHANG 60

Jeanette Dietl / shutterstock.com

– KAPITEL 1 –

VORWORT

Im Jahr 2017 lebten in Bayern rund drei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. In den Jahren 2015 und 2016 ist diese Zahl deutlich gestiegen. Inzwischen wurde in unserem Bundesland viel getan, um die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren. Jetzt hat sich der Fokus verlagert: von der Flüchtlingshilfe hin zu Migration und Integration. Es ist deutlich zu erkennen, dass sich dieses Thema zu einer Herausforderung entwickelt hat, die von der gesamten Gesellschaft angegangen werden muss und an der viele Akteure beteiligt sind - von der Caritas und den Kirchen über die Politiker bis hin zur Zivilgesellschaft. Wir sehen es als besondere Verantwortung an, für eine faire und humane Behandlung von Flüchtlingen und Migranten einzutreten - sei es hier in Deutschland oder bereits in den Herkunftsländern. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die deutsche Gesellschaft, sondern für die gesamte europäische Gemeinschaft.

Als Caritas Bayern sind wir uns der Verantwortung Europas bewusst und wollen zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe beitragen. Deshalb sind wir einer von 12 Kooperationspartnern für das europäische Caritas-Projekt Migration Interconnectedness & Development (MIND). Das Projekt steht für die Verbindung von Migration und nachhaltiger Entwicklung und wird von der Europäischen Kommission (DG DEVCO) finanziert. Es wurde unter der Führung der Caritas Österreich gemeinsam mit Caritas Bayern (Deutschland), Caritas International Belgien, Caritas Bulgarien, Caritas Tschechien, Caritas Europa, Caritas Italien, Cordaid (Caritas Niederlande), Caritas Portugal, Caritas Slowakei, Caritas Slowenien und Caritas Schweden als Partner entwickelt. Mit MIND wollen wir zu einer positiven Atmosphäre beitragen und auch mehr Wissen über die Entwicklungsarbeit in der europäischen Bevölkerung generieren. Deshalb wollen wir Orte der Begegnung schaffen, an denen Menschen die komplexen Zusammenhänge zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung spürbar erleben und nachvollziehen können. Unsere Veranstaltungen und Projekte sind unter der Maßgabe von Respekt, Würde und Menschlichkeit für beide Seiten konzipiert, also für Einheimische und Migranten gleichermaßen.

Im Rahmen des Projekts war es auch möglich, diese Publikation zu erstellen. Natürlich erfolgen derartige Veröffentlichungen immer aus einem bestimmten Blickwinkel; sie sind aber auch ein Beispiel für eine erfolgreiche europäische Zusammenarbeit. Jedes Partnerland hat eine ähnliche Publikation über Migration und Entwicklung veröffentlicht, die wir als „Common Home“ bezeichnen. Wir bieten dem interessierten Leser einen Überblick über Migration und Netzwerke rund um das Thema Entwicklung in Deutschland. Die Publikation befasst sich nicht nur mit Zahlen, Daten und Fakten, sondern auch mit den Hürden, Chancen und Möglichkeiten für Migranten in Deutschland und gibt Empfehlungen für die Zukunft, um Themen mit Migrationsbezug erfolgreich zu gestalten.

Als Caritas Bayern wollen wir mit gutem europäischen Beispiel vorangehen und zeigen, dass es trotz oder gerade wegen der Unterschiede richtig und wichtig ist, sich gemeinsam für eine gute Sache einzusetzen. Europa bietet die beste Möglichkeit, gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration und Entwicklung gemeinsam anzugehen. Denn Europa ist mehr als ein Zusammenschluss von Ländern mit über 500 Millionen Bürgern. Europa steht für Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

– 1 –
BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG UND FREMDENFEINDLICHKEIT

– 2 –
GEWÄHRLEISTUNG VON MENSCHENRECHTEN FÜR ALLE MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE

– 3 –
ANWENDUNG UND DURCHSETZUNG DES ARBEITSRECHTS, DER NORMEN FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND DES ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZES

– 4 –
ABLÖSUNG DES NEGATIVEN DISKURESES DURCH EINE ZUTREFFENDE UND POSITIVE DARSTELLUNG VON MIGRATION

– 5 –
AUSBAU SICHERER UND LEGALER MIGRATIONSWEGE

– 6 –
STÄRKERE EINBUÍNDUNG VON STÄDTEN UND LOKALEN AKTEUREN IN DER INTEGRATION

– 7 –
STÄRKUNG DER TEILHABE VON MIGRANTEN AUF KOMMUNALER EBENE UND AM POLITISCHEN DISKURS

– 8 –
BEKÄMPFUNG DER FLUCHTURSACHEN

– 9 –
VERBESSERUNG DER DATENLAGE ZU DEN ZUSAMMENHÄNGEN ZWISCHEN MIGRATION UND ENTWICKLUNG

– 10 –
STÄRKUNG DER UNTERSTÜTZUNG FÜR REGIONALE, NATIONALE UND GANZHEITLICHE ENTWICKLUNG IM AUSLAND

Diese 10 Empfehlungen basieren auf den Erkenntnissen der Studie. Zu jeder Empfehlung finden sich Erklärungen in Kapitel 13.

– KAPITEL 2 –

ZUSAMMENFASSUNG

Die Beziehung zwischen Migration und Entwicklung ist inzwischen ein gängiges Thema in der Diskussion unter Forschern, Politikern und Praktikern. Es ist zwar mittlerweile allgemein anerkannt, dass es einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Prozessen gibt; dennoch ist es recht schwierig nachzuvollziehen, wie sie sich gegenseitig beeinflussen. Ziel dieser Studie ist es daher, den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung im spezifisch deutschen Kontext besser verständlich zu machen und die positive Rolle zu stärken, die Migranten in der Entwicklung sowohl ihrer Herkunftsländer als auch Deutschlands spielen können. Diese Studie schafft eine Grundlage, um das öffentliche Verständnis für den Zusammenhang zwischen universeller nachhaltiger Entwicklung und Migration in Deutschland und in ausgewählten Entwicklungsländern zu verbessern. Des Weiteren werden die deutschen Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit und das verstärkte Engagement von Regierungsbehörden aller Ebenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs), Einzelpersonen und anderen Akteuren bei der Bewältigung von Ursachen und Faktoren der Migration erläutert. Und schließlich soll die Studie Migranten und Flüchtlingen auch als wichtige Entwicklungsakteure in den Vordergrund rücken.

Was den Beitrag von Migranten zur Entwicklung Deutschlands und der Herkunftsländer betrifft, so betonen die Interviewpartner nicht nur den wirtschaftlichen Beitrag von Migranten - wie ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt oder ihre Geldüberweisungen - sondern befassen sich auch mit der sozialen Dimension und insbesondere mit den Kompetenzen, Wissensbeständen, Ideen und Werten, die Migranten in ihre Heimatländer weitergeben. Die Studie veranschaulicht die Bedeutung von Diaspora- und Migrantenorganisationen für die Entwicklung in den Herkunfts- und Zielländern.

Zu den Barrieren und Herausforderungen, mit denen Migranten im Hinblick auf ihre Rolle für die Entwicklung in Deutschland konfrontiert sind, gehören die negative Konnotation des Begriffs „Migration“, die mangelnde Unterstützung von Diaspora- und Migrantenorganisationen, die Fokussierung auf Integration statt auf Entwicklung sowie Hindernisse bei der Wahrnehmung von Rechten, Bildungsangeboten und Arbeitsplätzen. Die Analyse der wissenschaftlichen Literatur und die Interviews zeigen auch eine Reihe von Hindernissen auf, die einem uneingeschränkten Beitrag der Migranten zur Entwicklung in ihrem Herkunftsland je nach der spezifischen Situation des betreffenden Landes im Wege stehen. Hierzu zählen insbesondere Konflikte, zivile Unruhen und instabile Sicherheitslagen, fehlende Rechtsstaatlichkeit und eine mangelnde Infrastruktur für Investitionen.

Neben den großen Barrieren und Herausforderungen sollen jedoch auch Potenziale aufgezeigt werden, die den Beitrag von Migranten zur Entwicklung Deutschlands und ihrer Herkunftsländer sowie zu ihrer eigenen ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung erleichtern können. Der Bericht zeigt, dass die Bundesregierung erkannt hat, wie wichtig eine Maximierung des Entwicklungsnutzens durch Migration für die Gesamtgesellschaft tatsächlich ist. Vor diesem Hintergrund hat sie ihre Bemühungen um eine Verknüpfung der Migrations- und Entwicklungspolitik verstärkt. Dabei konzentriert sie sich auf die Bekämpfung der Fluchtursachen, Unterstützungsangebote für die Wiedereingliederung und Investitionen in den Entwicklungsländern. Die Studie schließt mit einer Vorstellung vielversprechender Verfahren, die von der Regierung auf nationaler, lokaler und kommunaler Ebene getragen werden, sowie aussichtsreichen Praktiken von NGOs und Migrations- und Diaspora-Organisationen. So informiert beispielsweise die Webseite DiasporaNRW.net über das Engagement von Diaspora-

Akteuren und macht ihr Engagement sichtbarer. Die Verknüpfung von Migration und Entwicklung wird durch regionale Netzwerktreffen gefördert, die für Migranten und Migrantenorganisationen ausgerichtet werden, die sich mit Fragen der lokalen Entwicklungspolitik befassen.

Die abschließenden Empfehlungen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ausrichtung der Entwicklungs- und Migrationspolitik an den Menschenrechten;
- Schaffung weiterer legaler Wege für eine sichere, geordnete und regelgebundene Migration;
- Einbindung der Zivilgesellschaft einschließlich Diaspora- und Migrantenorganisationen in den politischen Dialog;
- Stärkung und Erleichterung von Wissens- und Geldtransfers zwischen Deutschland und den Herkunftsländern;
- Förderung einer nachhaltigen Rückkehr und Wiedereingliederung durch koordinierte Verfahren in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

Rawpixel.com / shutterstock.com

– KAPITEL 3 –

VISION UND GRUNDWERTE DER GEMEINSAMEN HEIMAT

In seiner Enzyklika 2015, Laudato Si‘ - Über die Sorge für das gemeinsame Haus, erinnert uns Papst Franziskus (2015) daran, dass die Erde „unser gemeinsames Haus“ ist und dass wir wirtschaftliche, soziale, politische und ökologische Herausforderungen gemeinsam und koordiniert angehen müssen (CAFOD et al. 2018). Ausgrenzung und Armut, Krieg, globale Ungleichheit, Klimawandel, nicht nachhaltiger Konsum und Wachstum sowie Zwangsvertreibung und Migration erfordern unsere größte Aufmerksamkeit und unser Engagement. Die Enzyklika wurde schnell zu einem Referenzdokument für den katholischen Sozialdienst und Entwicklungsorganisationen in aller Welt und erzeugte Aufmerksamkeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der katholischen Kirche. Mit den nationalen und europaweiten „Common Home“-Publikationen greift die Caritas auf diese Botschaft zurück, um die komplexen Verflechtungen zwischen Migration und Entwicklung mit ihrer auf Glauben basierenden Ethik, die die Menschenrechte und die Würde des Menschen respektiert, zu untersuchen.

Für die Caritas ist ein menschenorientierter, ethischer und auf Rechten basierender Ansatz von grundlegender Bedeutung für Gesetz, Politik und Praxis. Eine ethische Interpretation des Zusammenhangs zwischen Migration, Entwicklung und dem Menschen ist daher unerlässlich, um die Vision und die Ziele der „Common Home“-Publikation zu formulieren. Die Visionen, Handlungen und Überzeugungen der Caritas wurzeln in rechtlichen und politischen Instrumenten und Quellen und im Wesentlichen in den Werten und der Lehre des Christentums und der römisch-katholischen Kirche. Gemeinsam haben diese Werte und Lehren mit den internationalen Rechtsinstrumenten und politischen Rahmenbedingungen eine Bekräftigung der Menschenwürde, der Gleichheit aller und der Unveräußerlichkeit der Menschenrechte als moralische Schlüsselprinzipien zur Gewährleistung des friedlichen Zusammenlebens und des grundlegenden Wohlergehens aller Menschen und Völker auf diesem Planeten. Dazu gehören: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und acht grundlegende Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen[1]; das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und ihr Protokoll von 1967; und die Internationalen Arbeitsstandards, die Grundsätze und Rechte für menschenwürdige Arbeit definieren. Die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung 2030 und die New Urban Agenda bilden die wichtigsten globalen Rahmenwerke in politischer Hinsicht. Die Katholische Soziallehre, die von der Katholischen Kirche entwickelte Lehre zu Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, und die christlichen Grundwerte bilden dagegen die Grundlage für die Ansichten und Handlungsweisen der Caritas.

In Laudato Si‘ argumentiert Papst Franziskus (2015:12): „Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung zu vereinen.“ Darüber hinaus ruft er zu einem Dialog mit allen über die Frage auf, „wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten“ (2015:12). Damit stellt er das aktuelle Entwicklungsmodell und den gegenwärtigen Zustand der globalen Gesellschaft in Frage, in der Ungerechtigkeiten zahlreich seien und in der immer mehr Menschen die grundlegenden Menschenrechte vorenthalten würden. Dies erfordere „die Priorisierung der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft als Mittel zur Messung des Fortschritts“ (CAFOD et al. 2018:16). Menschenrechte können definiert werden als völkerrechtlich garantierter Schutz von Einzelpersonen und Gruppen vor Beeinträchtigungen der Grundfreiheiten und der Menschenwürde. Menschenrechte sind unveräußerlich und können von keinem Menschen und mit keiner Begründung in Abrede gestellt oder aberkannt werden. Hierzu zählt auch der rechtliche bzw. Einwanderungsstatus. Sie sind universell, da sie für jeden und überall gelten. Die Menschenrechte umfassen bürgerliche, kulturelle, wirtschaftliche, politische und soziale Rechte und sind unteilbar. Dies bedeutet, dass die verschiedenen Arten von Rechten für die volle Entwicklung des Menschen und sein Wohlergehen gleichermaßen wichtig sind (Wiener Erklärung, 1993). Menschenrechtsinstrumente und Völkergewohnheitsrecht begründen für die Staaten drei

übergreifende Verpflichtungen, nämlich die Achtung, den Schutz und die Erfüllung dieser Rechte.

Migration

Migration ist ein wesentliches Merkmal der heutigen globalisierten Welt. Allgemein gesprochen, ist Migration die Bewegung von Menschen von einem Wohnort zum anderen. Während der Begriff Migration die Bevölkerungsbewegung innerhalb eines Landes - vom Land in die Stadt oder von einem Ort an einen anderen - umfasst, befasst sich das MIND-Projekt mit internationaler Migration. Die internationale Migration ist eine eigenständige rechtliche, politische und soziale Kategorie. Hier ziehen Menschen von einem Nationalstaat, in dem sie Bürger mit den üblichen Rechten und Schutzrechten sind, in ein anderes Land, in dem die Rechte und Schutzrechte ihrer Staatsbürgerschaft, ein Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und eine gemeinsame Identität oft nicht vorhanden sind und in denen die sozialen und kulturellen Paradigmen deutlich anders gestaltet sein können.

Während es keine international verbindliche Definition für Migration gibt, enthalten internationale Konventionen vereinbarte Definitionen der Begriffe Flüchtlinge und Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehörige; letztere trifft auf fast alle internationalen Migranten zu. Die Definition des Flüchtlings in der Konvention von 1951 und dem Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 lautet: „‚Flüchtling' ist ein Drittstaatsangehöriger, der aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt." Alle EU-Mitgliedstaaten haben sowohl das Flüchtlingsabkommen von 1951 als auch das Protokoll von 1967 ratifiziert.

Das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (ICRMW) besagt: „Der Begriff ‚Wanderarbeitnehmer' bezieht sich auf eine Person, die in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzt, eine entgeltliche Tätigkeit ausüben soll, ausübt oder ausgeübt hat."[2] Diese Konvention erkennt Grenzgänger, Saisonarbeiter, Seefahrer, Offshore-Arbeitnehmer, Wanderarbeiter und andere spezifische Kategorien von Wanderarbeitnehmern an, die unter ihre Bestimmungen fallen. Die ICRMW wiederholt, dass alle grundlegenden Menschenrechte auch für Familienmitglieder gelten, die mit Wanderarbeitnehmern zusammenleben und von ihnen abhängig sind. Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) belegen, dass fast alle internationalen Migranten, unabhängig von den jeweiligen Wanderungs- und Aufnahmegründen, letztlich wirtschaftlich aktiv werden, Anstellungsverhältnisse eingehen oder eine selbständige oder anderweitig entlohnte Tätigkeit ausüben.

Allerdings wurden unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine spezifische Definition und statistische Standards vereinbart, um zuverlässige und vergleichbare Daten über internationale Migranten zu erhalten und die von den meisten Staaten verwendet werden. Für statistische Zwecke ist ein internationaler Migrant definiert als „eine Person, die sich seit einem Jahr oder länger in einem anderen Land als dem Land der Geburt oder der Staatsangehörigkeit aufgehalten hat, unabhängig von den Ursachen oder Beweggründen und dem Rechtsstatus im Land des Wohnsitzes." Schätzungsweise 260 Millionen im Ausland geborene Menschen leben heute in anderen Ländern als dem, in dem sie geboren wurden oder dessen Staatsbürgerschaft sie ursprünglich besaßen.[3] Nicht in dieser Zahl enthalten sind jedoch Personen, die ein Land für kurze Zeit besuchen, darunter Touristen und Handels- oder Transportarbeiter, die ihren Wohnsitz nicht verlegt haben. Viele andere Personen in vorübergehender, kurzfristiger oder saisonaler Beschäftigung und/oder Wohnsituation werden in den UN- und anderen Statistiken über Migranten nicht berücksichtigt, wenn ihr Aufenthalt weniger als ein Jahr beträgt und/oder wenn sie ihren formellen Wohnsitz in ihrem Heimatland oder einem anderen Land behalten - auch wenn sie der Definition von Wanderarbeitnehmer entsprechen können. Für eine genaue Analyse der Vernetzung von Migration und Entwicklung verwendet die Caritas einen weiten Migrationsbegriff, der alle Flüchtlinge und Asylbewerber sowie Wanderarbeiter und deren Familienangehörige einbezieht.

Entwicklung

Die Zusage, niemanden außer Acht zu lassen und die Menschenrechte für alle zu gewährleisten, ist ein Eckpfeiler der Resolution der UN-Generalversammlung 70/1 „Transforming our world: 2030 Agenda for Sustainable Development", die eine Erklärung und die 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) und 169 Ziele der nachhaltigen Entwicklung enthält und am 25. September 2015 verabschiedet wurde. Dieses von allen 193 UN-Mitgliedstaaten gebilligte Dokument bringt ihre gemeinsame Vision und ihr Engagement für eine „Welt der universellen Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit, der Gerechtigkeit, der Gleichheit und Nichtdiskriminierung, der Achtung der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit und der kulturellen Vielfalt sowie der Chancengleichheit zum Ausdruck, die die volle Ausschöpfung des menschlichen Potenzials ermöglicht und zu gemeinsamem Wohlstand beiträgt. Eine Welt, die in ihre Kinder investiert und in der alle Kinder frei von Gewalt und Ausbeutung aufwachsen. Eine Welt, in der jede Frau und jedes Mädchen die volle Gleichstellung der Geschlechter genießt und alle rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Hindernisse für ihre Ermächtigung beseitigt wurden. Eine gerechte, tolerante, offene und sozial integrative Welt, in der die Bedürfnisse der Schwächsten erfüllt[4] werden...".

Die Agenda 2030 hat zu Paradigmenwechseln in der Wahrnehmung von Entwicklung geführt: Entwicklung und nachhaltige Entwicklung betreffen alle Länder der Welt, Umweltschutz und die Bewältigung von Ungleichheiten werden als zentrale Entwicklungsziele betrachtet, Frieden und soziale Gerechtigkeit werden als integrale Bestandteile der universellen Entwicklungsagenda angesehen und die Notwendigkeit des Engagements und der Beteiligung aller Gruppen innerhalb aller Gesellschaften und Staaten wird betont, um Entwicklung für alle zu erreichen. Der neue weltweite Konsens über die Entwicklung basiert auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den Menschenrechtsverträgen. Wenn Staaten keine Fortschritte bei der Umsetzung der Menschenrechte für alle machen, können die SDGs daher nicht erreicht werden.

Der Begriff Entwicklung umfasst die Entwicklung von Produktionsmitteln, Kräften, Kapazitäten, Organisation und Produktion von Gütern, Dienstleistungen, Technologie und Wissen, um den Bedürfnissen der Menschen nach Nahrung und Wohlergehen gerecht zu werden. Er umfasst den Aufbau von Mitteln für die Gewinnung und Transformation von Ressourcen die Produktion von Gütern, Dienstleistungen und Wissen, die Infrastruktur für Produktion, Transport und Verteilung, das Wachstum von Kapital sowie von Fähigkeiten und Arbeitskräften und die Grundlage für das Wohlergehen/ Wohlbefinden der Menschen in Bezug auf Wohnraum, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Sozialschutz und Kultur im weiteren Sinne (Taran 2012).

Die Caritas verwendet das Konzept der ganzheitlichen menschlichen Entwicklung, das den Menschen in den Mittelpunkt des Entwicklungsprozesses stellt. Es kann als ein umfassender Ansatz definiert werden, der das Wohlbefinden der Person und aller Menschen in sieben verschiedenen Dimensionen berücksichtigt. Erstens die soziale Dimension, die sich auf die Lebensqualität in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialschutz und soziale Teilhabe sowie Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung aus jedwedem Grund konzentriert. Zweitens die Dimension der Arbeit und der wirtschaftlichen Tätigkeit als Mittel zur Selbstversorgung und der Versorgung der Angehörigen, des sozioökonomischen Engagements und des direkten Beitrags zur Entwicklung für die meisten Erwachsenen in allen Bevölkerungsgruppen. Drittens die ökologische Dimension, die sich auf die Achtung vor der Schöpfung und die Sicherung der Lebensqualität für zukünftige Generationen bezieht, ohne den Ruf dieser Generation nach Gerechtigkeit zu ignorieren. Viertens die politische Dimension, die Fragen wie die Existenz der Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, die Demokratie als repräsentatives und insbesondere partizipatives Instrument umfasst. Fünftens die wirtschaftliche Dimension, die sich unter anderem auf das Niveau des BIP und die Verteilung von Einkommen und Reichtum, die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums, die Struktur der Wirtschaft und der Beschäftigung, den Grad der Industrialisierung, den Grad der High-Tech-IKT und die Fähigkeit des Staates, Einnahmen für Humandienstleistungen und den Sozialschutz zu erzielen, bezieht. Sechstens die kulturelle Dimension, die sich mit der Identität und dem kulturellen Ausdruck von Gemeinschaften und Völkern befasst, sowie die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog und zum respektvollen Engagement zwischen Kulturen und Identitätsmerkmalen. Siebtens die spirituelle Dimension. Zusammengenommen bilden diese Dimensionen einen ganzheitlichen Entwicklungsansatz (Caritas Europa 2010). Nach der Katholischen Soziallehre erfordern soziale Ungleichheiten ein koordiniertes Handeln aller Menschen/ der gesamten Gesellschaft und den gesamten Regierungen aller Länder im Interesse der Menschheit aus zwei Gründen: 1) soziale Fragen sind global und 2) sozioökonomische Ungleichheiten sind eine Gefahr für Frieden und sozialen Zusammenhalt. In diesem Sinne muss die Entwicklung unseres eigenen Landes und anderer Länder das Anliegen von uns allen sein - also der menschlichen Gemeinschaft.

Migration und Entwicklung

Wie Entwicklung mit Migration verbunden ist, ist eine jahrhundertealte rechtliche, politische und praktische Frage. Umfangreiche erzwungene und freiwillige Bevölkerungsbewegungen ab dem 17. Jahrhundert lieferten den Menschen die Möglichkeit, Amerika sowie einige aufstrebende europäische Nationalstaaten zu entwickeln.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind Migration und Entwicklung Gegenstand intensiver Diskussionen zwischen Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit. Papst Pius XII. widmete eine Enzyklika über „Migranten, Ausländer und Flüchtlinge jeglicher Art, die aus Angst vor Verfolgung oder aus Not gezwungen sind, ihr Heimatland zu verlassen" (Exsul Familia 1952) und bekräftigte, dass Migranten und Flüchtlinge ein Recht auf ein Leben in Würde und damit ein Recht auf Migration haben.

Die Migration wurde im Rahmen von regionalen Integrations- und Entwicklungsprojekten zu einer grundlegenden Säule der Entwicklung in mehreren Regionen, nämlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die von der Europäischen Union abgelöst wurde. Seit den 1970er Jahren ist Migration für die Entwicklung durch regionale

Systeme des freien Personenverkehrs in Zentral-, Ost- und Westafrika von wesentlicher Bedeutung. Ab den 1920er Jahren unterstützten große Bevölkerungsbewegungen - einige davon unter Zwang - in der (ehemaligen) Sowjetunion die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung in den zwölf Sowjetrepubliken.

Angespornt von geopolitischen Ereignissen, die die menschliche Mobilität auf globaler Ebene stark verändert haben, ist das Verhältnis von Migration und Entwicklung zu einem zentralen Thema in den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Debatten geworden. Der erste globale Entwicklungsrahmen, der die Rolle der Migration und ihren immensen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung weltweit anerkennt, ist die Erklärung und das Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung von Kairo aus dem Jahr 1994[5]. Das übergreifende aktuelle Rahmenwerk ist die oben genannte Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren Zielen zur nachhaltigen Entwicklung. Während in SDG-Ziel 10.7 über „sichere, regulierte und verantwortungsbewusste Migration und Mobilität“ ein ausdrücklicher Verweis auf Migration und Entwicklung formuliert wurde, beziehen sich in 16 der 17 SDGs über 44 SDG-Ziele auf Migranten, Flüchtlinge, Migration und/oder erzwungene Migrationssituationen (Taran et al. 2016). Die im Oktober 2015 in Quito verabschiedete New Urban Agenda legt in ihrem globalen Entwicklungs- und Governance-Rahmen für Städte, in denen die meisten Migranten und Flüchtlinge ihren Wohnsitz haben, noch deutlicher Wert auf Migranten, Flüchtlinge und Binnenvertriebene.

Im Jahr 2016 verabschiedeten die UN-Mitgliedstaaten nach schweren und langwierigen Konflikten in Nahost und Südasien und dem Zusammenbruch eines wirksamen Flüchtlingsschutzes in den Nachbarländern die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten (UN-Resolution 71/1, 2016), in der sie eine verbesserte globale Steuerung der Migration und die Anerkennung der internationalen Migration als Motor für die Entwicklung sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern forderten. Der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM), der im November 2018 auf einer Regierungskonferenz im marokkanischen Marrakesch verabschiedet wurde, und der Globale Pakt für Flüchtlinge (GCR) haben diese Grundsätze ausgearbeitet und Wege zu ihrer Umsetzung durch politischen Dialog und unverbindliche Verpflichtungen vorgeschlagen. Beide Verträge wurden von der UN-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet.

Die Caritas erkennt an, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, ihre Herkunftsländer nicht nur wegen Konflikten und Verfolgung, sondern auch wegen anderer existenzieller Bedrohungen zu verlassen. Dazu gehören Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit und ein Mangel an menschenwürdiger Arbeit oder guter Regierungsführung, fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie die Folgen des Klimawandels. Die Zwangsmigration umfasst für die Caritas alle Migrationsbewegungen, bei denen ein Element des Zwangs besteht. Menschen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen, haben natürlich einen besonderen Anspruch und ein Recht auf internationalen Flüchtlingsschutz.

Die Caritas erkennt auch an, dass der überwiegende Teil der Migration nach Europa dem Bedarf der meisten EU-Mitgliedstaaten an „ausländischen“ Arbeitskräften und Kompetenzen entspricht, mit denen sie ihre eigene Entwicklung fortführen können. Diese Nachfrage resultiert aus sich rasch entwickelnden Technologien, Veränderungen in der Arbeitsorganisation, dem Standort und der abnehmenden Zahl der örtlichen Arbeitskräfte, die auf die zunehmende Alterung und die abnehmende Fertilität der lokalen Bevölkerung zurückgehen.

Nach Ansicht der Caritas haben die Zuwanderer und die Verbleibenden - ob im Herkunftsland oder im Wohnsitzland - das Recht, wirtschaftliche, politische, ökologische und soziale Bedingungen vorzufinden, um in Würde leben und ein erfülltes Leben führen zu können. Unabhängig vom Rechtsstatus in einem Land besitzen alle Migranten und Flüchtlinge eine inhärente Menschenwürde und Menschenrechte, die von allen Staaten jederzeit respektiert, geschützt und erfüllt werden müssen. Die Caritas fordert eine humane Reaktion der Solidarität und Zusammenarbeit, um die Verantwortung für eine integrale menschliche Entwicklung weltweit und für den Schutz und die Teilhabe von Menschen, die von einem Land in ein anderes gezogen sind - Migranten und Flüchtlinge - zu übernehmen. Migration trägt zur ganzheitlichen menschlichen Entwicklung von Migranten und ihren Aufenthaltsländern bei. Eine solche Vision beinhaltet die Erkenntnis, dass Migration - unabhängig von ihren Triebkräften - eine Chance für unsere Gesellschaften darstellt, sich ein wohlhabenderes, globales gemeinsames Zuhause aufzubauen, in dem jeder einen Beitrag zum Leben in Würde leisten kann.

– KAPITEL 4 –

EINLEITUNG

Ziel dieser Studie ist es, den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung im deutschen Kontext besser zu verstehen und die positive Rolle zu stärken, die Migranten bei der Entwicklung sowohl ihrer Herkunftsländer als auch Deutschlands spielen können. Dieser Bericht soll dazu beitragen, das öffentliche Verständnis für den Zusammenhang zwischen universeller nachhaltiger Entwicklung und Migration nach und innerhalb Deutschlands zu fördern. Des Weiteren soll der Bericht die deutschen Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit hervorheben, indem er sich auf ausgewählte Länder konzentriert. Darüber hinaus soll er die Vorteile eines verstärkten Engagements von Regierungsbehörden auf allen Ebenen sowie von Organisationen der Zivilgesellschaft, Einzelpersonen und anderen Akteuren aufzeigen, die diese bei der Bewältigung von Ursachen und Faktoren der Migration, der Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen als Entwicklungsakteure und der Gewährleistung ihrer eigenen integralen menschlichen Entwicklung leisten.

Der Bericht beginnt mit einer Analyse des nationalen Migrationskontextes sowie einer kurzen Zusammenfassung der Migrationsgeschichte in Deutschland und einem statistischen Überblick über die Trends bei Einwanderung und Auswanderung, Migrantengruppen sowie Migrantenkategorien. Zweitens untersucht der Bericht die Situation vor Ort, indem er sich mit der Frage beschäftigt, wie Migranten sowohl in Deutschland als auch in ihren jeweiligen Herkunftsländern zur Entwicklung beitragen. Insbesondere geht es in diesem Teil der Studie um die Teilhabe von Migranten am Arbeitsmarkt und an der Unternehmenstätigkeit sowie um ihre sozialen und kulturellen Beiträge im deutschen Kontext. Für ausgewählte Herkunftsländer untersucht die Studie wirtschaftliche und soziale Überweisungen sowie Beiträge von Rückkehrern.[6] Drittens untersucht der Bericht Hindernisse, die den vollen Beitrag der Migranten zur Entwicklung behindern, darunter mangelnder Austausch, Dialog und Zusammenarbeit, mangelnde Unterstützung für Diaspora- und Migrantenorganisationen sowie Hindernisse in Bezug auf Rechtsansprüche, Beschäftigung und Bildung in Deutschland und den Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Herausforderungen bei der Wiedereingliederung in den Herkunftsländern. Viertens untersucht diese Publikation Möglichkeiten, die den vollen Beitrag von Migranten zur Entwicklung unterstützen können, indem sie sich auf unterstützende Faktoren, länderspezifische Gesetze und Verfahren sowie vielversprechende Praktiken in Deutschland konzentriert. Die Studie schließt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und der Formulierung zentraler Empfehlungen.

Die Studie verwendet eine Methodik, die Analysen qualitativer und quantitativer Datenquellen mit sekundären Forschungsmethoden kombiniert. Zwischen Mai und September 2018 sammelte der Autor Daten und Informationen direkt von nationalen und kommunalen Behörden, nationalen und lokalen NGOs, Forschern und anderen wichtigen Informanten. Neben der Erhebung statistischer Daten befragte der Autor auch 18 Experten und Schlüsselinformanten, die aufgrund ihrer Expertise zu verschiedenen Aspekten von Migration und Entwicklung ausgewählt wurden.[7]

Mit Einverständnis der Teilnehmer wurden teilstrukturierte Interviews nach einem einheitlichen Satz von Interviewleitlinien in verschiedenen Städten in Deutschland persönlich, telefonisch, per Skype oder per E-Mail durchgeführt. Für diese Studie wurden insgesamt 18 Interviews durchgeführt.[8] Die Befragten bekamen die Möglichkeit, anonym zu bleiben, nur als Organisation/Institution oder mit ihrem Namen, ihrer Position und Organisation zitiert zu werden. In jedem Fall wurden die Wünsche der Studienteilnehmer berücksichtigt. Diese Details werden zusammen mit den Interviewkennungen in dieser Studie zitiert und im Anhang dargestellt

Irisland / shutterstock.com

– KAPITEL 5 –

DER MIGRATIONSKONTEXT IN DEUTSCHLAND

Der deutsche Asyl- und Migrationskontext aus historischer Perspektive

Die jüngere Geschichte Deutschlands als Nationalstaat kann nicht vollständig verstanden werden, ohne die Auswirkungen der Migration in all ihren Formen zu betrachten. Zwischen 1945 und 1955, nach der Vertreibung aus den Nachbarländern im Zuge der Befreiung von der deutschen Besatzung bzw. der ethnischen und politischen Verfolgung in den Ländern, die dem Sowjetblock beitraten,[9] siedelten sich rund 12 Millionen Aussiedler in Westdeutschland an. Nach Artikel 116 des Grundgesetzes von 1949 erhielten sie den vollen Zugang zu Rechten und automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft.[10] Diese Volksdeutschen wurden als Teil der deutschen Schicksalsgemeinschaft angesehen, auch wenn sie geografisch fern waren. Bis 1950 machten Flüchtlinge und Vertriebene 16% der westdeutschen Bevölkerung aus (Geddes und Scholten, 2016). Wie Fetzer (2000:69-70) feststellt, musste diese Gruppe von Neuankömmlingen „ihr Leben im kriegszerstörten Deutschland von Grund auf neu beginnen", während dies „aus der Sicht der einheimischen Deutschen eine große Last und Not verursachte, da die Deutschen gezwungen waren, sie zu aufzunehmen."

Neben den ethnischen Deutschen erreichten rund vier Millionen Ostdeutsche (Übersiedler) die Bundesrepublik Deutschland vor dem Mauerbau 1961. Diese gewaltigen Bevölkerungsbewegungen stellten für die Westdeutschen eine zusätzliche Herausforderung dar, „so viele ‚Nicht-Einheimische' zu integrieren" (Fetzer, 2000; Bade, 1992). Diese Situation führte laut Thomas Schwarz (1992) zur ersten Phase der deutschen Ausländerpolitik. Seiner Ansicht nach ist eine solche Politik vor allem auf die Notwendigkeit zurückzuführen, städtebauliche Probleme nach dem Bau der Berliner Mauer anzugehen, und auf die damals „einzigartige und schwierige" wirtschaftliche und geografische Situation Deutschlands (Schmalz-Jacobsen, 1993; Vertovec, 1996). „Demographische und beschäftigungsbezogene Faktoren der Migration waren die Hauptanliegen der politischen Entscheidungsträger, und ‚Integration' wurde weitgehend strukturell betrachtet" (Vertovec 1996:121-138 in Pfohman, 2014:384).

Die Ankunft der Umsiedler trug dazu bei, die Arbeitsmarktlücken der Nachkriegszeit zwischen 1945 und 1955 zu schließen, aber ihre Zahl war für den Bedarf nicht ausreichend. Dies führte zu einer weiteren Einwanderungswelle nach dem Krieg, als Deutschland anfing, zunächst nach landwirtschaftlichen und dann nach Industriearbeitern außerhalb seines Staatsgebietes zu suchen, um den herrschenden Arbeitskräftemangel auszugleichen. Gastarbeiter kamen als (gering qualifizierte) Arbeiter ins Land. Zunächst durften sie sich nicht dauerhaft niederlassen oder ein eigenes Unternehmen führen, da das Gastarbeitersystem nur vorübergehend Arbeiter aufnehmen sollte („Rotationsprinzip") (Ohliger, 2008). Der Grundgedanke lautete, die wachsende Wirtschaft und die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften mit Arbeitskräften und Fähigkeiten zu versorgen, die vor Ort nicht verfügbar waren. Dabei wurde stets davon ausgegangen, dass die befristeten Wanderarbeiter nach Beendigung der Arbeit nach Hause zurückkehren würden. Gastarbeiter aus Italien waren die ersten, die für schwer zu besetzende Stellen in der Landwirtschaft eingestellt wurden. Das erste bilaterale Abkommen Deutschlands über die Einstellung von Arbeitskräften wurde 1955 mit Italien unterzeichnet (Pfohman, 2014). Bald darauf unterzeichnete Deutschland auch mit verschiedenen anderen Ländern Anwerbeabkommen, etwa mit Spanien und Griechenland 1960 und mit der Türkei 1961.

Die Einwanderungspolitik Deutschlands in den 1950er bis 1960er Jahren war somit durch die aktive Anwerbung von Gastarbeitern geprägt. „Bis Juli 1960 waren fast 280.000 Gastarbeiter (davon 46% Italiener) nach Deutschland angeworben worden" (Geddes 2003 in Pfohman, 2014:384). Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 beendete

die Bewegung aus der DDR und führte zu einer stärkeren Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. So wurden weitere Einstellungsverträge mit Portugal (1964), Tunesien (1965) und Marokko (1963 und 1966) unterzeichnet. Die Zahl der Gastarbeiter in Deutschland erreichte 1966 mit 1,3 Millionen ihren Höhepunkt, wobei die Jahre zwischen 1961 und 1967 oft als die Zeit der „unkontrollierten Expansion" bezeichnet werden (Esser/Korte 1985:169). In diesen Jahren erlebte Deutschland einen Wirtschaftsboom, der zu einem großen Teil durch den Einsatz von Tausenden von Gastarbeitern ermöglicht wurde (Pfohman, 2014:386). Mit dem erneuten Aufschwung während des Wirtschaftswunders wurde auch die Stimmung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Ausländern nachgiebiger (Fetzer 2000).

Als die wirtschaftliche Situation jedoch zu schwanken begann und den bevorstehenden finanziellen Niedergang erahnen ließ, wandte sich der deutsche Nativismus der türkischen Bevölkerung zu (Pfohman, 2014). Schließlich führte dies zu dem Einwanderungsstopp (Anwerbestopp) von 1973. Die Absicht lautete zwar, die Ankunft von Neuankömmlingen zu verhindern. Der Anwerbestopp führte aber nicht wirklich zum Ende der Einwanderung. Vielmehr wuchs die ausländische Bevölkerung, da sich viele dauerhaft niederließen. Angesichts des großen Migrantenbestands, der 1973 nach Beendigung der systematischen Einwanderung und Anwerbung von Arbeitskräften in die Bundesrepublik Deutschland gekommen war, entwickelte sich die Familienzusammenführung zum wichtigsten Tor für die langfristige Einreise von Einwanderern (d.h. für diejenigen, die nicht als sogenannte Volksdeutsche unter Berufung auf ihre ethnische Zugehörigkeit ins Land kamen). Durch Gerichtsentscheidungen wurde das Recht auf Familienmigration geschützt (Geddes und Scholten, 2016). Anfang der 1970er Jahre waren 13% der ausländischen Bevölkerung Türken. Ihr Anteil erhöhte sich bis 1980 auf 33% (Esser und Korte, 1985: 172). Seit 2008 wurde die Einwanderung auf dem Wege der Familienzusammenführung erschwert (Ohliger, 2008). Abbildung 1 zeigt die Migrationsströme nach und von Deutschland zwischen 1950 und 2014. Spitzenwerte bei der Einwanderung ergeben sich in den 1970er Jahren vor allem durch die Ankunft der Gastarbeiter in Deutschland, Anfang der 1990er Jahre durch den Ausbruch der Jugoslawien-Kriege und die steigende Zahl von Asylbewerbern nach Deutschland sowie Mitte der 2000er Jahre durch die steigende Zahl von Asylbewerbern vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak.

Während der Zeit der sozialistischen Herrschaft rekrutierte auch die DDR ausländische Arbeitskräfte. Allerdings hat sie sich nie als Einwanderungsland verstanden. Außenpolitische Interessen bestimmten die Anwerbung von überwiegend männlichen Leiharbeitern im Alter zwischen 18 und 35 Jahren aus anderen sozialistischen Staaten wie Polen, Ungarn,

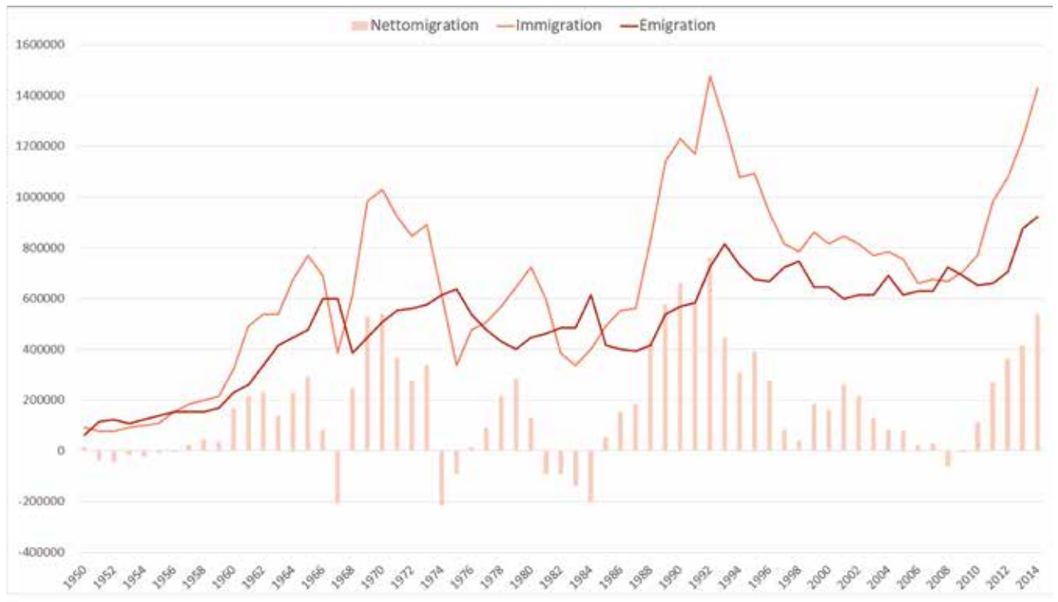

Abbildung 1: Migration nach und aus Deutschland 1950 – 2014

Quelle: Rietig und Müller, 2016. Daten basierend auf: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht 2014 (Berlin: Bundesministerium des Innern, 2016), 218-19; Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher für den Zeitraum 1953-1973 (Bonn: Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahre)..

Angola, Mosambik, Nordkorea und Vietnam. Bis 1989 gab es in Ostdeutschland 190.000 ausländische Arbeitnehmer (1,2% der Gesamtbevölkerung) (Geddes und Scholten, 2016). Der Ausländeranteil in Ostdeutschland betrug 1990 damit rund 1% der Gesamtbevölkerung von 15.000.000.000 Einwohnern. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch des ostdeutschen Staates und der ostdeutschen Wirtschaft wurden diese Leiharbeiter größtenteils in ihre Herkunftsländer zurückgeführt. Allerdings blieb eine beträchtliche Zahl von Vietnamesen (rund 30.000-40.000) im Land, obwohl sie ihre Fabrikarbeitsplätze verloren hatten. Angehörige dieser Gruppe landeten zunächst in der Schattenwirtschaft oder in der Arbeitslosigkeit, bis sie schließlich neue Arbeitsplätze fanden oder Karrieren als kleine Ladeninhaber starteten (Ohliger, 2008).

Laut Frauka Miere (2009) hat sich der öffentliche Diskurs über die Nation und die Integration von Migranten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Deutschland verschoben. Bis Anfang der 90er Jahre wurde die nationale Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland neben einer Reihe anderer internationaler Rechtsinstrumente noch weitgehend von den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 bestimmt. Nach dem Grundgesetz von 1949 (Art. 16 Abs. 2 GG) gewährte Deutschland Personen, die Schutz vor politischer Verfolgung suchen, ein festes und durchsetzbares individuelles Grundrecht auf politisches Asyl[11] (Pfohman, 2014). Die Rechte der Asylbewerber wurden durch die vergleichsweise liberalen Bestimmungen des Artikels 16 des Grundgesetzes geschützt, der „das Recht des Asylbewerbers anerkennt, einen Antrag zu stellen, anstatt die Verpflichtung des Staates, einen Antrag zu prüfen" (Geddes 2003:87). Anders als in allen anderen Ländern gewährte das deutsche Asylrecht bis zur Gesetzesänderung 1993 Menschen, die vor politischer Verfolgung fliehen, unabhängig von ihrem Herkunftsland Asyl.[12] Ausgehend von der Zeit des Nationalsozialismus wurde es konzipiert, um „aus politischen Gründen Verfolgten" einen absoluten Anspruch auf Schutz und damit das Grundrecht auf Asyl zu gewähren" (Comune di Roma 2004:55).

Deutschland war von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre ein bevorzugtes Ziel für Asylbewerber und Flüchtlinge. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien stieg die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge, da Deutschland von Beginn an humanitäre Hilfe leistete. Ende 1992 nahm Deutschland - im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - mit 235.000 Personen die höchste Zahl von Vertriebenen aus dem ehemaligen Jugoslawien auf (Blaschke/Sabanovic, 2001). Diese Reaktion ist auf die Tradition Deutschlands zurückzuführen, großzügig auf offenkundig schutzbedürftige Asylbewerber zu reagieren. Im Laufe der Zeit wuchsen jedoch die öffentlichen Bedenken hinsichtlich der Möglichkeiten Deutschlands, diese Neuankömmlinge zu unterstützen und aufzunehmen. Neben Asylbewerbern aus dem ehemaligen Jugoslawien empfing Deutschland auch Asylbewerber aus Rumänien, der Türkei sowie aus verschiedenen Regionen Asiens, Afrikas und des Mittleren Ostens. Außerdem nahm es mehr als eine Million „deutsche" Einwanderer auf, darunter Aussiedler aus Osteuropa und Übersiedler aus der DDR (Pfohman, 2014). Als Folge dieser rasanten Zunahme und des damit verbundenen öffentlichen und politischen Drucks wurde 1993 das im Grundgesetz verankerte liberale deutsche Asylrecht geändert. Mit diesem Politikwechsel wurden Asylanträge erheblich erschwert, da sich bestimmte Entsendestaaten als sichere Länder auswiesen und das Prinzip der sicheren Drittstaaten eingeführt wurde. Dies führte dazu, dass das Asyl verweigert wurde, wenn ein Asylbewerber vor der Einreise nach Deutschland ein sicheres Land passiert hatte. Alle Nachbarländer Deutschlands wurden damit zu sicheren Drittstaaten erklärt. Während 1992 noch 438.000 Asylanträge gestellt wurden, sank diese Zahl 2007 auf nur noch 30.000 (Ohliger, 2008).

Deutschland widersetzte sich viele Jahre lang der Vorstellung, dass es ein Einwanderungsland sei. Dies geschah trotz der Tatsache, dass das Land, wie oben gezeigt, eine große Zahl von Migranten und Flüchtlingen gleichermaßen aufnahm. Dieses Phänomen, kombiniert mit einem ethnokulturellen Verständnis der deutschen Nationalität und Staatsbürgerschaft, führte bis in die 1990er Jahre dazu, dass Deutschland mit seiner Weigerung, sich als Einwanderungsland zu betrachten und seinem ausgeprägt ethnokulturellen Modell als Ausnahmefall angesehen wurde. Dies machte es auch für ausländische Einwanderer äußerst schwierig, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen (Geddes und Scholten, 2016). Im Jahr 2000 traten Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft, die es in Deutschland geborenen Kindern von im Ausland geborenen Menschen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland geringfügig erleichterten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben und gleichzeitig die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern zu behalten. Dies war alles andere als ein kleiner Politikwechsel, denn es bedeutete eine grundlegende Transformation des Verständnisses der deutschen Staatsbürgerschaft, die sich positiv auf Generationen von Kindern mit Migrationshintergrund auswirkte. Während der Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit zuvor nur über die Herkunft (jus sanguinis) möglich war, wurde es mit dieser Neuausrichtung auch für Personen zugänglich, die auf deutschem Hoheitsgebiet geboren wurden (jus soli). Allerdings können nur Kinder von EU-Bürgern oder Eltern aus Staaten mit Sondervereinbarungen mit Deutschland ihre doppelte Staatsbürgerschaft langfristig behalten. Alle anderen müssen sich nach Erreichen der gesetzlichen Volljährigkeit für eine ihrer Nationalitäten entscheiden (Geddes und Scholten, 2016). Während diese Veränderung also für Migranten in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern positiv wahrgenommen wurde, bedeutet dies immer noch ein eher begrenztes und statisches Verständnis der deutschen Nationalität.

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 musste Deutschland seine seit langem bestehende Haltung „Wir sind kein Einwanderungsland“ aufgeben, um sich schließlich zum Einwanderungsland zu erklären. Das Gesetz zielte auf eine Vereinfachung des bisherigen Verfahrens ab: Viele verschiedene zweckgebundene Aufenthaltstitel wurden zu zweien zusammengefasst: dem befristeten und dem unbefristeten Aufenthaltstitel. Darüber hinaus wurden Sprachkurse erstmals gesetzlich vorgeschrieben (Geddes und Scholten, 2016). Daraus ergab sich, dass der Staat auch die Kosten für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und für Kurse zur kulturellen Integration übernehmen musste. Erstmals förderte der Staat nun „Integrationskurse“, die sich an Ausländer, Volksdeutsche und EU-Bürger richteten. Die Regierung behauptete, dass diese Kurse darauf ausgerichtet seien, den sprachlichen und kulturellen Bedürfnissen von Neuankömmlingen gerecht zu werden, um ihr reibungsloses Funktionieren in der deutschen Gesellschaft zu gewährleisten. Sie wurden jedoch eher dazu benutzt, Neuankömmlinge zu indoktrinieren und ihre Verantwortung für die Anpassung an die deutsche oder westliche Kultur, Sprache, Normen und Werte zu betonen (Miera, 2009). Darüber hinaus konnte nicht jeder Migrant von den Kursen profitieren; so erhielten beispielsweise Menschen mit Duldung nicht das Recht, kostenlos an den neu entwickelten Integrations- oder Sprachkursen teilzunehmen, da Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG II) keinen Anspruch auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis hatten (Pfohman, 2014). Seitdem befindet sich Deutschland jedoch in einem tiefgreifenden politischen Wandel, seinen Status anzuerkennen und zu einem Land zu werden, das die Integration von Neuankömmlingen und die Anwerbung von qualifizierten Wanderarbeitern in den Vordergrund stellt (Rietig und Müller, 2016).[13] Diese Herangehensweise an die die Themen Einwanderung und Einwanderer wurde mit der Ankunft von Asylbewerbern und Flüchtlingen ab 2015 auf die Probe gestellt. Sie hat zu einer hitzigen Debatte und zu bedeutenden Veränderungen in der Einwanderungs- und Asylpolitik und im Recht geführt (Juran und Broer, 2017).

Migration und Asyl im heutigen Deutschland: Ein statistischer Überblick

Bis Ende 2015 hatten rund 15 Millionen der 80 Millionen Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund, entweder als Einwanderer oder mit mindestens einem zugewanderten Elternteil. Bis Ende desselben Jahres waren rund eine Million Asylbewerber und Flüchtlinge nach Deutschland eingereist (Geddes und Scholten, 2016). Nach Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR, 2018) ist Deutschland mit 10,6 Millionen im Ausland geborenen Menschen das Land mit der größten Einwanderungsbevölkerung in Europa. Die Zahl der registrierten Ausländer stieg 2017 gegenüber 2016 um rund 585.000 (5,8%). Deutschland ist ein Zielland für Migranten aus aller Welt, darunter Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, dem Irak, Afghanistan und nun auch Syrien. Unter den Top Ten der Aufnahmeländer zählt Deutschland zu den Ländern mit hohem Einkommensniveau. Bis Ende 2017 wurden rund 970.400 Flüchtlinge aufgenommen (UNHCR, 2017). Außerdem verzeichnete Deutschland im Jahr 2015 insgesamt 846.000 Einreisen von EU-Bürgern. Das bedeutet, dass diese einen Anteil von 40% an der gesamten Einwanderung nach Deutschland hatten. Trotz des Anstiegs der absoluten Zahl der Einreisen unter den Bürgern der Europäischen Union ist ihr Anteil jedoch rückläufig (2014: 55%). Dies ist auf den überproportionalen Anstieg der Einreisen von Drittstaatsangehörigen zurückzuführen, insbesondere im Gegensatz zu dem starken Anstieg der Asylimmigration. Die Zahl der EU-Bürger, die Deutschland im Jahr 2015 verließen, betrug 518.500 (BAMF, 2016 in Rietig und Müller, 2016).

Insgesamt ist der Wanderungssaldo in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Jahr 2015 hat sich der Wanderungssaldo mit rund 1,2 Millionen nahezu verdoppelt. Dies ist im Wesentlichen auf den starken Anstieg der Asylbewerberzahlen in Deutschland im Rahmen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ - die von der Caritas als europäische „Solidaritätskrise“ bezeichnet wird - zurückzuführen. Nach anfänglicher Offenheit veranlasste der zunehmende politische Druck die Bundesregierung, strengere Kontrollen und restriktive Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Neuankömmlinge in Deutschland zu senken. Infolgedessen haben sich die Flüchtlingsströme seit 2016 deutlich verringert.

Wie Tabelle 1 zeigt, ist die Ausländerbevölkerung in Deutschland von 2009 bis 2017 kontinuierlich gestiegen. Die größte Gruppe bilden dabei Bürger aus den EU-Ländern. Die Zahl der Einwanderer, die sich überwiegend in flüchtlingsähnlichen Situationen befinden und aus Syrien, Afghanistan und dem Irak stammen, ist zwischen 2013 und 2017 deutlich gestiegen, vor allem aufgrund der Konflikte in diesen Ländern und der Asylbewerber in Deutschland. Zum Ende des Jahres 2017 lebten insgesamt rund 18,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund[14] in Deutschland, also mehr als jede fünfte Person (22,5%). Die überwiegende Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund kam aus der Türkei und anderen europäischen Ländern. Die am schnellsten wachsenden Gruppen kamen jedoch aus Afrika und dem Mittleren Osten. In Deutschland sind die Einreisen aus beiden Regionen seit 2011 um 50% gestiegen. Rund 740.000 Menschen in Deutschland haben afrikanische Wurzeln, 2,3 Millionen stammen aus dem Mittleren Osten. Etwas mehr als die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund besaß die deutsche Staatsangehörigkeit (Destatis, 2018).

Tabelle 2 veranschaulicht einige der wichtigsten Migrationsstatistiken für Deutschland. Es ist interessant zu sehen, dass beispielsweise die Beschäftigungsquote der einheimischen Deutschen und der ausländischen Bevölkerung in Deutschland recht ähnlich ist (76% Beschäftigungsquote für Deutsche und 68% für Ausländer). Dennoch beträgt die Differenz 8%. Etwas größer ist der Unterschied bei den Frauen mit knapp 13% Unterschied. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit in Deutschland ist mit nur 1,3% im Jahr 2015 nach wie vor gering. Diese Studie verfügte nicht über ausreichende Ressourcen, um die Gründe für die Unterschiede in der Beschäftigungsquote zu untersuchen. Die Autoren gehen jedoch davon aus, dass die Aufschlüsselung dieser Zahlen einerseits einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Beschäftigung und der Aufenthaltsdauer im Land im Vergleich zu kürzeren Aufenthaltsdauern und insbesondere zu Einwanderern aus Drittländern zeigen würde. Andererseits ist eine hohe Korrelation mit der Anerkennung der Bildungsabschlüsse und Qualifikationen der Einwanderer wahrscheinlich. Drittens ist auch ein Zusammenhang mit dem Niveau und der Geschwindigkeit des Erwerbs von Kenntnissen in der deutschen Sprache zu erwarten - abhängig von der Aufenthaltsdauer im Land sowie der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit des Deutschunterrichts. Für weibliche Flüchtlinge und Einwanderer, insbesondere aus Nicht-EU-Ländern, ist ein starker Zusammenhang zwischen Beschäftigung, der Betreuung von Kleinkindern und der Verfügbarkeit bzw. Nichtverfügbarkeit einer erschwinglichen Kinderbetreuung in der Nähe zu erwarten, die eine Arbeit außerhalb des Haushalts erst möglich macht. Auch der Zugang zum Deutschunterricht für Frauen, die zu Hause für Kleinkinder sorgen, ist als Faktor denkbar.

Seit 2014 ist die Zahl der Aufenthaltstitel, die Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der Familienzusammenführung mit Deutschen oder

Staatsbürgerschaft	2009	2013	2017
Total	6,694,776	7,633,628	10,623,940
EU-Staaten	2,589,130	3,366,504	4,701,290
EU-Kandidatenländer	2,103,390	1,934,083	1,935,460
Afrika	267,900	318,577	539,385
Asien	812,321	957,950	2,184,410
Syrien	28,921	56,901	698,950
Afghanistan	48,752	66,974	251,640
Irak	79,413	85,469	237,365
China	79,870	101,030	136,460

Tabelle 1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern und -regionen für die Jahre 2009, 2013 und 2017.
Source: Ausländerzentralregister, 2018.

OECD Datenbank	Daten
Zugang von ausländischer Bevölkerung 2015	2.016.200
Weggang von ausländischer Bevölkerung 2015	859.300
Neue Asylanträge 2016	722.360
Bestand der im Ausland geborenen Bevölkerung 2015	11.453.000 or 14.2%
Bestand der ausländischen Bevölkerung 2015	9.107.900 or 11.3%
Erwerb der Nationalität 2015	107.181 or 1.3%
Beschäftigungsquote nach Geschlecht und Geburtsort 2016, total	76.2% Einheimisch 68.4% Ausländisch
• Männer	79.2% Einheimisch 75.3.% Ausländisch
• Frauen	73.2% Einheimisch 60.5% Ausländisch
Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Geburtsort 2016, total	3.6% Einheimisch 6.8% Ausländisch
• Männer	3.9 Einheimisch 7.9% Ausländisch
• Frauen	3.3% Einheimisch 6.2% Ausländisch

Tabelle 2: Schlüsselzahlen zur Migration in Deutschland.
Quelle: OECD, 2018

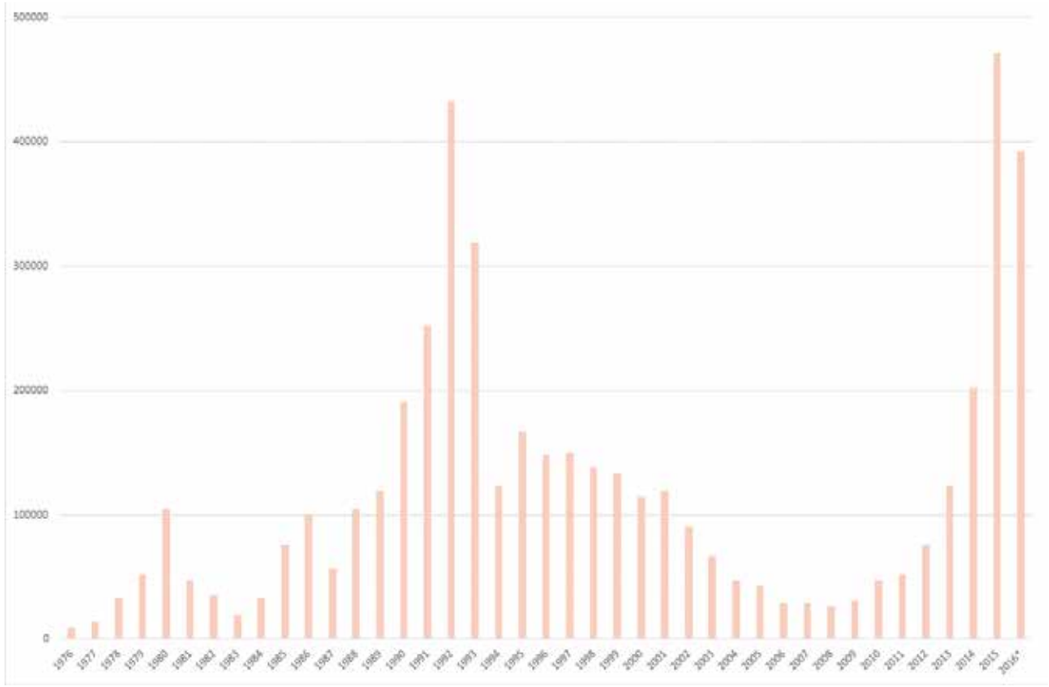

Abbildung 2: Asylanträge in Deutschland, 1976-2016 (Daten beziehen sich auf das erste Halbjahr des Kalenderjahres 2016). *Quellen: Rietig und Müller, 2016. Datenbasis: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, „Aktuelle Zahlen zu Asyl Mai 2016“, abgerufen am 17. August 2016; Bundesministerium des Innern, „396.947 Asylanträge im ersten Halbjahr 2016“ (Pressemitteilung vom 8. Juli 2016).*

Drittstaatsangehörigen erteilt werden, deutlich gestiegen. Zwischen 2010 und 2013 betrug die Zahl der zur Familienzusammenführung gewährten Aufenthaltstitel fast 55.000 pro Jahr. Im Jahr 2014 stieg sie auf 63.677 und im Jahr 2015 weiter auf 82.440. Die meisten dieser Aufenthaltstitel wurden an Ehefrauen oder eingetragene Partnerinnen ausgestellt, die ihren Ehemännern oder eingetragenen Partnern nachzogen; im Jahr 2015 betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der Aufenthaltstitel 42,8% (35.319 Personen). Minderjährige Kinder sind die zweitgrößte Gruppe; ihr Anteil lag zwischen 22,1% im Jahr 2011 und 33,9% im Jahr 2015. Ehemänner und männliche eingetragene Partner sind die drittgrößte Gruppe, vor Eltern und anderen Familienmitgliedern. Die zehn wichtigsten Herkunftsländer im Jahr 2015 waren Syrien (15.956 zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilte Aufenthaltstitel), die Türkei (7.720), die Russische Föderation (4.726), Indien (4.605), der Kosovo (3.808), die USA (3.098), die Ukraine (2.693), China (2.635), der Irak (1.800) und Bosnien und Herzegowina (1.775) (Grote, 2017).

Von den Asylbewerbern, die zwischen 2015 und 2017 nach Deutschland kamen, waren mehr als 50% jünger als 24 Jahre und etwa ein Viertel aller Flüchtlinge waren Kinder unter 15 Jahren. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland beträgt 15,3 Jahre (Destatis, 2018). Personen mit Migrationshintergrund sind vor allem in Bayern (21%) registriert, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (19,4%) und Baden-Württemberg (17,1%), also den wirtschaftlich sichereren Regionen Deutschlands.

Rund 5,92 Millionen der im Ausländerzentralregister registrierten Ausländer kamen 2017 aus Drittstaaten. Das waren rund 163.000 (2,8%) mehr als 2016. Damit fiel der Anstieg deutlich geringer aus als 2016, als er 665.000 (13,0%) betrug. Der geringere Anstieg ist auf einen geringeren Flüchtlingszustrom aus den Hauptherkunftsländern der Personen, die internationalen Schutz suchen, zurückzuführen. So betrug die Zahl der registrierten Asylbewerber aus Syrien im Jahr 2017 rund 61.000 (2016: 260.000), aus dem Irak 17.000 (2016: 91.000) und aus Afghanistan 5.000 (2016: 119.000). Insgesamt verzeichnete Deutschland im Jahr 2015 476.649 Asylanträge (2016: 745.545, 2017: 222.683, Januar 2018: 12.905) (AZR, 2018). Der Großteil der Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland ist männlich (rund 60%). Das Durchschnittsalter beträgt 37,7 Jahre. Wie Abbildung 2 veranschaulicht, gab es in Deutschland zwei große Spitzenwerte für Asylanträge; den ersten Anfang der 1990er Jahre aufgrund der Jugoslawienkriege und den zweiten

Abbildung 3: Entscheidungen über Asylanträge und Schutzquote, 2011-16. *Anmerkung: Zu den „förmlichen Entscheidungen“ zählen aufgegebene Anträge und wiederholte Anträge, die das BAMF nicht akzeptiert hat.*
Quelle: Rietig und Müller, 2016. Angaben basierend auf: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, „Aktuelle Zahlen zu Asyl Mai 2016“.

Mitte der 2010er Jahre hauptsächlich aufgrund der Konflikte in Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia und Eritrea.

Syrer, Iraker und Iraner stellten in der ersten Jahreshälfte 2016 die häufigsten Asylbewerber dar - eine Verschiebung gegenüber 2015, als die Balkanländer einschließlich Albanien und Kosovo ebenfalls einen hohen Rang einnahmen. Die Asylanträge aus den Balkanländern gingen deutlich zurück, nachdem Deutschland diese als sichere Herkunftsländer eingestuft hatte, was die Botschaft vermitteln sollte, dass potenzielle Antragsteller eine geringe Genehmigungschance haben. Der Anteil der Menschen, denen Deutschland humanitären Schutz in irgendeiner Form (einschließlich subsidiärem Schutz und Abschiebeverboten) gewährt, ist gestiegen. Im Jahr 2013 durfte sich nur ein Viertel der Menschen in Deutschland aufhalten, die Asylanträge gestellt hatten, im Jahr 2015 die Hälfte. D.h. die Schutzquote hat sich in nur zwei Jahren verdoppelt (siehe Abbildung 3) (Rietig und Müller, 2016).

Abbildung 3 zeigt, dass die Schutzquote für Asylbewerber in Deutschland zwischen 2011 und 2016 generell gestiegen ist. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Zahl der Asylbewerber, die nur subsidiären Schutz erhielten, deutlich gestiegen ist, während die Quote für Asylbewerber, die Asyl/ Flüchtlingsstatus erhielten, gesunken ist. Der subsidiäre Schutz gilt, wenn weder Flüchtlingsschutz noch ein Asylanspruch gewährt werden kann, aber im Herkunftsland ein schwerer Schaden droht. Personen mit subsidiärem Schutz erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für nur ein Jahr. Sie haben uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, was eine Erwerbstätigkeit ermöglicht. Sie haben jedoch keinen Anspruch auf eine vorrangige Familienzusammenführung. Diese Trends deuten auf ernstzunehmende rechtliche und politische Herausforderungen hin: zum einen auf die Tendenz, subsidiären Schutz und humanitären Status statt eines längerfristigen Flüchtlingsschutzstatus zu gewähren; zum anderen auf das Ausmaß, in dem die Asylannahmequote je nach Nationalität stark variiert und dazu dient, politische Haltungen auszudrücken und Botschaften zu vermitteln, anstatt ausschließlich auf Verdiensten zu beruhen.

Trotz der hohen Zahl von Drittstaatsangehörigen, die nach Deutschland einreisen, bleibt die EU-interne Migration stark ausgeprägt, da sie fast 40% der Einwanderung nach Deutschland ausmacht. Obwohl Deutschland einen Anstieg der Zuwanderung von EU-Bürgern zu verzeichnen hat, ist der Anteil der EU-internen Migration gemessen an der Zuwanderung insgesamt aufgrund des überproportionalen Anstiegs der asylbezogenen Zuwanderung ab 2015 zurückgegangen. Die Freizügigkeit aus anderen EU-Mitgliedstaaten trägt zu einem hohen Maß an Einwanderung bei. In Deutschland fand seit 2011 ein Nettozufluss von rund zwei Millionen Menschen insbesondere aus Polen, Rumänien und Bulgarien statt. Die Nettozuwanderung aus den EU-Mitgliedstaaten betrug 2017 439.000 (2016: 277.000). Die

höchste Nettozuwanderung wurde in Polen (85.000) und Rumänien (85.000) verzeichnet, gefolgt von Bulgarien (45.000). Die Entwicklung der letzten zehn Jahre veranschaulicht die zunehmende Bedeutung der Einwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Zwischen 2007 und 2017 wuchs die ausländische Bevölkerung mit der Staatsangehörigkeit eines neuen EU-Mitgliedstaates von 919.000 auf 2,6 Millionen (+ 185,7%). Die größten Wachstumsraten in diesem Zeitraum verzeichneten rumänische (+ 636,3%) und bulgarische (+ 563,0%) Bürger (AZR, 2018).

Nach Angaben des Innenministeriums stieg die Zahl der Wanderarbeitnehmer aus Drittländern im Jahr 2015 um rund 4 % auf 38.800, von denen 28.000 hochqualifiziert waren. Im Jahr 2015 kamen rund 6.800 Menschen mit einer EU Blue Card nach Deutschland,[15] was einer Steigerung von 30% gegenüber 2014 entspricht (OECD, 2017). Im Jahr 2015 arbeiteten fast 42.365 ausländische Wissenschaftler in deutschen Forschungseinrichtungen. Zwischen 2012 und 2015 stieg die Zahl der Wissenschaftler, die in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften forschen, von 20.627 auf 24.498. Als hochspezialisierter Wirtschaftsstandort benötigt Deutschland ihr Know-how, um Innovationskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln (Make it in Germany, 2017).

Darüber hinaus waren 2014 2,7 Millionen Studierende an Hochschulen registriert, darunter 301.350 mit ausländischem Reisepass (218.848 Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, und 82.502 Ausländer mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung). Seit 2011 ist die Gesamtzahl der Studierenden um 18% und die Zahl der internationalen Studierenden um fast 20% gestiegen. Heute sind doppelt so viele Ausländer an deutschen Universitäten eingeschrieben wie 1996. Die meisten internationalen Studierenden kommen aus China, Russland und Indien. Damit ist Deutschland das beliebteste nicht-englischsprachige Gastland für internationale Studierende.[16] Nur die USA und Großbritannien sind in dieser Hinsicht attraktiver. Die technischen Universitäten haben einen besonders guten Ruf für die Ausbildung von Ingenieuren – 25 % der Studienanfänger sind ausländische Studenten. Die Vielzahl der strukturierten Promotionsstudiengänge ist besonders attraktiv für ausländische Doktoranden. Die Tatsache, dass die Mehrheit der deutschen Hochschulen keine Studiengebühren erhebt, gibt ihnen einen weiteren Vorteil (Destatis, 2017).

Wie in den meisten Ländern mit hoher Zuwanderung fallen auch in Deutschland undokumentierte Migranten in vier übergeordnete Kategorien: (1) „Überzieher", die legal mit einem befristeten Visum eingereist sind und die keine Verlängerung des Aufenthalts beantragt haben oder denen dieser nicht gewährt wurde; (2) Personen einschließlich vieler Saisonarbeiter und Pendler, die die Erlaubnis haben, sich im Land aufzuhalten, aber ihre Aufenthaltsbedingungen verletzen, indem sie ohne Papiere arbeiten; (3) Asylbewerber, deren Anträge und Überprüfungsanträge abgelehnt wurden; und schließlich (4) Personen, denen die Einreise verweigert wurde und die daher heimlich unerkannt oder mit irreführenden Mitteln wie z.B. falschen Papieren eingereist sind. Es wird geschätzt, dass etwa 80% der undokumentierten Einwanderer in der Europäischen Union mit einem Touristenvisum und einer Aufenthaltserlaubnis einreisen (Humanity in Action, 2006). Im Jahr 2015 wohnten 90.425 Personen in Deutschland ohne rechtlichen Status. Zu dieser Kategorie gehören registrierte Asylbewerber, die noch keinen Asylantrag gestellt haben oder denen noch keine vorläufige Aufenthaltserlaubnis aufgrund eines Asylantrags erteilt wurde (Statistisches Bundesamt, 2017). Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhobenen Daten ermöglichen auch einen groben Überblick über den Qualifikations- und Beschäftigungsgrad von Erstbewerbern.

		Männlich			Weiblich		
Herkunftsland	**Total**	**Jünger als 14**	**14 to 15**	**16 to 17**	**Jünger als 14**	**14 to 15**	**16 to 17**
Afghanistan	690	30	165	435	15	10	30
Somalia	355	5	60	240	0	15	35
Syrien	285	35	35	120	40	15	40
Eritrea	140	5	20	85	0	5	20
Ägypten	120	5	10	105	0	0	0
Pakistan	90	0	5	75	0	0	5
Irak	85	10	10	40	5	0	20
Gesamt (einschließlich aller anderen Herkunftsländer)	2,486	110	370	1535	75	80	310

Tabelle 3: Zahl der Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2013.
Quelle: Müller, 2014

Im Jahr 2016 wurden in Deutschland 84.230 unbegleitete Minderjährige registriert. Davon waren 93% zwischen 14 und 17 Jahre alt (die restlichen 7% unter 14 Jahren) und 92% männlich. Der Großteil der unbegleiteten Minderjährigen im Asylverfahren waren Staatsangehörige Afghanistans, Eritreas und Somalias (Tangermann und Hoffmeyer-Zlotnik, 2018). Unbegleitete Minderjährige kommen in der Regel ungeregelt nach Deutschland und werden nach ihrer Entdeckung durch die Behörden vom Jugendamt betreut.[17] Sie haben die Chance, in Deutschland zu bleiben, wenn sie einen Asylantrag stellen. Die Ausländerbehörden gewähren in der Regel eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung, die so genannte Duldung. Diese versteht sich als vorübergehender Schutz mit der erzwingbaren Verpflichtung, das Land schließlich zu verlassen. Der genaue Zeitpunkt hierfür hängt jedoch von der konkreten Situation und dem Herkunftsland der betreffenden Person ab. Unter bestimmten Voraussetzungen kann dieser Status in eine Aufenthaltserlaubnis übergehen, z.B. wenn ein unbegleiteter Minderjähriger seine Schul- oder Berufsausbildung abschließen kann (Müller, 2014). Zum 31. Mai 2017 standen rund 37.570 unbegleitete Minderjährige unter dem Schutz der Jugendbehörden[18] (BAMF, 2017). Tabelle 3 zeigt die Zahl der Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger für das Jahr 2013 nach Herkunftsländern, Geschlecht und Alter (von 13 bis 17 Jahren). Dabei ist zu beobachten, dass für fast jedes Herkunftsland die Zahl der männlichen unbegleiteten Minderjährigen deutlich höher ist als die Zahl der weiblichen unbegleiteten Minderjährigen (Müller, 2014).

Nach jahrelanger Diskussion über die Möglichkeiten einer echten Integration in Deutschland hat sich das Bundeskabinett im Dezember 2018 auf die Eckpunkte für ein neues „Facharbeiter-Einwanderungsgesetz" geeinigt, das sich insbesondere an Migranten aus Drittländern richtet. Definitionsgemäß zielt dieses Gesetz darauf ab, „den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten und seine Sozialsysteme zu sichern. Neben der Anwerbung von Absolventen sollte das Gesetz nun auch für Menschen mit beruflichen Qualifikationen gelten - und zwar nicht nur in Berufen, in denen ein Arbeitskräftemangel besteht" (Euractiv, 2018). Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass Migranten in Deutschland ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können müssen und Berufstätige für sechs Monate nach Deutschland kommen können, um Arbeit zu suchen. „In Berufen, in denen ein akuter Fachkräftemangel besteht, wie z.B. in der IT oder im Pflegedienst, muss bei Aufnahme eines Arbeitsplatzes nicht einmal ein Qualifikationsnachweis erbracht werden. Gleichzeitig verpflichtet sich die Bundesregierung, potenzielle Bewerber im Ausland besser zu informieren und durch den Dschungel der deutschen Verwaltung zu führen" (ebd.). Mit diesem neuen Gesetz positioniert sich Deutschland als „Vorreiter" in der Europäischen Union bei der Anerkennung der Beiträge, die Migranten für das Land leisten können.

Daniel M. Ernst / shutterstock.com

- CHAPTER 6 -

GESELLSCHAFTLICHER BEITRAG VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

In Anbetracht der verschiedenen Phasen der Migration nach Deutschland und trotz der schwankenden nativistischen Tendenzen scheint es offensichtlich, dass ein Großteil der deutschen Einwanderungsgeschichte in vielerlei Hinsicht zur Entwicklung Deutschlands beigetragen hat. Einige dieser Beiträge sind offensichtlich. Sie reichen vom Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg über den Erhalt seiner Bevölkerung und seiner Arbeitskräfte und die Vermittlung von Kompetenzen und Innovationen bis hin zur Steigerung der kulturellen Vielfalt und der Verbesserung der Lebensqualität in Bezug auf kulinarische Vielfalt, Ernährung, Gesundheit, Bildung und die ökologische Achtung der Schöpfungsgüter.

So kann beispielsweise bei der Betrachtung von Beiträgen aus bestimmten Zeiträumen argumentiert werden, dass sowohl die Auswanderung aus als auch die Einwanderung nach Deutschland für die Entwicklung in Europa und anderswo von grundlegender Bedeutung waren. Was die deutsche Auswanderung betrifft, so bildeten die etlichen Millionen Deutschen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts und bis heute in die USA eingewandert sind, ein Rückgrat der industriellen und später dann der hochtechnologischen Entwicklung der nach wie vor führenden Industriemacht der Welt. Ebenso begründeten und unterstützten die Zehntausenden deutschen Auswanderer nach Russland Mitte des 19. Jahrhunderts die dortige Industrialisierung sowie die Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft auf den riesigen fruchtbaren Ackerflächen des Landes, die sich vom Oberlauf der Wolga bis zum Schwarzen Meer erstrecken. Deutsche Auswanderer nach Südamerika (Chile, Argentinien und Uruguay) trugen wesentlich zur landwirtschaftlichen Modernisierung und industriellen Entwicklung des Cono Sur vom späten 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts bei.

Was die Einwanderung nach Deutschland betrifft, so gibt es ebenso eindrucksvolle Beispiele. Der Zustrom von Deutschen aus dem Ausland am Ende des Zweiten Weltkriegs brachte Millionen von Menschen im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland - in ein Land, dessen männliche Erwerbsbevölkerung durch Tod und Kriegsverletzungen dezimiert worden war. Ohne diese „Rückkehrer“ hätte Deutschland in Ost wie West nicht die notwendigen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau, geschweige denn für die Reindustrialisierung oder für die Produktion von Lebensmitteln zur Ernährung der überlebenden Bevölkerung gehabt. Ein weiteres Beispiel sind die Leistungen der Gastarbeiter. Mehr ausländische Arbeitskräfte wurden benötigt, um die landwirtschaftliche Produktion auszuweiten und die Reindustrialisierung und Modernisierung ab Mitte der 1950er Jahre fortzusetzen. So gelangten im Rahmen der Arbeits-(Im-) migrations-Gastarbeiterprogramme zwischen 1955 und den 1970er Jahren mehr als 5 Millionen Arbeitnehmer ins Land. Parallel dazu erfolgte die Anwerbung von Hunderttausenden von Arbeitnehmern durch die Deutsche Demokratische Republik. Es folgten mehrere Millionen Aussiedler, die vor allem ab der Mitte der 1970er Jahre bis Ende der 1990er Jahre zur Entwicklung Deutschlands beitrugen. Diese zahlreichen Anwerbungsformen verfolgten indes keineswegs altruistischen Motive, sondern sollten die Entwicklung in Deutschland vorantreiben.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsleistung und -entwicklung Deutschlands bis 2030 durch den Rückgang der Erwerbsbevölkerung um sechs Millionen Menschen (aufgrund der Alterung und des Rückgangs der Erwerbsbevölkerung) an einem seidenen Faden hängt. Die Folge ist, dass die Einwanderung das einzige Mittel darstellt, um einen großen Teil dieses Rückgangs in diesem kurzen Zeitraum auszugleichen. Im Jahr 2015 forderte die Deutsche Bank in einem Schreiben (2015) an die Bundesregierung, eine erhebliche Anzahl von Flüchtlingen, einschließlich der in Griechenland gestrandeten, ins Land zu lassen. Es wurde darauf verwiesen, dass viele von ihnen über eine weiterführende Schulbildung und technische Fähigkeiten verfügen, die für deutsche Arbeitgeber von Interesse sind. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung ist trotz der Ankunft von einer Million Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden im Jahr 2015 in Deutschland, die lediglich drei Jahre des Rückgangs der deutschen Erwerbsbevölkerung ausgleichen kann, ein reales Problem. Dabei wird der Anteil der abhängigen und erwerbslosen Personen in dieser Bevölkerung bereits berücksichtigt.

Im folgenden Abschnitt werden die Leistungen von Migranten und Migration zunächst mit Blick auf ihren Einfluss auf Deutschland, das Wohnsitzland, und anschließend mit Blick auf die Herkunftsländer, die oft als Entwicklungsländer wahrgenommen werden, betrachtet. Im Bewusstsein des paternalistischen Blickwinkels, der hinter Begriffen wie „Entwicklungsländer“ steckt, wird diese Terminologie in dieser Publikation mit Vorsicht verwendet. Die Bundesregierung gibt an, dass der Ansatz „business as usual“ nicht fortgesetzt werden könne, wenn die Weltgemeinschaft die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern wolle, und erklärt, dass ein Ende von Armut und Hunger, von Krankheiten und Pandemien möglich sei und dass Nachhaltigkeit das Prinzip sein müsse, das die gesamte Entwicklung antreibt (UN, 2014).

Anerkennung der Leistungen von Migranten am Aufenthaltsort: Deutschland

Die Literatur über den Beitrag von Migranten zur Entwicklung in Deutschland konzentriert sich vor allem auf die wirtschaftlichen Leistungen von Migranten, die Folgen der Einwanderung für den Arbeitsmarkt und den demografischen Wandel im Land, insbesondere seinen wachsenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Es gibt weniger Studien über die sozialen und kulturellen Beiträge von Migranten und die für Deutschland spezifischen Leistungen.

Der Beitrag von Migranten zur deutschen Wirtschaftsleistung

Die wissenschaftliche Literatur, die Interviewpartner und die Bundesregierung belegen eindeutig, dass Migranten zum BIP und zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beitragen. Die Beteiligung am Arbeitsmarkt und an der produktiven Beschäftigung ist ein klarer Indikator hierfür. Der vom BAMF (2005) im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks

Erwerbstätige Bevölkerung 15-64, 2017	40,481.000
... aus EU 28 Ländern[19] außer Deutschland	2.786.000
...aus nicht-EU 28 Ländern	7.140.000

Tabelle 4: Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland
Quelle: Eurostat, 2018.

veröffentlichte Bericht „Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft“ zeigt positive steuerliche Auswirkungen der Einwanderung auf, die jedoch von der Aufenthaltsdauer der Migranten und den gesetzlichen Regelungen über ihren Anspruch auf Sozialleistungen abhängen. Darüber hinaus heißt es, dass der Nettobeitrag der Migranten zur Sozialversicherung und zum Sozialsystem dazu beitrage, Problemen im Zusammenhang mit der anhaltenden Alterung der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken. „Die Einwanderung hat zu einem Arbeitsplatzwachstum und damit zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum geführt. Aus dem Ausland stammende Unternehmer schaffen neue Arbeitsplätze und ein spezialisiertes Angebot an Waren und Dienstleistungen (Lebensmittel, Restaurants)“ (BAMF, 2005: 6).

Tabelle 4 zeigt, dass im Jahr 2017 fast drei Millionen Migranten aus den EU-Mitgliedstaaten in Deutschland beschäftigt waren. Mehr als sieben Millionen Migranten aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten waren 2017 auf dem Arbeitsmarkt tätig. Wie im Folgenden näher erläutert wird, tragen Migranten als Arbeitnehmer oder Selbständige deutlich zum deutschen BIP (Bruttoinlandsprodukt) bei. Die Daten zeigen auch, dass ausländische/auswandernde/einwandernde Arbeitnehmer nur etwa ein Viertel der gesamten Erwerbsbevölkerung ausmachen. Abbildung 4 zeigt den Beitrag der Migranten zum Wirtschaftswachstum sowie die extrem negativen Auswirkungen, die eine neutrale Nettozuwanderung auf die deutsche Wirtschaft haben würde. Es wird geschätzt, dass Migranten in den kommenden Jahren zunehmend zur

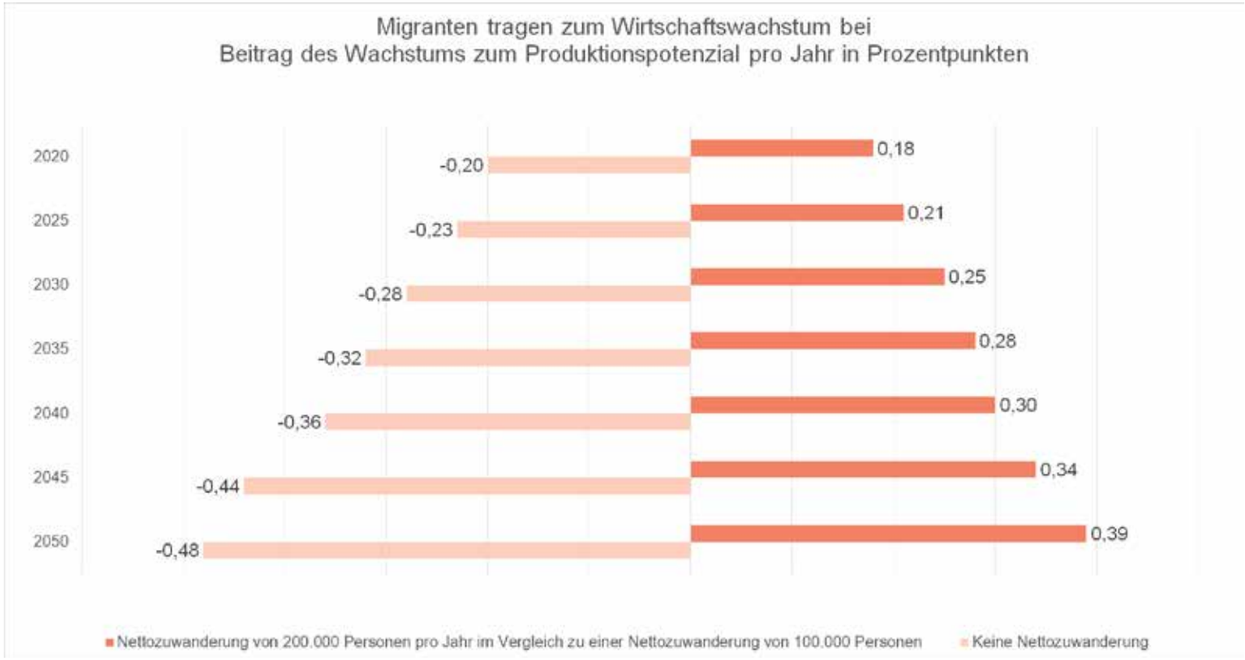

Abbildung 4: Wachstumsbeitrag zum Produktionspotenzial pro Jahr, in Prozentpunkten.
Quelle: Make it in Germany, 2017.

Produktion beitragen werden. Darüber hinaus zeigt die Grafik, dass Migranten erheblich zum Wirtschaftswachstum beitragen werden, während die deutsche Wirtschaft ohne Migranten viel schlechter dastünde.

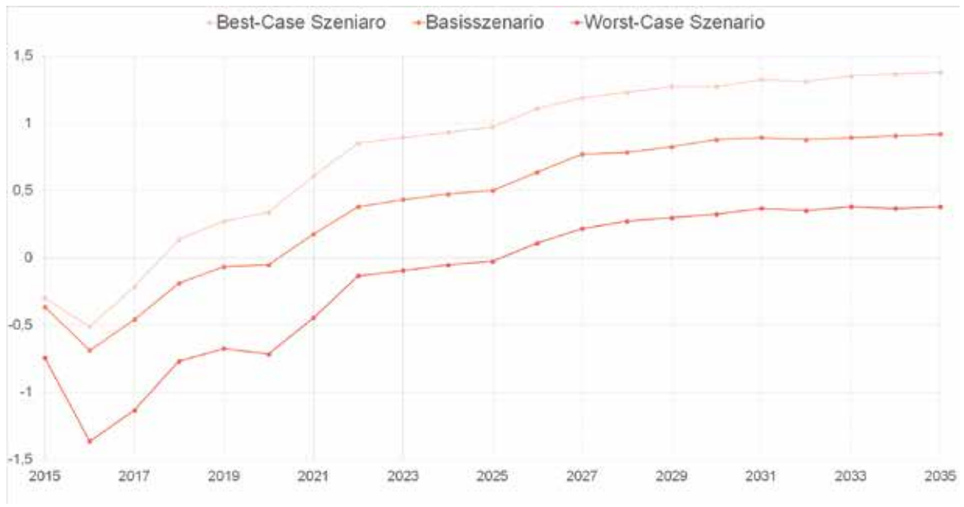

Abbildung 5: Prognostizierte Veränderungen des BIP als Folge der Flüchtlingsströme nach Deutschland.
Quelle: Trines, 2017.

Abbildung 5 zeigt auch die prognostizierten Veränderungen des BIP (Wachstum des Bruttoinlandsprodukts) in den nächsten 20 Jahren in Abhängigkeit von den prognostizierten Flüchtlingsströmen. Dies zeigt, dass Flüchtlinge wesentlich zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beitragen. Selbst im schlimmsten Fall wird erwartet, dass Migranten weiterhin zum BIP beitragen.

Teilhabe an produktiver Beschäftigung und Geschäftstätigkeit

Jeder fünfte bis sechste Unternehmer hat einen Migrationshintergrund. Innerhalb dieser Kohorte zeigt sich auch, dass Menschen mit einem ausländischen Pass eine etwas größere Rolle beim Gründungsboom spielen als diejenigen, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Die Daten zeigen, dass es in der zweiten Generation weniger Anzeichen für unternehmerischen Ehrgeiz gibt, während der Antrieb zur Unternehmensgründung bei Ausländern mit Migrationserfahrung aus erster Hand stark ist. Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft zeigen die stärkste Bereitschaft zur Selbständigkeit. Über die Hälfte aller Selbständigen mit Migrationshintergrund haben bereits mehr als zwanzig Jahre in Deutschland gelebt. Rund 10% aller selbständigen Migranten kamen erst nach 2010 nach Deutschland. Die Daten zeigen, dass die Selbständigen aus der überwiegenden Mehrheit der Herkunftsgruppen im Durchschnitt besser ausgebildet sind als ihre abhängig beschäftigten Kollegen. Betrachtet man die Selbständigen als Ganzes, so besitzen 28% von ihnen einen Hochschulabschluss oder einen vergleichbaren Berufsabschluss, während dies nur für 17% der abhängig Beschäftigten gilt (BMWi, 2017).

Nach Angaben der Bertelsmann Stiftung (2016) zeigt das monatliche Nettoeinkommen bei Selbständigen mit Migrationshintergrund die folgenden Zusammenhänge mit den einzelnen Einflussfaktoren:

- Wirtschaftsleistung: Das absolute Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat einen positiven Einfluss. Ist das BIP pro Kopf in einer Region insgesamt höher, spiegelt sich dies auch im Nettoeinkommen der Selbständigen mit Migrationshintergrund wider.

- Branchenstruktur: Ein höherer Anteil der Selbständigen im verarbeitenden Gewerbe wirkt sich positiv auf das Nettoeinkommen aus.

- Hinsichtlich der Einkommensdeterminanten bei Selbständigen mit Migrationshintergrund zeigt sich auch, dass die Wirtschaftsleistung und die Branchenstruktur einen Einfluss auf das monatliche Nettoeinkommen haben. Auch die Einbürgerungsrate und die Verweildauer in Deutschland weisen einen positiven Zusammenhang mit dem Einkommensniveau der Selbständigen auf. In Bezug auf die Einbürgerungsrate könnte dieser Befund einen Hinweis auf mögliche Zugangsbarrieren für Start-ups und damit auch auf einen möglichen Handlungsspielraum geben.

Migranten sind noch immer vor allem im verarbeitenden Gewerbe und in wissens- und technologieintensiven Dienstleistungsbranchen unterrepräsentiert, während sie in der Bauwirtschaft, im Handel und im Gastgewerbe sowie bei Dienstleistungen, die nicht wissensintensiv sind, eine überproportionale Rolle spielen. Spezifische Vorteile bei der Unternehmensgründung können Migranten auch durch ihr Engagement in internationalen Netzwerken und ihre Erfahrung, ihre innovativen Herangehensweisen und ihren wertvollen Wissensvorsprung besitzen, der vor allem im internationalen Kontext entstehen kann. Dieser Punkt verweist zum einen auf die Beobachtung, dass die Geschäftsmodelle von migrantisch geführten Unternehmen häufiger auf internationalen Beziehungen basieren und dadurch Wettbewerbsvorteile bieten. Andererseits ist ein erheblicher Anteil der Existenzgründer, die ihr Wissen und ihr berufliches Know-how im Ausland erworben haben, überproportional erfolgreich darin, innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Diese Innovationskraft findet sich offensichtlich am häufigsten in Teams, deren Mitglieder aus unterschiedlichen Ländern stammen (BMWi, 2017).

Wie Tabelle 6 zeigt, ist das Median-Nettoeinkommen von Migranten niedriger als das von deutschen Staatsangehörigen, während Migranten aus Nicht-EU28-Staaten das niedrigste Netto-Medianeinkommen aufweisen.

Median - Nettoeinkommen 2016 18 Jahre und älter in Euro	19.165 ausländisch, 21.734 einheimisch
Median - Nettoeinkommen 2016 18 Jahre und älter in Euro	20.171 EU28, 17.778 Nicht EU28

Tabelle 5: Median - Nettoeinkommen
Quelle: Eurostat, 2018.

Neue Befunde des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass in der Vergangenheit, als die Rahmenbedingungen noch ungünstiger waren, von den Flüchtlingen zwischen 15 und 64 Jahren 50% fünf Jahre nach ihrer Ankunft, 60% nach 10 Jahren und 70% nach 15 Jahren beschäftigt waren. Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen (11,5%) war dabei deutlich geringer als die von Männern (49,8%). Frauen arbeiteten hauptsächlich in einer kleinen Anzahl von Sektoren und bekleideten selten hochqualifizierte Arbeitsplätze. 87,6% gaben jedoch an, dass sie gerne arbeiten bzw. weiterarbeiten würden. Einige Belege deuten auch darauf hin, dass Asylbewerber Arbeit finden, obwohl sie oft schlecht bezahlt werden (Trines, 2017). Ausländer tragen auch wesentlich zum deutschen Rentensystem bei. Daher kann die Einwanderung dazu beitragen, die demografischen Herausforderungen in Deutschland zu bewältigen (Thelen, 2018). Eine gelungene Integration von Flüchtlingen und Migranten könnte dazu beitragen, die Altersstruktur Deutschlands auszugleichen und die Erwerbsbevölkerung zu vergrößern (Trines, 2017). Wie Abbildung 6 zeigt, ist die Zahl ausländischer wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeitnehmer von 2012 bis 2015 deutlich gestiegen, insbesondere in den Bereichen Mathematik, Biowissenschaften und Ingenieurwissenschaften.

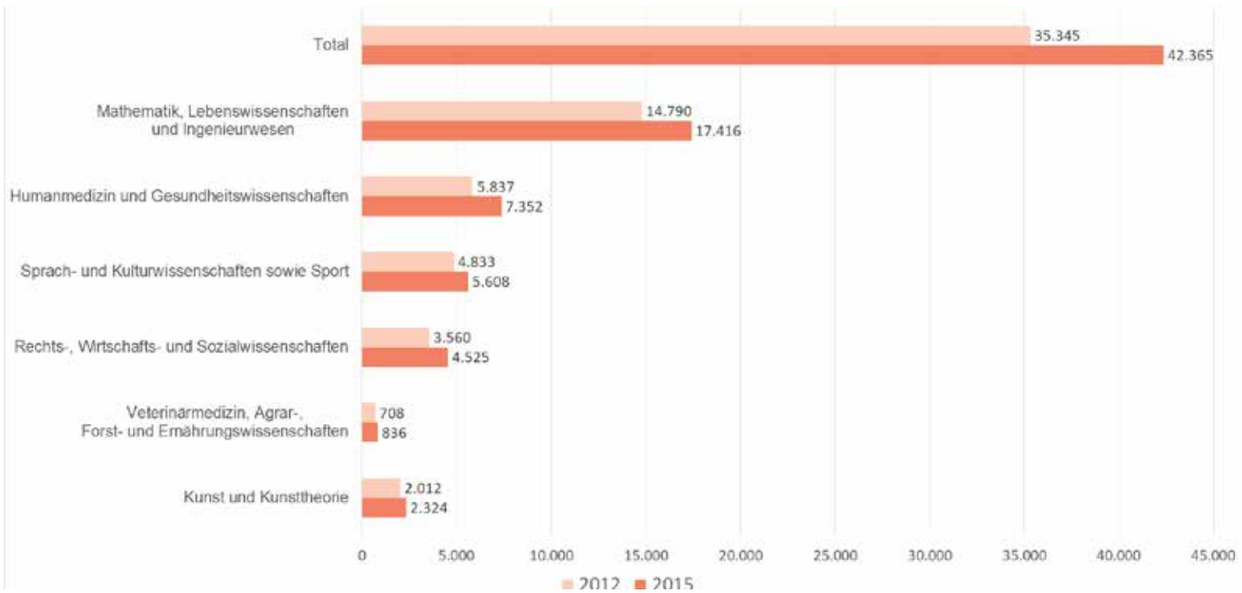

Abbildung 6: Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Wissenschaft und Kunst in den Jahren 2012 und 2015.
Quelle: DAAD, 2017.

Es steht zu erwarten, dass die Zahl der an deutschen Hochschulen eingeschriebenen Flüchtlinge in den kommenden Jahren deutlich steigen wird. Zwischen dem Sommersemester 2016 und dem Wintersemester 2016 stieg die Zahl der für Grundlagenkurse angemeldeten Flüchtlinge Berichten zufolge um 1,5 Mio auf 5700 Flüchtlinge. Fast 70% dieser Flüchtlinge wollen sich für einen Bachelorstudiengang einschreiben, während etwa 20% beabsichtigen, ein Masterstudium zu absolvieren (Trines, 2017).

Beiträge zu Gesellschaft und Kultur

Es gibt vielfältige Einflüsse durch Einwanderung in den Bereichen Sport, Essen, Medien, Musik, Sprache, Literatur, Film, Mode und bildende Kunst. Ein besonders markanter Einfluss der Einwanderung im deutschen Alltag lässt sich in der Esskultur feststellen. Diese kann als der wichtigste Bereich im Hinblick auf die Aufnahme von Migranten durch die einheimische Bevölkerung angesehen werden. Die deutsche Medienlandschaft weist eine große Vielfalt an fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften auf. Parallel zu den Printmedien gibt es zahlreiche Kabel- und Satellitenprogramme, die Radio- und Fernsehprogramme in der Muttersprache der Zuwanderer ausstrahlen. Es gibt unzählige bedeutende Autoren mit Migrationshintergrund wie Navid Kermani, der mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2015 einen der renommiertesten Kulturpreise Deutschlands erhielt und sowohl für seine Fiktion als auch für seine Bücher über religiöse Toleranz bekannt ist. Im Pop verschmilzt eine ganze Reihe internationaler Musikstile, die von Balkan-Beats, afroamerikanischen Sounds und türkischem Saz-Rock über amerikanischen Hip Hop bis hin zu Techno reichen, mit

Der Fall Mesut Özil: Der erste Fußballstar in Deutschland mit Migrationshintergrund

Mesut Özil ist türkischstämmiger Einwanderer der dritten Generation und wird oft mit dem Spitznamen „Multikulti-Kicker“ bezeichnet, weil er der erste Nationalspieler mit Migrationshintergrund ist, der es auf der internationalen Bühne „geschafft“ hat. Sein Weg führte ihn von einem schmutzigen, grauen Spielplatz im Ruhrgebiet, dem einst ein boomenden, heute jedoch heruntergekommenen deutschen industriellen Kernland, bis zu Real Madrid. Özils Großvater verließ vor 40 Jahren als Gastarbeiter seine Heimat. Özil wurde seit seinem Eintritt in die WM-Nationalmannschaft immer wieder als Paradebeispiel für eine Erfolgsgeschichte von Einwanderern gehandelt. Hinter der Geschichte Özils verbirgt sich die unbekannte Geschichte einer wachsenden Unterschicht von schlecht integrierten, leistungsschwachen Eltern und Kindern ausländischer Herkunft, die arbeitslos, leistungsschwach und zunehmend vom Staat abhängig sind. Sie waren es, auf die sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bezog, als sie mit ihrer verheerenden Bemerkung, dass deutsche Projekt „Multikulti“ sei „völlig gescheitert“ (Connolly 2010), eine hitzige Debatte über Einwanderung auslöste.

Darüber hinaus scheint es, dass jeder versucht hat, Özil für seinen eigenen politischen Vorteil zu nutzen: Merkel nutzte den Erfolg des Spielers in der PR voll aus, insbesondere bei einer spontanen Begegnung mit ihm in der Garderobe der Mannschaft nach dem Sieg Deutschlands gegen die Türkei während der Weltmeisterschaft. Die rechtsextreme NPD bezeichnet ihn als „Plastikdeutschen“ - eine bewusste Falschdarstellung. Problematischer war es, als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (vor den Wahlen in der Türkei im Juni 2018) mit Mesut Özil fotografiert wurde. Dies führte dazu, dass Özil von der deutschen Öffentlichkeit stark kritisiert wurde, was zu Hassbriefen und Drohungen gegen ihn führte und für die enttäuschende Leistung Deutschlands bei der Weltmeisterschaft verantwortlich gemacht wurde. Die unverhältnismäßigen und ungleichen Erwartungen, die an ihn als Deutschen mit Migrationserfahrung im Vergleich zu den anderen Fußballspielern gestellt wurden, gipfelten in Özils Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft. Er zitierte „Rassismus und Respektlosigkeit“ gegenüber seinen türkischen Wurzeln und wies darauf hin, dass Deutschland noch einen langen Weg vor sich habe, um die Integration zu fördern, dem Rassismus entgegenzuwirken und eine uneingeschränkte Teilhabe von Migranten an der Gesellschaft zu ermöglichen. „In den Augen meiner Anhänger bin ich Deutscher, wenn wir gewinnen, aber Einwanderer, wenn wir verlieren“, sagte Özil (Chazan, 2018).

anderen Strömungen oder elektronischen Elementen, die als „typisch deutsch“ gelten. Wie in anderen Ländern ist Rap ein Identifikationspunkt für junge Menschen aus Migrantenfamilien, wobei die Sprachgrenzen oft verschwimmen. Berühmte Filmregisseure sind zum Beispiel Fatih Akin oder Bora Dagtekin. Die beiden besten Torschützen der Fußballnationalmannschaft sind der gebürtige Pole Miroslav Klose und Lukas Podolski, während Sibel Kekilli, eine Schauspielerin türkischer Herkunft, sich inzwischen in der Fernsehserie Game of Thrones einen Namen macht. Und Cem Özdemir, der Sohn eines türkischen Gastarbeiters, ist Mitvorsitzender der Grünen und der bekannteste Politiker des Landes mit Migrationshintergrund. Aydan Ozoğuz ist eine Politikerin türkischer Herkunft, die seit 2009 Mitglied des Bundestages ist. Zuvor war sie von 2013 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Rang einer Staatsministerin im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel (Make it in Germany, 2017).

Anerkennung der Leistungen von Migranten in den Herkunftsorten - Ausland

Was den Beitrag von Migranten zum Herkunftsort (OECD/ILO, 2018), betrifft, so konzentriert sich ein Großteil der wissenschaftlichen Literatur auf die drei Dimensionen Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum und öffentliche Finanzen.

- Arbeitsmärkte: Wie gut Einwanderer in den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes integriert sind, hängt direkt mit ihrer Wirtschaftsleistung sowohl in ihren Herkunfts- als auch in ihren Aufenthaltsländern zusammen.

- Wirtschaftswachstum: Der geschätzte Beitrag der Einwanderer zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) reicht von etwa 1% in Ghana bis 19% in der Elfenbeinküste. Der Durchschnittswert beträgt 7%. Insgesamt ist es unwahrscheinlich, dass die Einwanderung das BIP pro Kopf nach unten drückt.

- Öffentliche Finanzen: Einwanderer tragen dazu bei, die Staatseinnahmen zu erhöhen, aber der Anstieg ist möglicherweise nicht immer ausreichend, um die anfallenden öffentlichen Ausgaben auszugleichen. Insgesamt ist der Netto-Steuerbeitrag der Einwanderer daher im Allgemeinen positiv, aber begrenzt. Dies steht im Einklang mit den verfügbaren Erkenntnissen für die OECD-Länder.

Migranten tragen laut Diallo (2015) auf drei weitere wichtige Weisen zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer bei:

- Diaspora Direct Investments (DDI) fördert die Geschäftsentwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Innovation, die allesamt dazu beitragen, die allgemeine Entwicklung voranzutreiben.

- DDI schafft auch soziales und politisches Kapital in globalen Netzwerken, indem es Entwicklungsländer an die internationale Gemeinschaft anbindet und ihnen Zugang zu fortschrittlichen Technologien und Geschäftsmodellen ermöglicht.

- Diaspora-Unternehmer verfügen über spezifische sprachliche und kulturelle Kompetenzen und bieten so Chancen für Dritte.

Im Folgenden werden weitere Beispiele und Hinweise angeführt, wie Migranten zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer beitragen.

Geldüberweisungen

Die wirtschaftliche Bedeutung von Überweisungen nach und von Deutschland wird durch die 14,84 Milliarden Euro an persönlichen Überweisungen, die 2017 in Deutschland eingegangen sind, unterstrichen, von denen mehr als die Hälfte (7,984 Milliarden) aus dem EU-Ausland stammt. In demselben Jahr wurden rund 19,501 Milliarden Euro an persönlichen Überweisungen verschickt, davon 14,951 Milliarden in andere EU-Mitgliedstaaten (Eurostat 2018).

Die Weltbank (2018a) stellt für das gleiche Jahr 2017 in etwa gleichwertige Zahlen in US-Dollar zur Verfügung: Rücküberweisungen nach Deutschland: 16,778 Milliarden US-Dollar; Rücküberweisungen aus Deutschland: 22,092 Milliarden US-Dollar.

Deutschland ist weltweit das fünftwichtigste Land für Auslandsüberweisungen (nach den USA, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und der Schweiz). Die sieben wichtigsten Empfängerländer waren EU-Mitgliedstaaten. Frankreich war der größte Empfänger, gefolgt von Polen, Italien, Österreich, der Tschechischen Republik, Spanien und Ungarn, die Summen reichten von 2,124 Milliarden USD für Frankreich bis 997 Millionen USD für Ungarn. Betrachtet man die Empfängerländer außerhalb der EU, so folgten auf den Libanon die Russische Föderation, Vietnam, Nigeria, China, Thailand, Serbien und die Türkei. Diese Länder erhielten bedeutende und relativ ähnliche Beträge, die von 878 Mio. USD für den Libanon bis 503 Mio. USD für die Türkei reichten (Weltbank 2018b). Deutschland erhielt beträchtliche Überweisungen aus den zehn wichtigsten Ländern: USA (2,801 Mrd. USD), Türkei (1,637 Mrd. USD), Schweiz (1,480), Vereinigtes Königreich (1258), Frankreich (962), Spanien (951), Italien (932), Österreich (834), Kanada (810) und Australien (556) (Weltbank 2018b).

Im Jahr 2015 überwiesen syrische Arbeitnehmer in Deutschland 18 Millionen Euro nach Hause, verglichen mit 152 Millionen Euro im Jahr 2017. Auch die Überweisungen rumänischer Arbeitnehmer in Deutschland sind innerhalb von zwei Jahren von 115 Millionen Euro auf 333 Millionen Euro gestiegen. Geldüberweisungen wurden als wichtiges Entwicklungsinstrument im Zusammenhang mit der Migration anerkannt. Überweisungen könnten Familien aus der Armut befreien, die Gesundheits- und Nährstoffversorgung verbessern, die Bildungsmöglichkeiten für Kinder vergrößern, Wohnraum und sanitäre Einrichtungen verbessern, das Unternehmertum fördern und Ungleichheiten verringern. Rücküberweisungen können positive Veränderungen für Familie, Gemeinschaft und Gesellschaft vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Unternehmensentwicklung, Wohnen und Grundbesitz bewirken (GER, 6).

Social Remittances

Neben den finanziellen Überweisungen tragen transnationale Gemeinschaften auch im Rahmen von „sozialen Überweisungen“ (social remittances) zum Fluss von Kompetenzen, Wissen, Ideen und Werten bei, die Migranten in ihre Heimatländer übertragen. Die Auswirkungen dieser sozialen Überweisungen waren am stärksten in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Wirtschaft und Aspekten der Regierungsführung zu spüren, wie sie 2014 in Tansania festgestellt wurden. Es gibt auch einen breiteren Entwicklungseffekt, da die Empfänger von sozialen Überweisungen über den unmittelbaren Verwandtschafts- und Freundeskreis von Migranten hinaus in die weitere Gemeinschaft hinausgehen. Zusammengenommen spielen finanzielle und soziale Überweisungen eine wichtige Rolle bei der Erreichung individueller Familienziele, gemeinschaftlicher und nationaler

Der Beitrag der syrischen Diaspora

Bereits vor dem Konflikt in Syrien war Deutschland eines der größten Aufnahmeländer syrischer Einwanderer in Europa und beherbergte im Jahr 2010 insgesamt 30.133 syrische Bürger. Seit 2010 hat sich der Bestand an syrischen Staatsangehörigen mehr als verzehnfacht, wobei die Zahl der syrischen Staatsangehörigen im Jahr 2016 bei 637.845 lag. In Bezug auf die geografische Verteilung nahm Nordrhein-Westfalen 174.020 syrische Staatsangehörige auf. Damit wurde im Dezember 2016 der höchste Anteil syrischer Staatsbürger mit Wohnsitz in Deutschland verzeichnet. Es folgten Baden-Württemberg (68.085), Niedersachsen (68.005) und Bayern (62.450). Die syrische Einwanderung nach Deutschland ist in der Regel männerdominiert, wobei Männer 64% der syrischen Migranten ausmachen. Darüber hinaus stellen junge Menschen mit 78% unter 35 Jahren und einem Durchschnittsalter von 24,3 Jahren den mit Abstand größten Anteil an syrischen Staatsangehörigen in Deutschland. Im Jahr 2016 hatte die überwiegende Mehrheit der syrischen Staatsbürger eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis. Mehr als die Hälfte (54%) erhielt vorübergehenden Schutz aus humanitären Gründen, während 84.375 eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund ihrer Zulassung zum Asylverfahren erhielten. Im Jahr 2015 hatten 27% der syrischen Erstantragsteller eine Hochschulausbildung (z.B. Universität oder Fachhochschule) absolviert, was rund zehn Prozentpunkte über dem Gesamtdurchschnitt der Bewerber aus allen Herkunftsländern lag. Was den zuletzt ausgeübten Beruf betrifft, so hatte rund ein Viertel aller befragten Bewerber in jüngster Zeit in technischen, medizinischen, ingenieurwissenschaftlichen, lehrenden und administrativen Berufen gearbeitet. Zuletzt waren rund 73% der männlichen und 29% der weiblichen Bewerber beschäftigt (Ragab, Rahmeier und Siegel, 2017).

Im Allgemeinen herrscht ein Gefühl von Stereotypen und Vorurteilen gegenüber den syrischen Flüchtlingen, aber auch umgekehrt, gegenüber der Aufnahmegesellschaft der Syrer, was den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis behindert. Darüber hinaus verringert die Unsicherheit des Aufenthalts einerseits die Bereitschaft zu Investitionen in den Aufbau eines neuen Lebens in einer instabilen Umgebung, andererseits wirkt sie sich auch negativ auf das Gefühl der Zugehörigkeit zur neuen Gesellschaft aus. Die syrische Diaspora in Deutschland zeigt großes Engagement darin, die verschiedenen Aspekte der Krise in Syrien anzugehen, indem sie sich sowohl im syrischen als auch im deutschen Kontext engagiert. Während viele Organisationen begonnen haben, das Leid der am stärksten vom Konflikt betroffenen Menschen zu lindern, gehen die Aktivitäten nun in Richtung stärker entwicklungsorientierter Bemühungen, unter anderem durch die Bereitstellung von Gesundheits- und Bildungsangeboten sowie die Förderung des Zusammenhalts der Gemeinschaft und der Stärkung der Frauen. In jüngster Zeit konzentrieren sich viele Initiativen auf die Förderung der Integration durch die Unterstützung vertriebener Syrer im Integrationsprozess und die Stärkung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses zwischen der vertriebenen syrischen Bevölkerung und der breiteren deutschen Gesellschaft. Trotz dieser Bemühungen kann das tatsächliche Potenzial der syrischen Diaspora erst nach Beendigung des gewaltsamen Konflikts freigesetzt werden. Fragen der Rückkehr und Wiedereingliederung können zum jetzigen Zeitpunkt nur durch die Förderung der Leistungsfähigkeit syrischer Diaspora-Organisationen in Deutschland gelöst werden. Durch ihr Engagement tragen diese Organisationen nicht nur dazu bei, die notwendigen Strukturen für eine dauerhafte Rückkehr zu schaffen, sondern sie bilden auch eine starke Grundlage für die individuellen Kapazitäten für den Wiederaufbauprozess derjenigen, die kürzlich in Deutschland angekommen sind (Ragab, Rahmeier und Siegel, 2017).[20]

Entwicklungsprioritäten und im Hinblick auf die Erreichung der SDGs im Allgemeinen (ACP Observatory on Migration, 2014). Die Beiträge der Diaspora konzentrieren sich oft auf Gesundheit und Bildung. So bauen/renovieren sie beispielsweise Krankenhäuser und Schulen, zahlen Gehälter, versenden gebrauchte Geräte, bauen Kapazitäten auf und sensibilisieren. Weitere Initiativen betreffen die nachhaltige Entwicklung (Umweltschutz, Arbeitsplatzschaffung und Qualifizierung), die Gleichstellung der Geschlechter (reproduktive Gesundheit, Rechte von Frauen und Mädchen), die Menschenrechte und die Demokratie (gute Regierungsführung, Entwicklung der Zivilgesellschaft, Friedens- und Konfliktlösung, Jugend- und Minderheitenrechte) (GER, 5, BAMF 2012).

Migranten- und Diaspora-Organisationen

Migrantenorganisationen sind nicht nur unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure der Integrationspolitik, sondern engagieren sich auch häufig in ihren Herkunftsländern, indem sie dort Entwicklungsprojekte durchführen oder in Deutschland Bildungs- und Informationsangebote zum Thema Entwicklung anbieten. Nach Angaben des BAMF lässt sich dieses Engagement in zwei Dimensionen unterteilen (BAMF, 2012; GER, 2), eine interne Dimension, die die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit und Spendenakquise in Deutschland beiinhaltet, sowie die Externe Dimension mit Entwicklungsprojekten im Herkunftsland.

In der externen Dimension und bei der Unterstützung von Migranten- und Diaspora-Organisationen im jeweiligen Herkunftsland dominieren Entwicklungsprojekte, die auf die Verbesserung der Gesundheit und Bildung benachteiligter Gruppen im Herkunftsland abzielen. Aufgrund ihrer Kenntnis der Herkunftsländer und ihrer lokalen Kontakte können Migranten zu Trägern von Social Remittances werden und Entwicklungsprozesse direkt initiieren. Solche spezifischen Ressourcen können gegenüber etablierten Entwicklungsakteuren im Vorteil sein und in Zusammenarbeit mit ihnen gewinnbringend eingesetzt werden. Synergieeffekte können zwischen dem Engagement im Herkunftsland und der Integration erzielt werden, indem die beiden Handlungsfelder enger miteinander verknüpft werden und das integrative Potenzial des Engagements zur Entwicklung von Migranten erkannt wird. Die lokale Integrationspolitik spielt für Migrantenorganisationen eine Schlüsselrolle. Die weitere Anerkennung und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaften mit Migrantenorganisationen bietet Möglichkeiten, das Engagement von Migrantenorganisationen zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu initiieren (BAMF, 2012; GER 2, 5). Diaspora-Organisationen haben das Potenzial für Veränderungen im Herkunftsland, zum Beispiel durch Wissenstransfer, Innovation, Investitionen, politische Prozesse, Demokratie, internationale Netzwerke und Ressourcen (GER, 4, 5).

Rückwanderung und Wiedereingliederung

Migration wird oft als ein Einbahnstraße betrachtet: Migration, Integration und Erlangung der Staatsbürgerschaft; aber es gibt zahlreiche andere Aspekte, wie Rückkehr, Wiedereingliederung sowie zirkuläre, vorübergehende Rückkehr oder transnationale Migration (GER, 4). Denn Migrationsbewegungen sind nie statisch, sondern dynamisch und oft im Wandel begriffen, da sie eng mit den Begriffen Identität und Zugehörigkeit verflochten sind.

Verschiedene Instrumente können dabei helfen, mit der Diaspora in Kontakt zu treten, insbesondere mit den im Ausland lebenden Staatsangehörigen, die an einer vorübergehenden oder dauerhaften Rückkehr interessiert sein könnten. Um herauszufinden, wer und wo die Diaspora ist, sollten die Herkunftsländer Strategien zur Einbindung von Diaspora-Gruppen entwickeln, einschließlich entsprechender Kontaktpersonen in den jeweiligen Botschaften und statistischer Beschreibungen der Diaspora-Gemeinschaften. Mithilfe von Kenntnissen zur Diaspora können die Herkunftsländer planen, rückkehrende Migranten in berufliche Tätigkeiten oder kurzfristige Praktika einzubeziehen. Die Gestaltung nachhaltiger Wiedereingliederungsmaßnahmen erfordert jedoch ausreichende Daten und Informationen zu Migrationsfragen (Haase und Honerath, 2016).

Das Rückkehrprogramm des Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) konzentriert sich auf den Wissenstransfer. CIM wirbt Menschen aus einem der Partnerländer an, die in Deutschland studiert oder gearbeitet haben, und vermittelt sie an lokale Arbeitgeber in ihrem Herkunftsland. Ziel ist es, genau die richtige Position für die Rückkehrer zu finden, in der sie ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Kontakte zum Wohle aller einsetzen können - für die Rückkehrer selbst, aber auch für den Arbeitgeber, das Herkunftsland und nicht zuletzt Deutschland (GER, 11). Der Begriff „Rückkehrer“ wird für diejenigen verwendet, die durch Studium und Arbeit in Deutschland Fach- oder Führungsqualitäten erworben haben und diese dann in ihrem Herkunftsland einsetzen. Der Begriff „Diaspora-Experten“ wird für gut qualifizierte und kompetente Personen mit Migrationshintergrund verwendet, die ihr Herkunftsland unterstützen wollen, indem sie ihr Fachwissen als Freiwillige einsetzen. Diaspora-Experten geben ihr Wissen und ihre Fähigkeiten durch kurzfristige Einsätze in Entwicklungsprojekten mit lokalen Organisationen weiter. Das Programm steht Menschen aus den verschiedensten Berufen und Branchen offen, darunter Managern, Finanzberatern, Organisationsentwicklern, Ingenieuren, Rechtsexperten, Ärzten, Fahrzeugmechanikern, Facharbeitern und Gesundheitsexperten. Der Auftrag muss einen Entwicklungsschwerpunkt haben. Derzeit steht Unterstützung für Einsätze in Albanien, Kamerun, Äthiopien, Kosovo und Serbien zur Verfügung (CIM, 2018).

– KAPITEL 7 –

HERAUSFORDERUNGEN

Zwei große Herausforderungen sind heute die weit verbreitete Ignoranz, die Leugnung bzw. Ablehnung der Vorteile der Einwanderung für die europäischen Gesellschaften sowie die zunehmend gewalttätige, fremdenfeindlich motivierte Ablehnung von Migranten und Flüchtlingen, die sich in europäischen Ländern befinden und von anderswo in europäische Länder einreisen. Im Falle Deutschlands gefährdet dies die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Zukunft des Sozialsystems sowie das zukünftige Wohlergehen der Menschen. Eine solche Leugnung und Ablehnung der Beziehung zwischen Migration und Entwicklung und der Migranten selbst geschieht ironischerweise unter dem Deckmantel des vorgeblichen „Schutzes“ Deutschlands und der Deutschen. Im folgenden Kapitel werden einige Barrieren und Herausforderungen vorgestellt, mit denen Migranten in ihrem Beitrag zur Entwicklung konfrontiert sind, sei es in Bezug auf die Entwicklung des Herkunftslandes oder des Wohnsitzlandes. Das Material in diesem Kapitel basiert hauptsächlich auf Interviewdaten.

Allgemeine Hindernisse im Wohn- und im Herkunftsland

Eine wichtige Voraussetzung, um den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung zu verstehen und die Bedingungen zu verbessern, unter denen Migranten zur Entwicklung in Herkunfts- und Aufenthaltsländern beitragen können, ist die Verfügbarkeit zuverlässiger und aufgeschlüsselter quantitativer und qualitativer Daten. Statistische Daten und Informationen, die den Beitrag von Migranten zur Entwicklung veranschaulichen, müssen erweitert werden, um verschiedene Aspekte abzudecken. Hierzu zählen wirtschaftliche, aber auch kulturelle, soziale und politische Beiträge sowie Beschäftigungsquoten, Bildungsniveau, Gesundheitssituation, Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, Diskriminierungsraten, Wohnsituation und Integrationskennzahlen. Darüber hinaus müssen Projekte, Initiativen und das Engagement im Bereich Migration und Entwicklung dokumentiert, mit anderen geteilt und vor allem bewertet werden. Die Projektüberwachung und -bewertung ermöglicht es anderen, dazuzulernen und ihre eigene Arbeit zu verbessern. Für die Zukunft ist es wichtig, mehr Wissen zu generieren und aus früheren Erfahrungen zu lernen. Das (freiwillige) Engagement von Migranten sollte Gegenstand wissenschaftlicher Forschung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht sein, um solche Forschungsgebiete gezielter und nachhaltiger zu unterstützen.

Hindernisse, die die Beiträge con Migranten im Aufenthaltsland beeinträchtigen

Unzureichender Schutz und Durchsetzung der Menschen- und Arbeitsrechte für Wanderarbeitnehmer

Deutschland verfügt über einen umfangreichen und sich weiterentwickelnden Rechtsrahmen für Migration und Asyl. Die Rechtsvorschriften zum vollständigen Schutz von Migranten, Ausländern und Flüchtlingen sind jedoch unzureichend und ihre Durchsetzung ist schwach, insbesondere in der Arbeitswelt.

Die Bundesrepublik hat die Konvention von 1951 und das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 sowie fast alle grundlegenden Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen von 1990 ratifiziert. Sie hat auch zwei der anderen drei internationalen Rechtsinstrumente ratifiziert, in denen speziell die Menschenrechte und der Schutz der Arbeitnehmerrechte, die auf Migranten angewendet werden, festgelegt sind. Dies sind die ILO-Konvention 97

über Migration zur Beschäftigung (die auch von einem Dutzend anderer EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde) und die ILO-Konvention 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. Sie hat jedoch das ILO-Übereinkommen 143 über Wanderarbeitnehmer (ergänzende Bestimmungen) nicht ratifiziert, das insbesondere Normen für die Integration von Wanderarbeitnehmern enthält. Die fehlende Ratifizierung führt zum Fehlen eines nationalen Rechts, das den Schutz der Rechte und die Gleichbehandlung von Migranten angemessen garantiert, und trägt zu einer Lücke in Politik und Praxis bei der Förderung und Durchsetzung dieser Rechte und Schutzmaßnahmen bei. Sie kann die Ansicht verstärken, das Fehlen von Rechten nach dem Gesetz bedeute, dass die betroffenen Personen weniger oder gar keine Rechte - oder eine legitime Präsenz - hätten.

Deutschland ist seit langem relativ vorbildlich bei der Verabschiedung internationaler Arbeitsnormen, teilweise auch deshalb, weil starke Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen die Bedeutung menschenwürdiger Arbeit für die Produktivität und gute Unternehmen erkannt haben. Deutschland hat acht der acht grundlegenden ILO-Übereinkommen, vier der vier vorrangigen Governance-Übereinkommen und insgesamt 59 ILO-Übereinkommen ratifiziert (ILO. NORMLEX). Alle diese Konventionen gelten bzw. sollten für alle Wanderarbeitnehmer gelten. Die Durchsetzung durch Arbeitsaufsichts- und Beschwerdemechanismen scheint jedoch bei weitem nicht ausreichend, um den Schutz menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, der Entlohnung sowie der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz für viele Wanderarbeiter im Land zu gewährleisten.

Mangelndes Bewusstsein für positive Aspekte der Migration und die Rolle der Medien

Die Öffentlichkeit ist nicht ausreichend über den komplexen Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung informiert. Wenn zudem die positiven Aspekte der Migration hervorgehoben werden, liegt der Fokus auf dem wirtschaftlichen Beitrag der Migranten, aber weniger auf ihren sozialen und kulturellen Potenzialen. Best-Practice-Modelle des freiwilligen Engagements von Migranten sollen auf Bundes- und Landesebene öffentlich vertreten und gefördert werden. Es besteht die Notwendigkeit, den öffentlichen Diskurs zu gestalten und den positiven Diskurs über Migration zu stärken, z.B. Migranten als Brückenbauer/Mediatoren/Gesprächspartner und Migration als Chance für alle Beteiligten, einschließlich Migranten, sowie für Menschen im Herkunfts- und Zielland darzustellen. Migration hat derzeit eine starke negative Konnotation im öffentlichen Diskurs. Es muss gezeigt werden, dass Migration ein „normaler Prozess und Teil des Lebens“ ist (GER, 4, 6). Das Potenzial der Migrationserfahrung - Soft Skills, Sprachkenntnisse, kulturelles Know-how - müssen anerkannt werden (GER, 4).

Medien präsentieren oft nur eine Seite der Geschichte, z.B. „es gibt zu viele Migranten“. Medienvertreter und Journalisten müssen geschult und sensibilisiert werden, wie sie Migration beschreiben können, z.B. durch die Vermeidung bildhafter Ausdrücke wie Flüchtlingskrise oder Einwanderungswelle (GER, 4, 18).[21] Migration sollte nicht als Belastung (für das Sozialsystem) dargestellt werden, sondern als Potenzial für wirtschaftliche und soziale Verbesserungen. Auf allen politischen und beruflichen Ebenen ist es nicht notwendig, über Migranten, ihre Lebenssituation und ihr freiwilliges Engagement zu sprechen. Stattdessen sollte man in einen offenen und ggf. persönlichen Austausch mit ihnen treten und die notwendigen Strukturen schaffen. Es besteht die Notwendigkeit, die Teilhabemöglichkeiten von Migranten öffentlich zu diskutieren und eine öffentliche Debatte über Fragen wie „Welche Art von Gesellschaft wollen wir sein?“ anzustoßen. Welche Art von (Einwanderungs-)Land sollte Deutschland sein?

Negative Konnotation des Migrationsbegriffs

In den letzten Jahren waren Begriffe wie Migration, Migranten und Flüchtlinge in Deutschland eher negativ besetzt. Daher ist es wichtig, Migranten sichtbar zu machen und sie als Akteure des Wandels und der ganzheitlichen menschlichen Entwicklung darzustellen, um das aktuell negative Narrativ über Migration zu verändern, in dem sie als Problem oder Bedrohung angesehen wird, der begegnet werden muss. Eine Möglichkeit wäre es, den Begriff „Mobilität“ anstelle von „Migration“ zu verwenden, da er nicht so stark aufgeladen ist. Migration wird oft mit Menschen aus der Ferne in Verbindung gebracht; Mobilität ist etwas, das für alle als wichtig erachtet wird - für die ältere Frau in einem kleinen Dorf, die zum Arzt in den Nachbarort muss ebenso wie für den syrischen Asylbewerber und den spanischen Studenten (GER, 7). Der Zugang zur Mobilität ist nicht gleichberechtigt, aber in vielen verschiedenen Bereichen besteht eine strukturelle Notwendigkeit für viele verschiedene Menschen. Mobilität wird oft mit hochqualifizierten EU-Bürgern und transnationalen Bewegungen in Verbindung gebracht, während Migration als Konzept in der Öffentlichkeit häufig mit Geringqualifizierten, Asylbewerbern und irregulären Migranten in Verbindung gebracht wird. Die Unterscheidung zwischen Expats und Migranten deutet in eine ähnliche Richtung. Wie man Menschen und Prozesse benennt, kann ein Hindernis für die Entwicklung darstellen, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Probleme wie sie miteinander verbunden sind allgemein nicht verstanden werden. In diesem Zusammenhang wäre eine weitere Sensibilisierung für die Beiträge der Migration zur integralen menschlichen Entwicklung unerlässlich. Hier könnten auch Anknüpfungspunkte zur Bedeutung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung und zur Rolle von Migranten bei der Unterstützung der Regierungen hergestellt werden, ihre Ziele zu erreichen.

Ungleichheit und nicht anerkannte kulturelle Vielfalt

Eines der größten Hindernisse ist die Ungleichheit und die mangelnde uneingeschränkte Beteiligung von Migranten in allen Bereichen der Gesellschaft und auf allen Ebenen - auch in den lokalen Gemeinschaften und auf nationaler Ebene. Daher bleibt das enorme Potenzial von Migranten oft ungenutzt und unterbewertet (GER, 12). Die deutsche Gesellschaft und die politischen Akteure müssen flexiblere Strukturen schaffen, um Migranten zur Mitwirkung an Organisationen oder politischen Parteien zu ermutigen. Politische Parteien sollten die Vielfalt der Wähler abbilden. Bisher hat keine der deutschen Parteien dies erreicht, so dass ein realistisches Bild der Gesellschaft (mit 20-30% Migranten) derzeit nicht im politischen Bereich vertreten ist. Die kulturelle Vielfalt sollte auf den höheren Ebenen von Wirtschaft, Politik, Justiz, Wissenschaft, Polizei, Medien usw. gefördert werden, um die Vielfalt der deutschen Bevölkerung besser abzubilden und eine größere Beteiligung zu fördern (GER, 12). Dem öffentlichen Diskurs fehlt ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl. Vielfalt kann Konflikte hervorrufen, aber Konflikte sind nicht unbedingt schlecht, da sie die Triebfedern des Wandels sind (GER, 12). Nutzung des Potenzials verschiedener Personengruppen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsländern, d.h. Anerkennung und bessere Nutzung der Soft Skills von Migranten (GER, 18). Daher ist es notwendig, Kompetenzen zum Umgang mit Vielfalt zu entwickeln, um Gemeinden und lokale Arbeitgeber im Umgang mit Ungleichheit, Diskriminierung, Vielfalt und damit verbundenen Herausforderungen zu unterstützen.

Die Konzeption und Umsetzung eines kontinuierlichen Kapazitätsaufbauprozesses zum Thema Migration und Entwicklung könnte in dieser Hinsicht hilfreich sein. Ein solcher Prozess muss auch über Ressourcen für die Entwicklung von Trainingsmodulen und die Durchführung mehrerer jährlicher Workshops zu verschiedenen Themen verfügen, damit die Projektverantwortlichen die Informationen, Werkzeuge und Richtlinien an die Hand bekommen, die sie für ihre Integrations- und Entwicklungsprojekte anpassen und nutzen können. Die Workshops sollten auch Feedback-Runden beinhalten, in denen die Projektumsetzer ihre Herausforderungen und vielversprechende Praktiken zur Verbesserung der Umsetzung diskutieren können (GER, 4, 12, 18). Darüber hinaus benötigt die deutsche Gesellschaft mehr Raum und Orte für Austausch, Dialog und Lernen („Begegnungsräume“, „Interaktionsräume“) (GER, 3) nicht nur für den Kontakt mit Migranten, sondern auch untereinander, um zu erkennen, wie sie unwissentlich zur Existenz struktureller und institutioneller Diskriminierung beitragen. Mehrere befragte Personen betonen, dass es wichtig sei, „Migranten nicht nur für ihre Leistungen zu instrumentalisieren, sondern sie als Menschen zu sehen, als Individuen mit Bedürfnissen und Ambitionen wie wir“ (GER, 3, 12, 18). Dies unterstreicht das Verständnis und die Bedeutung der menschlichen integralen Entwicklung.

Fehlende Politikberatung und Dialog

Der bundesweite Dialog zwischen Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Diaspora-Gruppen und Migrantenorganisationen ist oft unzureichend. Eine Intensivierung der Politikberatung kann Partnerschaften stärken, wenn man bedenkt, dass die Zusammenarbeit potenzielle Möglichkeiten für Entwicklungsorganisationen und Diaspora gleichermaßen bietet. Dazu gehören die Förderung des politischen Austauschs mit Regierungen und regionalen Stellen, die Durchführung von regionalen Austauschveranstaltungen zur Vermittlung von Projekterfahrungen, die Zusammenstellung der gewonnenen Erkenntnisse und eine Diskussion über die Zukunft von Migration und Entwicklung in Bezug auf die Migranten selbst, das Herkunftsland und das Zielland (GER, 12, 18). Es ist auch wichtig, das Netz der Städtepartnerschaften und der projektbezogenen Zusammenarbeit mit Kommunen in Ländern des Globalen Südens zu erweitern und zu vertiefen, um Städtepartnerschaften wie Frankfurt/Paris zu stärken, indem bestehende vielversprechende Praxisbeispiele genutzt und auf den Globalen Süden übertragen werden (GER, 3). Unterstützungsstrukturen der autonomen Kommunalverwaltung und des kommunalen Wissenstransfers durch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. SDG 17) stellen weitere mögliche Maßnahmen[22] dar.

Mangelnde Unterstützung für Diaspora- und Migrantenorganisationen

Ein Großteil des Diaspora- und Migrantenengagement findet über eingetragene Vereine statt und basiert auf ehrenamtlicher Tätigkeit und einem Gefühl der moralischen Verpflichtung. Viele Akteure der Diaspora betonen jedoch, dass die Zukunft eines solchen Engagements ungewiss sei, wenn sich die gegenwärtigen Generationen zurückziehen und in den Ruhestand gehen. Daher ist es dringend erforderlich, Diaspora- und Migrantenorganisationen umfassend zu unterstützen und junge Menschen als Akteure des Wandels zu gewinnen (GER, 1, 3, 4, 12, 18). Wissenslücken und falsche Informationen

über Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten stellen ein zentrales Hindernis für das Engagement dar. Mangelnder Raum für die Ausrichtung von Vereins- und Projektarbeit und Schwierigkeiten bei der Beschaffung finanzieller Ressourcen erweisen sich als eine gemeinsame Herausforderung für Migrantenorganisationen. Es ist wichtig, die Unterstützung von Diaspora- und Migrantenorganisationen sowohl finanziell als auch im Hinblick auf den Aufbau von Kapazitäten zu verstärken. Die Einbeziehung anderer Akteure, etwa von Einzelunternehmern und Geschäftsleuten ist wichtig, wenn es um die Zukunft der institutionalisierten Diaspora-Unterstützung für die Entwicklung geht (GER, 1).

Fokus auf Integration ohne Berücksichtigung der ganzheitlichen menschlichen Entwicklung

Mehrere befragte Personen argumentierten, dass die Fokussierung der Bundesregierung auf Integration und in geringerem Maße auf Entwicklung liegt (z.B. konzentriert sich der nationale Aktionsplan auf die Integration). Daher ist es notwendig, den komplexen Zusammenhang zwischen Migration, Integration und Entwicklung aufzuzeigen (GER, 3, 12, 14, 18). In der jüngsten Vergangenheit mit dem Zustrom von rund einer Million Asylbewerbern und Flüchtlingen nach Deutschland lag der Schwerpunkt auf der Integration. Die befragten Partner betonen jedoch auch, dass Integration wichtig sei, um den Beitrag der Migranten zur Entwicklung zu stärken. Trotz der Fokussierung auf die Integration in Deutschland ist die Bundesregierung auch die eigentlichen Ursachen der Vertreibung vor allem auf dem afrikanischen Kontinent angegangen, indem sie sich auf Entwicklungsprojekte in den Bereichen Bildung, Arbeitslosigkeit und die hohe Fertilität konzentrierte. In diesem Zusammenhang hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller 2016 den Marshallplan für Afrika ins Leben gerufen, der ein stärkeres deutsches Engagement in Afrika fordert. Er argumentiert, dass Investitionen zur Armutsbekämpfung beitragen.

Einschränkungen der gesetzlichen Rechte

Eines der größten Hindernisse, das von den befragten Partnern festgestellt wurde, ist der Mangel an Rechtsansprüchen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Migranten. Einige der befragten Experten argumentierten, dass die für die Staatsbürgerschaft erforderliche Aufenthaltsdauer verkürzt werden sollte. Auch die doppelte Staatsbürgerschaft sollte erleichtert werden, und die ständigen Einwohner sollten die Möglichkeit haben, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Dies würde ihre soziale und politische Teilhabe stark verbessern (GER, 12). Darüber hinaus besteht Bedarf an einer grundsätzlichen Anerkennung und Rechtsgleichheit von Migranten, z.B. durch die Umsetzung der EU-Antirassismusrichtlinien in Deutschland (GER, 18). Laut GER 3 sind „die Haupthindernisse für die Erhöhung der Beiträge von Migranten strukturelle Faktoren, wie beispielsweise die Benachteiligung von Migranten beim Zugang zum Arbeitsmarkt, zur allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zu Sprach- und Ausbildungskursen“. GER 1 gibt das Beispiel iranischer Migranten in Deutschland an, die „die Probleme anderer Migrantengemeinschaften in Deutschland teilen, wie strukturelle Diskriminierung und ungleiche Bildungs- und Karrierechancen“. Die befragten Personen waren sich darin einig, dass Deutschland dringend ein neues Einwanderungsgesetz brauche, das Einwanderung und Integration regelt. Es besteht auch die Hoffnung, dass das neue Zuwanderungsgesetz mehr Möglichkeiten für die legale Migration nach Deutschland eröffnet. „Es müssen Wege geschaffen werden, um legal nach Deutschland einzureisen und das Recht auf Arbeit zu erhalten. Bisher gibt es nur wenige Möglichkeiten, legal nach Deutschland zu migrieren: Studium, Familienzusammenführung oder eine hohe Qualifikation“ (GER, 6).

Bildungshindernisse

Einwanderer sind in der Schule weniger erfolgreich als deutsche Einheimische. Sprachkenntnisse und mangelnder Bildungsstand gehören zu den Haupthindernissen für die Integration der Arbeitskräfte und behindern somit den vollen Beitrag der Migranten zur Entwicklung. Darüber hinaus ist ein großes Bildungsproblem in Deutschland die strukturelle Diskriminierung von Kindern, insbesondere von Kindern von Drittstaatsangehörigen einschließlich türkischer Kinder, die in eine berufliche/technische Ausbildung gedrängt werden, anstatt zum Zugang zu einer „höheren“ naturwissenschaftlichen und akademischen Bildung ermutigt zu werden.

Angesichts dieser Hindernisse ist der Zugang zur Hochschulbildung wichtig für den langfristigen sozialen Aufstieg einer beträchtlichen Zahl von Migranten und Flüchtlingen. Migranten können in der Regel ohne Einschränkungen deutsche Universitäten besuchen. Mangelnde Deutschkenntnisse und andere Hürden hindern Migranten jedoch daran, sich an öffentlichen Universitäten einzuschreiben. Auf der Bachelor-Ebene, auf der Studiengänge fast ausschließlich in deutscher Sprache angeboten werden, müssen alle internationalen Studierenden einen dem deutschen Hochschulabschluss entsprechenden Abschluss vorweisen und fortgeschrittene deutsche Sprachkenntnisse nachweisen. Migranten fehlt es oft an einer formalen Berufsausbildung und an der Art von beruflichen Qualifikationen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt üblich sind. Mit anderen Worten: Die Arbeitserfahrung, die viele Flüchtlinge in ihr neues Land mitbringen, hat wenig Relevanz für den deutschen Arbeitsmarkt (Trines, 2017).

Arbeitsmarkthindernisse

Qualifizierte Einwanderer haben oft eine höhere Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsquote als einheimische Arbeitnehmer. Die Qualität der Arbeitsplätze, die die Einwanderer annehmen, bleibt jedoch ein Problem, da ihnen oft ein Mangel an anständiger Arbeit droht. Obwohl Deutschland erhebliche Anstrengungen unternimmt, um qualifizierte ausländische Arbeitnehmer aufzunehmen, bleiben erhebliche Hindernisse für Arbeitnehmer aus Drittländern bestehen. Komplizierte bürokratische Verfahren verhindern, dass Arbeitgeber in bestimmten Bereichen einstellen. Die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen ist wesentlich schwieriger, wenn der Migrant keine oder nur geringe Qualifikationen besitzt. In der Praxis bedeutet dies praktisch einen Einstellungsstopp für unqualifizierte Personen und Personen mit geringer Qualifikation (PICUM, 2016). Tatsächlich erschweren diskriminierende Praktiken den Migranten den Zugang zum Arbeitsmarkt, auch wenn sie qualifiziert sind und über die erforderlichen Zertifikate verfügen.

Wenn sie das Glück haben, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten, begegnen Migranten dann oft weiteren Herausforderungen am Arbeitsplatz. Im Allgemeinen verdienen Einwanderer, die daher mit geringerer Wahrscheinlichkeit erwerbstätig sind, viel weniger, wenn sie dennoch Arbeit finden. Migranten werden oft niedrig qualifizierte Jobs, Praktika und befristete Stellen angeboten, die selten zu einer Vollzeitbeschäftigung führen (Trines, 2017) oder ihren Qualifikationen entsprechen. Zusätzliche Hindernisse sind mit hohen Raten von Arbeitsunfällen, Krankheit und Tod, mangelndem Arbeitsschutz, fehlender Anwendung von Arbeitsnormen und aufsichtsrechtlicher Arbeitsaufsicht verbunden, insbesondere dort, wo sich ausländische Arbeitnehmer konzentrieren.

Eine Reihe weiterer Faktoren erschwert den Zugang zur Beschäftigung für Flüchtlinge in Deutschland zusätzlich, darunter längere Aufenthalte ohne klare Aufenthalts- und Arbeitsrechte und Aufenthalte in Massenunterkünften, die die Kontaktaufnahme zu Netzwerken, die den Zugang zur Beschäftigung erleichtern könnten, einschränkt. Einige Belege deuten zudem auf eine langsame Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen hin. Auch fühlen sich manche in der deutschen Gesellschaft nicht willkommen (Trines, 2017). Obwohl das Ziel der Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im ganzen Land verständlich ist, muss mehr darüber nachgedacht werden, ob die Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen den lokalen Arbeitsmarktbedingungen entspricht. Zu diesem Zweck müssen die administrativen Hürden für berufsbezogene Umzüge abgebaut werden. Verbesserungen sind auch in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Interessengruppen erforderlich, da dies eine Voraussetzung für eine effektive und effiziente Integrationspolitik ist (OECD/UNHCR, 2018).

GER 6 identifiziert drei wesentliche Hindernisse im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt:

- Der deutsche Arbeitsmarkt ist stark reguliert, so dass Flüchtlinge und Migranten Schwierigkeiten haben, Zugang zu einer formalen Beschäftigung zu erhalten.
- Qualifikationen/Zertifikate werden oft nicht anerkannt, und informelle Kenntnisse und Fähigkeiten bleiben oft ungenutzt. So arbeiten beispielsweise ein Anwalt oder ein Arzt oft in geringer qualifizierten Positionen.
- Die „Residenzpflicht“ erlaubt es Migranten nicht, ihre bereits bestehenden Netzwerke zur Arbeitssuche zu nutzen. In den städtischen Gebieten gibt es oft bessere Möglichkeiten, aber Migranten sind gezwungen, in ländlichen Gebieten zu leben.[23]

Hindernisse, die die Leistung der Migranten in den Herkunftsländern behindern - Überseeische Länder

Es gibt eine Reihe von Hindernissen, die den vollen Beitrag der Migranten zur Entwicklung beeinträchtigen, und ein besonders großes, das die Anerkennung der Beiträge der Migranten verhindert. Nachfolgend werden am Beispiel Nigerias drei wesentliche Herausforderungen aufgezeigt, die auf Interviews mit Nigerianern, die in Deutschland leben und arbeiten, mit Vertretern der ILO und der GIZ in Nigeria und mit Rückkehrern in Nigeria basieren. Als Beispiel wurde Nigeria gewählt, da die Nigerianer einerseits ein hervorragendes Beispiel für ihre Integration in Deutschland sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten im März 2017 mehr als 56.000 Nigerianer in Deutschland, von denen mehr als 20.000 beruflich tätig waren. Dies macht sie sehr erfolgreich bei der Arbeitssuche in Deutschland (Brückner, 2018). Der zweite Grund für die Wahl Nigerias als Beispiel ist praktischer Natur, basierend auf einem Feldbesuch im Land. Alle im Folgenden beschriebenen wesentlichen Hindernisse gelten jedoch auch für viele andere Herkunftsländer.

Konflikte, zivile Unruhen und Unsicherheit

Der anhaltende Boko-Haram-Konflikt im Nordosten Nigerias, wiederkehrende Stammesfehden zwischen Hirten und Bauern vor allem m Norden und separatistische Proteste im Süden prägen die Menschenrechtslage Nigerias im Jahr 2017. Nigeria hat wie viele andere afrikanische Länder südlich der Sahara nach der Unabhängigkeit viele Konflikte erlebt, die sich um politische, wirtschaftliche, religiöse und ethnische Motive drehen. Religiöser und ethnischer Nationalismus hat zu Konflikten um die Kontrolle der Staatsmacht, ungleiche Ressourcenverteilung, Staatsbürgerschaftsfragen, Staatszerfall, wirtschaftlichen Niedergang und ethnisch-religiösen Konflikten geführt. Nigeria wurde durch wiederholte Krisen regionaler oder staatlicher Illegitimität erschüttert, die oft die Bemühungen um wirtschaftliche Transformation, Demokratisierung, nationalen Zusammenhalt und Stabilität beeinträchtigen. Instabilität, Konflikte und zivile Unruhen gefährden das Land ständig, was die Entwicklung stark beeinträchtigt (Canci und Odukoya, 2016). Die Entwicklung kann nur in einer friedlichen Umgebung stattfinden. Es ist dringend erforderlich, dass die nigerianische Regierung die Bemühungen um Sensibilisierung bzw. Aufklärung der Nigerianer für die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens, die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Förderung des gegenseitigen Respekts unter den Anhängern der beiden großen Religionen und die Mobilisierung traditioneller, religiöser und politischer Führer, unter anderem zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens, verstärkt. Dies sind Voraussetzungen für eine sinnvolle Entwicklung.

Fehlende Rechtsstaatlichkeit

Der Mangel an Rechtsstaatlichkeit kann als eines der größten Hindernisse für die Entwicklung angesehen werden. Eine Reihe von Nigerianern verlässt ihr Land, weil die nigerianische Justiz nicht in der Lage oder willens ist, hochrangige Regierungsbeamte zu verfolgen, die wegen Korruption angeklagt sind. Entwicklung ist nur mit effektiven, rechenschaftspflichtigen und offenen Institutionen möglich, die auf gesetzlichen und ethischen Grundsätzen basieren und von diesen geleitet werden. Nur eine wirksame Justiz garantiert Fairness in Gerichtsverfahren und ist eine wirksame Waffe gegen Korruption. Rechtsstaatlichkeit fördert gute Regierungsführung und Entwicklung. Damit sich der nigerianische Staat entwickeln kann, muss er die Rechtsstaatlichkeit in ihrer Gesamtheit zulassen (Jibrin, 2017). Präsident Muhammadu Buhari wurde 2015 gewählt. Nachdem er seine Erfolge in der Bekämpfung der Korruption hervorgehoben hatte, erklärte er: „Wenn wir die Korruption nicht bekämpfen, wird uns diese Korruption umbringen.“ Wie dem auch sei, Buhari ist es in vielen Fällen nicht gelungen, Korruptionsfälle zu verfolgen. Hochrangige korrupte Beamte landen selten im Gefängnis, „da Verdächtige weiterhin die Mängel im Justizsystem und die rechtlichen und institutionellen Mechanismen des Anti-Korruptionsprogramms ausnutzen, bis zu dem Punkt, an dem Einzelpersonen von ihren Verbrechen profitieren“ (Olaniyan, 2018). Trotz des politischen Willens Buharis zur Korruptionsbekämpfung missachtet die nigerianische Regierung routinemäßig Gerichtsbeschlüsse. Es bedarf einer leistungsfähigen Justiz, die Fairness in den Gerichtsverfahren gewährleistet und als mächtige Waffe gegen Korruption fungiert. Rechtsstaatlichkeit fördert gute Regierungsführung und Entwicklung. Damit sich der nigerianische Staat entwickeln kann, muss er die Rechtsstaatlichkeit in ihrer Gesamtheit zulassen (Jibrin, 2017).

Fehlende Infrastruktur für Investitionen

Eine moderne, effiziente Infrastruktur ist der Schlüssel zum Wirtschaftswachstum. Leider gehören die Energie-, Transport- und Internetkosten in Afrika zu den höchsten weltweit. Dieser Mangel an Infrastruktur erschwert es den afrikanischen Märkten, nachhaltig zu wachsen. Die Infrastruktur ist für die nachhaltige Entwicklung und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines jeden Landes von zentraler Bedeutung. Eine unzureichende Infrastruktur bremst dagegen das Wirtschaftswachstum und senkt die Produktivität. Ohne eine funktionierende Infrastruktur sind Unternehmen, auch solche aus Europa, weniger investitionsbereit und geneigt, Zugang zu ausländischen Märkten zu erlangen. Darüber hinaus kann ein Mangel an Infrastruktur (der einen kausalen Zusammenhang mit hoher Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption aufweist) dazu führen, dass im Ausland lebende Migranten davon abgehalten werden, in ihr Herkunftsland zu investieren oder nach Hause zurückzukehren (GER, 9, 11). Darüber hinaus kann eine effizient funktionierende Infrastruktur gewährleisten, dass Überweisungen produktiv genutzt und investiert werden, in Sektoren, die neue Arbeitsplätze schaffen könnten. Zudem kann ein Mangel an Infrastruktur auch dazu führen, dass ehrgeizige Bewohner, die hoffen, etwas aus sich zu machen, aber zu Hause wenig Möglichkeiten haben, ihr Herkunftsland verlassen. Unter denjenigen, die gehen, finden sich die wohl am besten qualifizierten Arbeitskräfte des Landes. Ihr Exodus führt dazu, dass das Land nicht nur ehrgeizige Werktätige - möglicherweise seine talentiertesten Bürger - verliert, sondern auch das knappe Kapital, das in ihre Erziehung und Ausbildung investiert wurde. Die Länder verlieren auch genau die Menschen, auf denen Kampagnen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung basieren müssten; diejenigen mit den höchsten Erwartungen, der größten Eigeninitiative und Intelligenz und denjenigen, die mit den Bedingungen zu Hause am unzufriedensten sind (der sog. Braindrain).

Herausforderungen bei der Wiedereingliederung

Obwohl das Recht auf Rückkehr in das Herkunftsland in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist, hat die Rückkehr für viele Herkunftsländer eine geringe Priorität, insbesondere die unfreiwillige Rückkehr, die Rückkehr aufgrund gescheiterter Auswanderungsversuche und die Integration an einem anderen Ort. Die Wiedereingliederung rückkehrender Migranten wird häufig übersehen, da viele Herkunftsländer mit schwachen Volkswirtschaften und Arbeitsmärkten konfrontiert sind. In einigen Fällen ist dies eine politische Entscheidung der Regierungen der Herkunftsländer, sich nicht von Deutschland oder anderen europäischen Regierungen unter Druck setzen zu lassen. Stattdessen ziehen sie es vor, ihre Bürger selbst entscheiden zu lassen, was das Beste für sie ist. Darüber hinaus können Rückkehrer, wenn selbst Angehörige der lokalen Bevölkerung wenig oder gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu höheren Qualifikationen oder zu einem guten Sozialsystem haben, nicht nur von den Regierungen, sondern auch von der lokalen Gesellschaft als Belastung angesehen werden. Reintegrationspolitik und individuelle Reintegrationsprozesse hängen daher stark von den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen eines Landes ab. Dienstleistungen wie Beratung erfordern entsprechende institutionelle Kapazitäten und Ressourcen, die in sogenannten Entwicklungsländern oft fehlen.

Rückkehrende Migranten stehen bei der Rückkehr in ihr Herkunftsland oft vor einer Reihe von Herausforderungen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen für die Arbeitssuche ungünstig sind, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nicht geschätzt werden oder wenn sie als Konkurrenten der lokalen Bevölkerung angesehen werden. In einigen Fällen gibt es Konflikte zwischen Rückkehrern und Bürgern, die das Land nicht verlassen haben, wenn es um knappe Ressourcen und den Zugang zu Dienstleistungen geht. Darüber hinaus werden einige rückkehrende Migranten stigmatisiert, was ihren potenziellen Entwicklungsbeitrag behindert (GER, 8). Rückkehrende Migranten können auch Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in das Heimatland haben, oder ihre Kompetenzen können sich im Ausland verschlechtert haben. Rückkehrende Migranten können von den Löhnen und Arbeitsbedingungen enttäuscht sein oder größere Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder bei Umschulungen haben als die lokale Bevölkerung, die das Land nicht verlassen hat (GER, 5). Mangelndes Interesse oder gar Ablehnung durch staatliche Akteure gegenüber migrantengeführten Entwicklungsprojekten könnten bestehende Ambitionen untergraben oder die Menschen in ihrem Entwicklungsengagement einschränken (GER, 2).

– KAPITEL 9 –

BESSERE INTEGRATION BESSERE CHANCEN

Die hohe Zahl der Flüchtlingsankömmlinge in kurzer Zeit stellte Deutschland vor Herausforderungen insbesondere auf kommunaler Ebene, da die lokale und regionale Ebene letztlich dafür verantwortlich sind, dass Strukturen und Mittel zur Förderung der Integration von Migranten vorhanden sind. Es ist unerlässlich, Lösungen für die folgende Fragestellungen zu finden: Registrierung von Einreisen, Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Sprachausbildung, Einschulung von Kindern, Anerkennung von Qualifikationen, Eintritt in den Arbeitsmarkt und Beschäftigung, spezifische Bedürfnisse unbegleiteter Minderjähriger, erleichterte Koordinierung von Bürgerinitiativen sowie Umgang mit abweichenden Meinungen, negativen Pressemeldungen und dem Wiederaufleben ablehnender Einstellungen gegenüber Flüchtlingen und Migration.

Viele Städte haben daraufhin Integrationspläne entwickelt. So verabschiedete der Berliner Senat im Mai 2016 den „Masterplan Integration und Sicherheit“, der auf dem Senatspapier „Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge“[24] von 2015 aufbaut. Der Senat schuf auch das Berliner Landesamt für Flüchtlingsfragen und förderte eine engere Koordination zwischen Landesbehörden, Bezirken und Nichtregierungsorganisationen (UNESCO 2016). Viele Städte tauschen sich aus und lernen voneinander, identifizieren Praktiken, die funktionieren, und Strategien zur Bewältigung von Herausforderungen. Die vier Prinzipien des Berliner Integrationsmasterplans lauten: Jeder Einzelne hat das Recht auf würde- und respektvolle Behandlung, egal ob er in Berlin geboren wurde, sich freiwillig für ein Leben in Berlin entschieden hat, nach Berlin geflohen ist oder nur kurz die Stadt besucht; Jeder in Berlin muss sich an den gleichen Rechtsrahmen halten. Das Sicherheitsversprechen in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Staat ist unteilbar und beinhaltet den Schutz der Flüchtlinge; Allen in Berlin lebenden Flüchtlingen müssen alle Möglichkeiten der sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration geboten werden, die notwendig sind, damit sie sich als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft etablieren, und ihre Integrationsbemühungen müssen gefördert werden; Von allen Flüchtlingen wird erwartet, dass sie sich aktiv um die Integration und Teilnahme am Leben in der städtischen Gemeinschaft bemühen und akzeptieren, wie andere in der Gesellschaft und mit ihren demokratischen Werten leben.

Der Masterplan zeigt in acht Schritten den Weg zur gelungenen Integration auf:

1. Ankunft, Registrierung und Vermittlung von Leistungen und Angeboten für Flüchtlinge vom ersten Tag an, einschließlich
2. Gesundheitsversorgung und
3. Unterkunft. Asylbewerber erhalten
4. umfassende und passende Sprachlern- und Bildungsmöglichkeiten und werden
5. in den Arbeitsmarkt integriert. Bei diesen Schritten muss G das Sicherheitsgefühl sowohl der Flüchtlinge selbst als auch der Berliner jederzeit erhalten bleiben. Gemeinsame Anstrengungen des Berliner Senats sind notwendig, um
7. eine integrative und offene Berliner Gesellschaft zu schaffen. Eine erfolgreiche Integration erfordert
8. die aktive Beteiligung der Flüchtlinge am sozialen und kulturellen Leben Berlins.

Die Berliner Stadtverwaltung hat sich an der Umsetzung der acht Masterplan-Komponenten mit einem integrierten und umfassenden ressortübergreifenden Ansatz beteiligt. Zu den neuen Initiativen gehörten

1. die Zentralisierung der Registrierung und Leistungserbringung beim Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales;

❷ die systematische Bereitstellung von Orientierungsmaßnahmen;

❸ die Übertragung und Bereitstellung von Leistungen in den Gemeinden und

❹ die Klärung des Aufenthaltsstatus sowie zahlreiche weitere Maßnahmen.

Mit seinen zahlreichen guten Ansätzen kann dieser Masterplan für die Integration hilfreich sein.

Zur gezielten Medien- und Öffentlichkeitsarbeit über die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen gehören eine verbesserte Kommunikation in den Stadtteilen und die Sensibilisierung der städtischen Gemeinschaft „für eine offene und integrative Berliner Gesellschaft". Dialogveranstaltungen finden in Bezirken, Quartieren und Ortsteilen unter Beteiligung von Senatsbüros, Bezirksämtern, Freiwilligeninstitutionen und der Zivilgesellschaft statt. Die Beteiligung der Bürger ist ein Hauptziel, das insbesondere durch die aktive Beteiligung an Freiwilligenarbeit und Stadtentwicklungsprogrammen wie dem Integrations- und Entwicklungskonzept des Stadt-/Stadtteilmanagementprogramms erreicht werden soll. Dennoch muss jeder Integrationsplan an den spezifischen Kontext angepasst werden, in dem er umgesetzt werden soll.

Mehrere befragte Personen unterstützen das Argument, dass eine bessere Integration im Zielland gleichzeitig bessere Chancen bedeutet, das Herkunftsland zu unterstützen. Flüchtlinge und Migranten, die in die deutsche Gesellschaft integriert sind, d.h. am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen und Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Gesundheit haben, während sie ihre Kontakte und Netzwerke in ihrem Herkunftsland halten, können Möglichkeiten zur Entwicklungsförderung schaffen. GER 8 gibt ein Beispiel für kurdische Ärzte in Deutschland, die eine Diaspora-Organisation gründeten und humanitäre Hilfe im Nordirak leisteten. Sie engagieren sich für die Entwicklung des Gesundheitssektors, aber sie konnten dies nur tun, weil sie in Deutschland gut integriert sind.

Ein deutsche Bürgermeister zeigt, wie Flüchtlinge aufgenommen werden können (Le Blond, 2018)

„Bürgermeister Andreas Hollstein betrachtet Flüchtlinge als Gewinn für seine Gemeinde." Sein Ziel war es, eine integrationsfördernde Atmosphäre zu schaffen. Dafür wurde er für den Nansen-Flüchtlingspreis nominiert. Mit dem jährlich ausgelobten Preis werden Personen geehrt, die außergewöhnliche Anstrengungen unternommen haben, um Flüchtlinge und Vertriebene zu unterstützen.

Die Stadt hatte in den letzten Jahren zu kämpfen. Fabriken wurden geschlossen und die Bevölkerung schrumpft. Jetzt hat es der Bürgermeister geschafft, den Trend umzukehren und die Vision einer wieder aufblühenden Kommune zu verbreiten, die für das langfristige Wohlergehen der Flüchtlinge und der Menschen, die sie aufnehmen, unerlässlich ist. Er hat die positiven Auswirkungen des Flüchtlingszustroms hervorgehoben und dabei das Potenzial und die Fähigkeiten betont, die die einzelnen Neuankömmlinge mitbringen.

Die Vorteile der Verbesserung der Selbstständigkeit der Flüchtlinge und des Zugangs zum Arbeitsmarkt werden vom Bürgermeister, von Freiwilligen und Flüchtlingen gleichermaßen anerkannt. Sie fördert die lokale Wirtschaft und kommt der Bevölkerung des Aufnahmelandes zugute und bietet gleichzeitig langfristige Chancen für Neuankömmlinge.

Die Verwaltung unterstützte die Entwicklung eines Internetportals, das die Fähigkeiten der Flüchtlinge mit denen dem Arbeitskräftebedarf in Einklang bringt. Dieser Ansatz hat es vielen ermöglicht, schnell Kontakte zu Mitgliedern der lokalen Bevölkerung zu knüpfen, die Sprache zu lernen und Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten zu finden.

„Die Neuankömmlinge sind ein Gewinn für die deutsche Gesellschaft", sagt Ludger Leweke, der sein ganzes Leben in Altena lebt, freiwillig rund 20 junge Flüchtlinge betreut und ihnen bei der Bewerbung um Arbeit und Praktika hilft. „Deshalb möchte ich ihnen bei ihrem Karrierestart helfen."

„Mit kleinen Schritten kann man etwas Gutes für Menschen in Not tun", sagt Hollstein. „Es sind nicht die großen Worte der Spitzenpolitiker, die wichtig sind. Es sind die Menschen da draußen, die das humanitäre Gesicht Europas zeigen - und das sind wir" (UNHCR, 2018).

– KAPITEL 10 –

MIGRATIONS UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Begünstingende Faktoren

Aus historischer und zeitgenössischer Perspektive scheint es so, als hätte Deutschland für seine eigene Entwicklung, die bis in die letzten zwei Jahrhunderte und länger zurückreicht, auf (Ein-)Wanderung gesetzt. Obwohl der deutsche Staat vielleicht nicht explizit eine „Migrations- und Entwicklungspolitik" ausgerufen hat, hat er doch bewusst eine solche Politik entwickelt. Es gibt Belege dafür, dass die Freizügigkeit von Millionen von Menschen, auch unter Zwangsbedingungen, in unmittelbarem Zusammenhang mit den Arbeits- und Qualifikationsmaßnahmen für die deutsche Industrie steht. Es gibt Beispiele dafür, dass solche Bewegungen bewusst vom Staat organisiert wurden. In einigen Fällen lag der Schwerpunkt zunächst auf der Zusammenarbeit zwischen Diaspora-Vereinen und der Erleichterung von Geldtransfers. Diese wurde in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet und soll nun den gesamten Migrationszyklus abdecken. Ein „Triple-Win" (Vorteile für die Migranten selbst, ihre Herkunfts- und ihre Wohnsitzländer) prägt oft das gemeinsame Verständnis von Migration und Entwicklung.

Generell hat die Bundesregierung verstanden, dass es für Migranten notwendig und möglich ist, sowohl zur Entwicklung in Deutschland als auch zu ihrem Herkunftsland beizutragen. In den letzten Jahren hat Deutschland erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Integration von Migranten in Deutschland zu unterstützen. Als Reaktion auf die aktuellen Debatten um die Bedeutung eines möglichst schnellen Zugangs von Migranten zum deutschen Arbeitsmarkt wurde ein neues Einwanderungs- und Integrationsgesetz vereinbart, das kürzlich in Deutschland in Kraft getreten ist. In Anbetracht der Notwendigkeit, die eigene Entwicklung und die Entwicklungsbeiträge von Migranten zu erleichtern und zu verbessern, ist Deutschland bestrebt, das Potenzial von Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt besser zu nutzen, indem es sich nicht auf formale Qualifikationen stützt, sondern praktische Tests oder Prüfungen entwickelt, um den Qualifikations- und Wissensstand zu bestimmen. Ziel ist es, vom Zustrom von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten aus dem Jahr 2015 zu profitieren, die zu einem signifikanten Wandel in der deutschen Gesellschaft beitragen können, indem sie die Vielfalt der im Land lebenden Menschen anerkennen und auch von ihren wirtschaftlichen, sozialen bzw. kulturellen Leistungen profitieren (GER, 6).

Nationale Strategien und Praktiken

Die Debatte im Vorfeld des neuen Einwanderungsgesetzes

Im Rahmen der Lösung, mit der die jüngste Krise der Regierung Angela Merkels beendet wurde, hat die SPD die Regierungskoalition dazu gebracht, sich zu verpflichten, bis Ende 2018 ein umfassendes Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Die neue Gesetzgebung zielt auf eine klare Trennung des (individuellen) Asylrechts einerseits und der Gewinnung ausländischer Fachkräfte andererseits. Experten aus Wirtschaft und Politik sind sich darüber einig, dass die Zuwanderung aus Drittländern nach Deutschland - mit seiner alternden Bevölkerung - entscheidend ist für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft, die Sicherung der erforderlichen Kompetenzen und Arbeitskräfte und die Wiederherstellung der deutschen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, die allesamt zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Lebensstandards des Landes erforderlich sind. Einige Kernpunkte des neuen Zuwanderungsgesetzes sind (Deutsche Welle, 2018a): der Aufbau eines Punktesystems zur Bewertung von Fachkräften und zur Priorisierung, wer einwandern darf; feste Kontingente von Zuwanderern, die pro Jahr auf der Grundlage der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft festgelegt werden, mit einem ersten Kontingent von 25.000 Personen; eine schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die Möglichkeit der Einwanderung ohne konkrete Beschäftigung (im Falle ihrer Umsetzung würden diese Reformen Menschen mit Hochschulbildung oder gefragten Qualifikationen die Einreise nach Deutschland ermöglichen, ohne zunächst einen Arbeitsplatz finden zu müssen).

Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus

Im Jahr 2017 wurde der neue „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus“ verabschiedet, der den Schutz und die Solidarität mit Opfern von Rassendiskriminierung, Gewalt oder anderen Formen der Ungleichbehandlung fordert. Ziel ist es, Maßnahmen zur Verringerung des (institutionellen) Rassismus zu entwickeln und zu fördern, das öffentliche Bewusstsein für Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit zu vergrößern und eine vielfältige, demokratische Gesellschaft zu stärken. Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ wurde 2017 erweitert und umfasst nun auch den Kampf gegen Feindseligkeit, Ablehnung und Hass gegenüber dem Islam und den Muslimen, die Unterstützung von Opfern, die Rassismusprävention und die Förderung von Initiativen für Vielfalt und Diskriminierungsbekämpfung in Unternehmen. Darüber hinaus ist im Oktober 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft getreten. Dessen Ziel ist es, Hassverbrechen und kriminelle Falschmeldungen auf Social-Media-Plattformen zu bekämpfen. Dies baut natürlich auf bestehenden Antidiskriminierungsgesetzen, Strategien zur Erreichung interkultureller Offenheit sowie strategischen Integrationsplänen auf.

Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungspolitik

Die Verbindungen zwischen Migration und Entwicklungspolitik wurden 2017 weiter ausgebaut. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördert Deutschland seit langem politische, wirtschaftliche und soziale Reformen in den Partnerländern. Das Land setzt sich für eine gewaltfreie Konfliktbewältigung ein und arbeitet an der Stärkung der Zivilgesellschaft. Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kann der Migrationsdruck in diesen Ländern nur im Rahmen einer langfristigen Entwicklungszusammenarbeit gemildert werden. In seiner Entwicklungspolitik sieht Deutschland Migration als Entwicklungsbeitrag und ist bestrebt, die damit verbundenen Risiken zu minimieren.

In Deutschland will das BMZ das Bewusstsein für die Ursachen und Chancen der Migration schärfen. Das Ministerium betrachtet Migranten als wichtige Kooperationspartner in der Entwicklungszusammenarbeit. „Als Mitglieder einer aktiven Zivilgesellschaft sowohl in Deutschland als auch in ihren Herkunftsländern können Migranten Brücken zwischen diesen Nationen bauen“ (BMZ, 2018). Allein die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat 2017 weltweit 100 Projekte im Bereich Migration und Vertreibung umgesetzt. Seit März 2017 entwickelt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)[25] sein Rückkehrprogramm „Returning to New Opportunities“, das sich an Personen richtet, die freiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehren. Ziel ist es, diese freiwillig zurückkehrenden Migranten mit Informationen, Beratungsangeboten und (finanzieller) Unterstützung zu versorgen, um ihnen einen Neuanfang in ihrem Herkunftsland zu ermöglichen. Anfang 2018 wurden Migrationsberatungsstellen in Albanien, Kosovo, Serbien, Tunesien, Marokko, Ghana sowie im Senegal und Irak eingerichtet. Ein Zentrum in Nigeria ist geplant. Diese Zentren sollen die Wiedereingliederung der Rückkehrer unterstützen und die Menschen über lokale Beschäftigungsmöglichkeiten und legale Migrationsmöglichkeiten nach Deutschland informieren.

Viele Caritas-Organisationen arbeiten - als Mitglieder des ERSO-Netzwerks (European Reintegration Support Organisation) - im Bereich Migration und Entwicklung zusammen und bieten nichtstaatliche Rückkehrberatung und Reintegrationshilfe für diejenigen, die an einer freiwilligen Rückkehr interessiert sind. „Die Mitglieder des ERSO-Netzwerks sind der Ansicht, dass Migration das Potenzial hat, sich positiv auf die Entwicklung der Herkunfts- bzw. Rückkehrländer auszuwirken, was durch eine verbesserte Wiedereingliederung der Rückkehrer in die lokale Gemeinschaft ihrer Herkunftsländer erreicht und gefördert werden könnte. Daher liegt der Schwerpunkt des Netzwerks auf der Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung von Rückkehrern und der Einbeziehung der lokalen Gesellschaft in diesen Prozess (ein sog. community-based approach).[26]

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sensibilisiert für Ursachen und Chancen der Migration. Damit will das Ministerium zu einer breiteren Akzeptanz von Migranten beitragen. Migranten sind wichtige Kooperationspartner für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit des Ministeriums: Migranten sind Teil der aktiven Zivilgesellschaft in Deutschland und den Herkunftsländern. Sie können zuverlässige Informationen über ihre Herkunftsländer liefern und als Brückenbauer zwischen den Staaten fungieren (BMZ, 2018). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat vier Interventionsschwerpunkte im Bereich „Vertreibung und Entwicklungszusammenarbeit“ identifiziert. Diese vier Interventionsbereiche überschneiden sich in vielen Arbeitsbereichen und sollen sich gegenseitig ergänzen:

- Bekämpfung der Fluchtursachen: Unabhängig davon, wie die Fluchtursachen entstanden sind, können sie nur durch langfristige Anstrengungen angegangen werden. Ziel des BMZ ist es, die Lebensbedingungen der Menschen so weit zu verbessern, dass sie nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Dies erfordert Initiativen zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität sowie zur Verbesserung der Sicherheit und des sozialen Zusammenhalts.

- Stabilisierung der Aufnahmegebiete: Durch Entwicklungsprojekte, die die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung verbessern und sowohl den Vertriebenen als auch den Einheimischen in den Aufnahmegemeinden zugutekommen, ist es möglich, die Integration der Vertriebenen in ihr neues Umfeld zu fördern und zum Abbau sozialer Spannungen beizutragen.

- Integration und Wiedereingliederung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Rückkehrern: Deutschland will mit seiner Entwicklungszusammenarbeit Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in den Aufnahmeländern sowie Rückkehrern eine Grundlage für den Aufbau einer eigenen Zukunft in ihren Herkunftsländern geben. Neben der Deckung der unmittelbaren Grundbedürfnisse der Flüchtlinge (Nahrung, Wasser, Unterkunft) unterstützt Deutschland diese durch Einkommensmöglichkeiten. Durch Cash-for-Work-Programme werden sie in die Lage versetzt, ein schnell verfügbares Einkommen zu generieren. Das Programm steht auch Menschen aus den Aufnahmeländern offen.

- Menschen zur freiwilligen Rückkehr ermutigen, mit Unterstützung des Programms „Returning to New Opportunities“: Die Bundesregierung unterstützt Menschen bei der freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat. Mit dem Programm „Returning to New Opportunities“ schafft sie Chancen für einen Neuanfang der Menschen in ausgewählten Ländern.

Die Bundesregierung hat 2017 zum „Afrika-Jahr“ erklärt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stellte die Eckpunkte eines „Marshallplans für Afrika“ vor. Das Konzept betont die Bedeutung der Migration für das Verhältnis zwischen Afrika und Europa: „Es ist wichtig, dass die jungen Menschen in Afrika eine Zukunft für sich selbst (in Afrika) sehen können. Das bedeutet, dass jedes Jahr 20 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt werden - sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten. Die Entwicklung der notwendigen Wirtschaftsstrukturen und die Schaffung neuer Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten wird die zentrale Herausforderung sein. Auch die afrikanischen Jugendlichen brauchen den Austausch mit Europa. Europa muss eine Strategie entwickeln, die legale Migration ermöglicht und gleichzeitig illegale Migration und Menschenschmuggel bekämpft“ (BMZ, 2018a).

Das Jahr 2017 war auch auf nationaler Ebene geprägt vom deutschen Vorsitz in wichtigen internationalen migrations- und entwicklungspolitischen Gremien, von einem neuen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf Afrika und von der Einleitung bzw. Erweiterung wichtiger Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit. So gibt es seit 2007 das Globale Forum für Migration and Entwicklung (GFMD). Dabei handelt es sich um „eine informelle Plattform, auf der staatliche Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Organisationen politische Maßnahmen und Herausforderungen im Kontext von Migration/Entwicklung diskutieren können“. In den Jahren 2017 und 2018 führten Deutschland und Marokko gemeinsam den Vorsitz des Forums. Das Hauptthema des jährlichen Gipfels 2017 lautete „Towards a Global Social Contract on Migration and Development“. Im Dezember 2018 verabschiedete Deutschland den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und geregelte Migration. Der Pakt bekräftigt das Engagement der Unterzeichnerstaaten für den Schutz der Menschenrechte von Migranten und erkennt an, dass Migration ein Thema ist, das kollektives, multinationales Handeln erfordert. Der Pakt schafft zwar keine neuen rechtlichen Verpflichtungen, bietet den Staaten aber einen Rahmen, um bestehende rechtliche Verpflichtungen besser zu erfüllen und Fragen der Migration, wie beispielsweise die Datenerhebung, auf internationaler Ebene anzugehen. Darüber hinaus wurde eine „Afrika-Partnerschaft“ mit dem ausdrücklichen Ziel ins Leben gerufen, die Ursachen der Migration durch die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze insbesondere für Frauen und Jugendliche abzumildern und so zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit als Hauptursachen der Migration beizutragen (Deutsche Welle, 2018b).

Zugang zum Arbeitsmarkt

Im europäischen Vergleich haben das Bevölkerungsdefizit und das anhaltende Wirtschaftswachstum Deutschlands in Verbindung mit einer konstant niedrigen Arbeitslosigkeit günstige Bedingungen für die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Flüchtlingen geschaffen. Auch in der Rezession zwischen 2008 bis 2011 (die in Deutschland allerdings schwächer ausfiel als im restlichen Europa) wirkte sich die Wirtschaftskrise insgesamt relativ verhalten auf die Migrantenbevölkerung und die Flüchtlinge aus. Die Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten und Flüchtlingen in Deutschland sind nach Ansicht der Befragten relativ günstig. Die Arbeitsmarktbedingungen sind positiv, und der Integrationsrahmen hat eine Reihe von Anpassungen erfahren, die in die richtige Richtung deuten. Deutschland hat beeindruckende Schritte zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen unternommen - sowohl durch staatliche Maßnahmen als auch durch zivilgesellschaftliche Initiativen.[27] Das starke Engagement der letzteren ist ein Vorteil, der weit

über die Integration von Flüchtlingen hinaus Früchte tragen wird. Es könnte noch stärker genutzt werden, indem der Schwerpunkt stärker auf die Integration in den Arbeitsmarkt gelegt wird, z.B. durch Mentorenprogramme, die sich darauf konzentrieren, Flüchtlingen zu helfen, sowohl die für die Beschäftigungsförderung entscheidenden Netzwerke als auch Wissen über das Funktionieren des Arbeitsmarktes zu erhalten (Trines, 2017).

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die eigene Entwicklung von Migranten zu unterstützen und den Beitrag der Migration zur Entwicklung in Deutschland und den Herkunftsländern zu erhöhen, z.B. durch einen erleichterten Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung. Das Integrationsgesetz, das 2016 in Kraft getreten ist, fördert die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt (BMAS, 2016). Zu den Änderungen gehören unter anderem 100.000 sogenannte „Ein-Euro-Jobs" für Asylbewerber und Flüchtlinge: Ein-Euro-Jobs bieten Arbeitgebern staatlich geförderte Arbeitskräfte, während sie gleichzeitig den Flüchtlingen ermöglichen, praktische Erfahrungen zu sammeln, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und Kontakte zu knüpfen, die zu einer regulären Vollzeitbeschäftigung führen können; Die Arbeitsmarkt-Prioritätsprüfung wird für Asylbewerber und geduldete Personen[28] für drei Jahre ausgesetzt, so dass sie auch Zeitarbeit ausüben können. Damit entfällt die zeitaufwändige Prüfung, ob ein EU-Bürger für die betreffende Stelle in Frage kommt, bevor die Stelle besetzt wird; Flüchtlinge können sich nach drei Monaten, also zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt um eine Ausbildung bewerben, unabhängig davon, ob ihr Asylantrag bereits bearbeitet wurde oder nicht.[29]

In seinem Artikel „Lehren aus der deutschen Flüchtlingskrise: Integration, Kosten und Nutzen" („Lessons from Germany's refugee crisis: Integration, Costs, and Benefits") erklärt Trines (2017), dass ein Schwerpunkt der deutschen Regierung darin bestand, ihre Bemühungen zur Beschleunigung der Beschäftigung von Migranten und Flüchtlingen durch einen neunmonatigen Integrationskurs zu bündeln. Der Kurs soll die Aufnahme von zugelassenen Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten beschleunigen und ihnen dabei helfen, die erforderlichen Sprachkenntnisse sowie die kulturellen Fähigkeiten und das Verständnis zu verbessern. Darüber hinaus förderte die Bundesregierung 2016 100.000 Plätze für berufsbezogene Sprachkurse für Flüchtlinge. Ziel war es, die Auszubildenden dabei zu unterstützen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern, um einen Berufsabschluss zu erreichen oder fachspezifische Sprachkenntnisse zu erwerben (Trines, 2017). Deutschland betreibt eine Empfangspolitik für hochqualifizierte und arbeitsplatzschaffende Unternehmen, die in Nischenbereichen tätig sind. Die geringe Zahl der Unternehmer, die nach drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis beantragen und erhalten, erfordert jedoch eine kritische Überprüfung des grundsätzlich aufnahmefreundlichen Charakters dieser Politik und ihrer Erfolge (de Lange, 2018).

Leistungen für Asylsuchende

Bis vor kurzem mussten Asylbewerber vier Jahre warten, bis sie Anspruch auf staatliche Studienkredite hatten. Seit 2016 können Asylsuchende und Geduldete nach nur 15 Monaten in Deutschland monatliche Kredite von bis zu 720 Euro beantragen. Allerdings ist der Zugang zu Finanzhilfen von der Einschreibung in einer anerkannten Universität abhängig, und die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge verfügt derzeit nicht über die notwendigen Sprachkenntnisse, um Zugang zu Studiengängen zu erhalten. Zu den Vorteilen, die dieses Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge bietet, gehört eine Bestimmung, die es Personen, die keine Belege für die Bewertung einreichen können, ermöglicht, sich einer „Kompetenzanalyse" zu unterziehen. Diese beinhaltet meist Arbeitsproben, Interviews oder praktische Prüfungen. Werden ausländische Zeugnisse als unvergleichlich mit deutschen Qualifikationen eingestuft, können auch Weiterbildungsprogramme zur Vermittlung fehlender Kompetenzen im Rahmen eines spezifischen Programms angeboten werden (Trines, 2017).

– KAPITEL 11 –

VIELVERSPRECHENDE PRAKTIKEN

In diesem Abschnitt werden einige vielversprechende Praktiken beschrieben, die für Migration und Entwicklung relevant sind. Diese Praktiken werden zum Teil von staatlichen Stellen oder von Diaspora- und Migrantenorganisationen angewendet. Sie wurden ausgewählt, weil die Interviewpartner sie als vielversprechende Praktiken bezeichneten. Die Auswahl ist nicht repräsentativ.

Vielversprechende Praktiken - Nationale Ebene

Auf Landesebene ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die zentrale Anlaufstelle für Migration aus entwicklungspolitischer Sicht. Im Ministerium ist die Abteilung 113 für Migration zuständig und umfasst Bund, Länder und Gemeinden, die sich mit Migration und Beschäftigung befassen, Rückführungsexperten sowie Exportkredit- und Investitionsgarantien. In Deutschland will das BMZ das Bewusstsein für die Ursachen und Chancen der Migration schärfen. In seiner Entwicklungsarbeit sieht das Ministerium Migranten als wichtige Kooperationspartner. Als Mitglieder einer aktiven Zivilgesellschaft sowohl in Deutschland als auch in ihren Herkunftsländern können Migranten Brücken zwischen den Nationen bauen (ICMPD und ECDPM, 2013). Zu den Aufgabenbereichen gehören die Politikberatung im Herkunftsland, die Erleichterung von Geldtransfers, die Unterstützung von Migranten- und Diaspora-Organisationen, die Stärkung der Privatwirtschaft, die Unterstützung qualifizierter Rückkehrer und der Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit (BMZ, 2018).

An der migrations- und entwicklungspolitischen Gestaltung sind neben dem BMZ das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium der Justiz und das Bundesministerium für Bildung und Forschung beteiligt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist für die Umsetzung der Politik des Bundesinnenministeriums zuständig. Was die für Deutschland reservierten Mittel betrifft, so koordiniert das BAMF die Europäische Integration, den Europäischen Flüchtlingsfonds und den Europäischen Rückkehrfonds. Darüber hinaus ist es an der Umsetzung von Mobilitätspartnerschaften beteiligt. Es ist auch die deutsche Anlaufstelle für das European Migration Network (ICMPD und ECDPM, 2013).

Die wichtigste Durchführungsorganisation für Projekte im Bereich Migration und Entwicklung ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ((GIZ) und insbesondere ihr Zentrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM), ein Gemeinschaftsprojekt der GIZ und der Bundesagentur für Arbeit. Zu den Themen im Bereich Migration und Entwicklung gehören Diaspora-Engagement, Rücküberweisungen, migrationspolitische Beratung, Privatsektorentwicklung, Rückkehr- und Expertenprogramme sowie „Triple Win"-Projekte. Das BMZ hat die GIZ beauftragt, Mechanismen und Strategien zu entwickeln, um das mit Migration verbundene Entwicklungspotenzial zu erschließen. Das Anfang 2017 aufgelegte GIZ-Programm „Migration für Entwicklung" (PMD) verfolgt folgende Hauptziele (GIZ, 2018, GER 5): Der entwicklungsbezogene Beitrag von Migranten in ihren Herkunftsländern wird gestärkt und die Rahmenbedingungen für die legale Migration haben sich in ausgewählten Herkunftsländern verbessert; in Deutschland lebende Migranten und Flüchtlinge erhalten eine bedarfsgerechte Unterstützung, um ihnen die informierte Rückkehr und Wiedereingliederung in ihr Heimatland zu erleichtern.

Eine weitere vielversprechende Praxis ist „Engagement Global", das im Auftrag des BMZ tätig ist und Migration und Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene (Länder, Städte, Kommunen) unterstützt. Zu den Hauptaufgaben gehören (SKEW, 2018): Förderung des Austauschs zwischen verschiedenen Akteuren zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit; Interkulturelle Kompetenz

Fallbeispiel: Das „Triple Win“-Projekt

Deutschland spürt die Auswirkungen eines erheblichen Personalmangels in der Pflege. Nach einer Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) gab es 2014 auf 100 offene Stellen in den Bereichen Gesundheit und Pflege nur 84 Bewerber, in der Altenpflege nicht mehr als 44 Bewerber. Der demografische Wandel in Deutschland wird diese Situation mittel- und langfristig noch verschärfen. In Bosnien und Herzegowina, Serbien und auf den Philippinen gibt es dagegen einen Überschuss an qualifizierten Fachkräften, die nicht von den lokalen Arbeitsmärkten aufgenommen werden können. Dies hat zu einer hohen Arbeitslosigkeit unter den Krankenpflegern in diesen Ländern geführt.

Durch die Rekrutierung qualifizierter ausländischer Krankenschwestern wird der Pflegemangel in Deutschland gemildert und die Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern der Krankenpfleger reduziert. Die Überweisungen der Migranten und der Transfer von Know-how tragen zur Entwicklung in den Herkunftsländern bei. Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) und die GIZ haben ein gemeinsames Projekt zur Vermittlung von qualifizierten Krankenpflegern an deutsche Unternehmen gestartet. Die Migration von Pflegepersonal aus den teilnehmenden Ländern, das einen entsprechend hohen Ausbildungsstandard nachweisen kann, bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten für alle Beteiligten und generiert drei Vorteile („Triple Win“):

- Der Druck auf die Arbeitsmärkte in den Herkunftsländern nimmt ab;
- Die Rücküberweisungen von Migranten geben einen Entwicklungsimpuls in ihren Herkunftsländern;
- Der Mangel an Pflegepersonal in Deutschland wird gemildert.

Eine solche Migration bietet den Pflegekräften die Möglichkeit, ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern. Das Projekt arbeitet mit den Arbeitsagenturen in den Partnerländern und mit dem International Placement Service (ZAV) zusammen, um Pfleger auszuwählen und zu beurteilen, ihnen vorbereitende Sprach- und Fachkurse anzubieten und sie dann bei der Arbeit einzusetzen. Es unterstützt sie in ihrem Herkunftsland, bei der Ankunft in Deutschland und während ihres Aufenthalts dort. Die GIZ unterstützt den Prozess mit ihren Auslandsstrukturen, die sich auf die Förderung der Deutschkenntnisse der Pfleger, ihre berufliche Vorbereitung auf das Praktikum und die Förderung ihrer Integration nach ihrer Ankunft in Deutschland konzentriert. Die GIZ koordiniert auch das Anerkennungsverfahren für die im Ausland erworbenen Qualifikationen. Die ZAV ist als weiterer Mitwirkender am Projekt für die Platzierung der Kandidaten verantwortlich.

Bei der Auswahl der Partnerländer berücksichtigt das Projekt diejenigen Länder, die über einen Überschuss an gut ausgebildeten Krankenschwestern verfügen. Damit soll der sogenannte Braindrain verhindert werden. Mit anderen Worten: die Vermittlung von Krankenpflegern in Deutschland darf nicht zu einem Mangel an Krankenpflegern in den Herkunftsländern führen. Darüber hinaus bedeutet das hohe Niveau der Qualifikation der Krankenpfleger, dass von ihnen eine schnellere Integration in Deutschland erwartet wird.

Seit Projektbeginn 2012 bis Oktober 2018 wurden mehr als 2.000 Krankenpfleger an deutsche Arbeitgeber, in Kliniken, Altenpflegeheimen und Ambulanzen vermittelt. Davon haben bereits 620 ihre Arbeit in Deutschland aufgenommen, und 290 befanden sich in ihren Heimatländern noch in der Vorbereitung. Weitere 284 Triple-Win-Positionen sind derzeit noch nicht besetzt. Die Nachfrage wächst weiter, sowohl bei den Pflegekräften als auch bei den Arbeitgebern.

Triple Win hat sich weltweit als Modellprogramm etabliert und wurde von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als vielversprechende Praxis anerkannt.

in Kommunen gezielt einsetzen und Integration fördern. Dadurch wird ein Fokus auf die Fähigkeiten von Migrantenorganisationen gelegt, neue Brücken zu bauen und neue Verbindungen herzustellen; Unterstützung der lokalen Netzwerkprozesse durch kostenlose Beratungs- und Schulungsangebote in Form von Beiträgen zu verschiedenen Veranstaltungen sowie durch die Zusammenstellung und Analyse von Beispielen für die bewährte Praxis; Workshops und Seminare bringen Vertreter der lokalen Behörden und Verwaltungen sowie Politiker, zivilgesellschaftliche Akteure und Migrantenorganisationen zusammen; Eines der wichtigsten Angebote der Serviceagentur ist ein nationales Forum in Form einer jährlichen Konferenz, an der Schlüsselakteure aus ganz Deutschland teilnehmen, um über Migrations- und Entwicklungsthemen zu diskutieren;

- Engagement Global unterstützt die in der Agenda 2030 enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung von Nord und Süd für mehr Gerechtigkeit in unserer gemeinsamen Welt und den darin beschriebenen Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung;
- Engagement Global fordert die Regierungen von Bund und Ländern auf, die Kommunen und ihre Vertreter gleichberechtigt an der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der SDGs zu beteiligen, die Bedeutung des kommunalen Engagements für die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 anzuerkennen und die Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung einzubeziehen (SKEW, 2018).

Vielversprechende Praktiken: Nationale Ebene

Die Bundesländer spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die notwendigen strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Förderung der Integration von Migranten und ihrer Finanzierung zu schaffen. Für die Integration von Migranten sind einzelne Gemeinden zuständig, die zudem eng mit Migranten- und Diaspora-Organisationen zusammenarbeiten. Die Rolle der verschiedenen Ebenen kann durch zusätzliche Handlungsfelder, z.B. bei Integration und Entwicklung, weiter ausgebaut werden.

Das Land Hessen fördert die STUBE-Initiative ein entwicklungsorientiertes Bildungsprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die in Hessen studieren. Das Programm soll zur beruflichen Qualifizierung und Wiedereingliederung der Studierenden in ihren Herkunftsländern beitragen, indem es eine akademische Perspektive für die Phase nach der Rückkehr schafft. STUBE Hessen unterstützt Initiativen und ausländische Schülerarbeitsgruppen, die entwicklungsorientierte Veranstaltungen in ihren Städten organisieren wollen. STUBE Hessen fördert Praktika für die Berufsausbildung (Praktika) und Forschungsaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika für Abschlussarbeiten. Ziel dieser Aufenthalte ist es, den Studierenden zu helfen, eine Brücke zu ihrem Heimatland zu schlagen und sie auf ihr zukünftiges Berufsleben vorzubereiten. STUBE unterstützt die Besuche durch die Übernahme der Reisekosten und hilft in einigen Fällen bei der Zahlung der Reisekosten im Inland. Auf der Website „Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext“ finden sich umfassende Informationen über Aktionen zu entwicklungsorientierten Themen und über internationale Programme der Universitäten und Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Einrichtungen in Hessen. Darüber hinaus werden NGOs und Arbeitsgruppen vorgestellt, die einen internationalen, interkulturellen und entwicklungsorientierten Ansatz verfolgen und ihren Sitz in Hessen haben (WUS, 2018).

Eine weitere vielversprechende Praxis stammt von der Friedrich-Ebert-Stiftung: und heißt „Migration gestalten – gerecht und global“ (GER, 7). Sie unterstützt den Ansatz, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern bleiben können, wenn sie dies wünschen. Damit dies möglich ist, müssen ihre Lebensgrundlagen und Rechte geschützt werden. In der Agenda 2030 für nachhaltige erklären die Vereinten Nationen es zur globalen Aufgabe, „ die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen“. Um den Menschen weltweit Migrationsmöglichkeiten zu eröffnen, müssen sich Staaten und Gesellschaften auf Prinzipien, Regelungen und politische Projekte einigen, mit denen Migration gestaltet werden kann. Die folgenden zehn Botschaften stellen einen Perspektivenwechsel zu Migration und Mobilität dar:

1. Migration eröffnet Perspektiven für ein besseres Leben;
2. Menschenwürdige Arbeit für alle weltweit;
3. Ein Mitspracherecht am eigenen Wohnort;
4. Migranten bauen Brücken zwischen ihren Welten;
5. Aus den Augen, aus dem Sinn - Abschottung ist keine Lösung;
6. Schulen und Straßen statt Mauern und Zäune;
7. Die Friedenspolitik von heute mildert die Ursachen der Vertreibung von morgen;
8. Der Klimawandel verstärkt die Migration;

❾ Kapitalflucht trägt zur Migration bei;

❿ Fairer globaler Handel gegen armutsbedingte Migration.

Migration global zu gestalten bedeutet, dass weltweite Migrationsbewegungen alle Staaten und Gesellschaften betreffen. Daher gibt es eine kommunale Verantwortung, die weit über die „Steuerung" von Migrationsbewegungen hinausgeht. Migration deutet auf Missbrauch und Fehlentwicklungen in verschiedenen Politikbereichen hin. Diese Probleme können nur global gelöst werden (GER, 7). Daher ist es von entscheidender Bedeutung, auf die SDGs und die Bedeutung von Migration hinzuweisen, insbesondere um das negative Narrativ über Migration und Entwicklung zu ändern.

Vielversprechende Praktiken: Kommunale Ebene

Die Fairtrade-Initiative Saarbrücken

Von besonderer Bedeutung ist auch die kommunale Ebene. Die Fairtrade-Initiative Saarbrücken (FIS, 2018) ist eine lokale, regionale und grenzüberschreitende Plattform, die darauf abzielt, den fairen Handel in verschiedenen Kontexten zu fördern. Sie ist im Großraum Saarbrücken, im Saarland sowie im grenzüberschreitenden Städtenetzwerk QuattroPole11 mit Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier und den jeweiligen Fair-Trade-Organisationen (QuattroFair) tätig. Die Initiative engagiert sich für Sensibilisierung und Aufklärung und veranstaltet Vorträge über fairen Handel. Fairtrade-Läden betreiben Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf Afrika, Lateinamerika und Asien.

Die Stadt Saarbrücken profitiert von der Zusammenarbeit mit der FIS auf vielfältige Weise: Die Stadt profitiert von den vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen, die das soziale und kulturelle Leben in Saarbrücken bereichern. Die Initiative fördert den Zusammenhalt der Stadtbevölkerung und bringt Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen, sozialen Schichten, Herkunftsländern und Religionen zusammen. Fairer Handel schafft die Voraussetzungen für innovative Unternehmen und lockt Menschen und Unternehmen nach Saarbrücken. Damit wird das Bild Saarbrückens als weltoffene Stadt weiter verbessert und ein Beitrag zu einer stolzen Bevölkerung und Verwaltung geleistet, die sich für Migranten einsetzt. Der Faire Handel bietet die Chance, sich den globalen Herausforderungen auf lokaler und regionaler Ebene zu stellen und Zukunftsperspektiven sowohl für die Produzenten im globalen Süden als auch für die regionalen Produzenten und Händler im globalen Norden zu entwickeln. Diese Tatsache ist für die Saarbrücker Migranten von besonderem Interesse und bietet die Möglichkeit, in den Herkunftsländern etwas zu bewegen. Migranten haben das Gefühl, dass sie mit dieser Art von Entwicklungsarbeit ihr Fachwissen über die Situation in ihrem Land sowie die Sprache, Kenntnisse, Kontakte und besonderen Interessen einer bestimmten Region/Land einbringen können. Dies trägt auch dazu bei, das Selbstwertgefühl der Migranten zu stärken, da sie sich als Entwicklungsakteure geschätzt und anerkannt fühlen.

Um sich persönlich über die Folgen des fairen Handels in den Erzeugerländern zu informieren, besuchen Migranten, die mit der FIS zusammenarbeiten, jedes Jahr Produzenten, Genossenschaften und Initiativen in ihren Herkunftsländern. Diese Erfahrungen beeinflussen die Aktivitäten in Saarbrücken. So hat beispielsweise eine gemeinsame Afrikareise Ideen für neue Produkte zutage gefördert, die von der Initiative unterstützt werden (Seife mit Inhaltsstoffen aus Afrika, ein Biosphärenreservat im Saarland, etc.). Dieser Austausch hat einen besonderen Einfluss auf die Tätigkeiten, die sich auf die Sensibilisierung und die Allgemeinbildung der Bevölkerung konzentrieren. Erfahrungsberichte werden von Menschen präsentiert, die persönlich involviert waren - oft Migranten. Wenn es um ihre Herkunftsländer geht, haben sie eine besondere Wirkung auf das Publikum und tragen so dazu bei, die Sensibilisierungsaktivitäten zu bereichern. Darüber hinaus ermöglichen es die Besuche und Kontakte dem Netzwerk, Produzenten und Global-South-Aktivisten nach Saarbrücken einzuladen und sie in Sensibilisierungsprogramme einzubeziehen sowie besondere Initiativen der Erzeugerländer direkt zu unterstützen (GER, 16).

Vielversprechende Praktiken: NGOs/Diaspora- und Migrantenorganisationen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW, 2017) ist die gemeinsame Stimme der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.[31] Die einzelnen Spitzenverbände sind geprägt durch unterschiedliche weltanschauliche oder religiöse Motive und Ziele, aber bringen dennoch gemeinsam ihre Anliegen zum Ausdruck, die sie verbinden: die Unterstützung von allen Bedürftigen. Insgesamt arbeiten 1,4 Millionen Menschen in Vollzeit und zwischen 2,5 und 3 Millionen als Freiwillige für die Verbände der BAGFW.

Im Jahr 2017 lag der Schwerpunkt im Bereich Migration und Integration auf der konzeptionellen Entwicklung und organisatorischen Umsetzung von Programmen zur Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf Bundesebene, darunter ein Programm zur Stärkung von Asylbewerberinnen und weiblichen Flüchtlingen, die Umsetzung eines Schutzkonzeptes für die Bewohner von Asylunterkünften und die Unterstützung von psychosozialen Zentren für Folteropfer. Zur Unterstützung der Freiwilligenarbeit hat die Informationsvereinigung für Asyl und Integration die Website http://www.fluechtlingshelfer.info initiiert. Freiwillige, die mit Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenarbeiten, finden Informationen zu Rechtsberatung, Sprachkursen, Gesundheits- und Bildungsdiensten, Wohnen und Arbeit (Flüchtlingshelfer, 2018). Ehrenamtliche sind für die Arbeit der Mitgliedsorganisationen des BAGFW von zentraler Bedeutung. Eine der Hauptaufgaben des BAGFW ist es daher, die Freiwilligenarbeit und das soziale Engagement gegenüber Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten zu unterstützen und zu fördern. Das BAGFW koordiniert die Arbeit der Ehrenamtlichen und bietet ihnen Beratung und Betreuung an. Darüber hinaus beschäftigte sich der Ausschuss für Migration und Integration mit der Optimierung der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen. Auf Regierungsebene fanden regelmäßige Gespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der Integrationsbeauftragten, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Bundesministerium des Innern (BMI), dem Koordinator für Flüchtlingsfragen der Bundesregierung, dem BAMF und dem Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) statt.

Die in der BAGFW organisierten Verbände unterstützen auch Asyl- und Migrationsberatungsstellen. Diese Beratungsangebote kommen sowohl Asylbewerbern als auch Menschen ausländischer Herkunft zugute, die in Deutschland leben und arbeiten. Die Hilfesuchenden werden individuell beraten, z.B. wie sie sich an ihrem neuen Wohnort zurechtfinden können. Die Beratung ist kostenlos, vertraulich und kann sich auf folgende Themen beziehen: Deutsche Sprache, Umgang mit Behörden, Bildung, Ausbildung und Arbeit, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Kinderbetreuung, Sozialleistungen, Wohnen, persönliche und familiäre Probleme und Gesundheitsfragen (Jugendmigrationsdienste, 2018). Ziel der Beratungsstellen ist es, den Integrationsprozess von Menschen mit Migrationshintergrund zu initiieren, zu steuern und zu begleiten, um die Möglichkeiten der Teilhabe und des täglichen Zusammenlebens zu verbessern. Darüber hinaus sollen Migranten befähigt werden, in allen Fragen des

Akhenaton Images / shutterstock.com

täglichen Lebens selbstständig zu handeln (Caritas, 2018; Freie Wohlfahrtspflege Bayern, 2018).

Des Weiteren unterstützt die BAGFW die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer speziellen Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM), die den am Asylverfahren beteiligten Flüchtlingen die Möglichkeit geben sollen, mit Städten und Gemeinden sowie mit nationalen oder gemeinnützigen Dienstleistern zusammenzuarbeiten. Flüchtlinge können sich so mit dem deutschen Arbeitsmarkt vertraut machen und während des laufenden Asylverfahrens gemeinnützige Arbeit verrichten. Dieses vorläufige Programm des Bundes, das Asylbewerbern eine gemeinnützige Beschäftigung ermöglicht, wird mit 300 Millionen Euro jährlich (2017-2020) finanziert. Asylsuchende erhalten einen Zuschuss von 80 Cent pro Stunde. Die Beschäftigung ist bis zu sechs Monate möglich und kann bis zu 30 Stunden pro Woche umfassen. Die Teilnahme am Programm ist jedoch für Asylbewerber aus sogenannten sicheren Herkunftsländern nicht möglich.

Migrantenorganisationen

Migrantenorganisationen (MO) spielen eine wichtige Rolle für Migration und Entwicklung in Deutschland. Die meisten MO sind auf lokaler Ebene als Verbände tätig, und Menschen arbeiten für diese Organisationen als Freiwillige. Die Mitglieder der MO verfügen in der Regel über persönliche Migrationserfahrung (GER, 1) und sind daher besonders gut darin, Neuankömmlinge bei der Ansiedlung in Deutschland zu unterstützen und zu beraten. Die Organisationen sind so unterschiedlich und vielfältig wie die Migranten selbst und umfassen Freizeit- und Sportvereine, kulturelle und religiöse Vereinigungen, Arbeitnehmer- und politische Vereinigungen sowie Jugend- und Schülerverbände. Sie bieten oft eine Vielzahl von Dienstleistungen an, wie z.B. Dolmetschdienste, Beratung, Organisation von Veranstaltungen, Bildungsprogramme wie Hausaufgabenclubs für Kinder und Integrationsprojekte.

Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind oft in Diaspora-Organisationen engagiert, um die Integration in Deutschland zu fördern und Projekte in ihren Herkunftsländern zu unterstützen. Diaspora-Organisationen in Deutschland leisten wertvolle Bildungsarbeit und sind wichtige Anlaufstellen und Informationsquellen für alle, die mit den jeweiligen Herkunftsländern zu tun haben. Ihr Wissen und ihre Erfahrung können sich in Bereichen wie Wissenschaft, Forschung und Ausbildung bis hin zur Privatwirtschaft als hilfreich erweisen. Zu den Aktivitäten der Diaspora gehören Wissenstransfer, der Aufbau von Unternehmensnetzwerken, Beratung in Politik, Kultur und technischem Know-how für Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland und dem Herkunftsland (GER, 1, 12, 18).

DiasporaNRW.net

GER 18 koordiniert und pflegt die Website DiasporaNRW.net. Diese Webseite informiert über das Engagement von Diaspora-Akteuren und macht ihr Engagement besser sichtbar. Interessierte finden aktuelle Informationen über Fördermöglichkeiten, Weiterbildung und verschiedene Veranstaltungen wie Vorträge, Ausstellungen oder Filmvorführungen zu den Themen Diaspora und Entwicklung insbesondere in Nordrhein-Westfalen (NRW). Für die Förderung des Themas Migration und Entwicklung sind die „Empowerment Days“ (sogenannte „E-Days“) von besonderer Bedeutung. Fünf- bis sechsmal im Jahr finden regionale Netzwerktreffen für Migranten und Migrantenorganisationen statt, die sich mit Fragen der lokalen Entwicklungspolitik befassen. Zielgruppen sind Migranten- und Diaspora-Organisationen sowie lokale Vertreter, die mit der Diaspora in NRW zusammenarbeiten. Ziel ist es, die für die SDGs relevanten Themen zu diskutieren, ein Netzwerk relevanter Akteure aufzubauen und zu pflegen und damit gemeinsame Entwicklungsziele zu verfolgen (Diaspora NRW, 2018). Darüber hinaus unterstützt GER 18 als Fachpromotorin im Eine Welt Netz NRW die interkulturelle Öffnung der Eine Welt Szene. Einerseits sollen mehr Diaspora Akteure für entwicklungspolitische Themen gewonnen werden, gleichzeitig soll in der „Mehrheitsbevölkerung“ mehr Verständnis für Migration und globale Zusammenhänge erzeugt werden. Dies geschieht durch Bildungsangebote (Workshops, Vorträge, Seminare) über Themen wie Antidiskriminierung, Migration und Entwicklung. Darüber hinaus bietet die Fachstelle einen Überblick über Fördermöglichkeiten und berät MSO und Diaspora–Organisationen.

- KAPITEL 12 -

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ziel dieser Studie war es, zu einem besseren Verständnis des Zusammenhangs zwischen Migration und Entwicklung im deutschen Kontext beizutragen. Mit der Absicht, die positive Rolle von Migranten bei der Entwicklung sowohl der Herkunftsländer als auch der Zielländer (in diesem Falle Deutschlands) zu stärken, wurden Beispiele für den Zusammenhang zwischen Migration in Deutschland und nachhaltiger Entwicklung beschrieben, soweit diese bestimmte Länder im Ausland als auch Deutschland betrifft. Außerdem wurden zahlreiche Beispiele hervorgehoben, in denen Migration und Migranten selbst zur integralen menschlichen Entwicklung, zur Entwicklungszusammenarbeit und zu den Aufnahmeländern beitragen.

Wissenschaftliche Literaturrecherchen, Interviews mit Migrations- und Entwicklungsexperten sowie mit Vertretern staatlicher Behörden und NGOs verdeutlichen das Interesse Deutschlands an Migration und Entwicklung. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit zwischen Diaspora-Verbänden, die Erleichterung von Geldtransfers und in jüngster Zeit unter anderem auf Rückkehrmigration und Wiedereingliederung gelegt. Was den Beitrag von Migranten zur Entwicklung in Deutschland und im Herkunftsland betrifft, so betonten die Interviewpartner nicht nur den wirtschaftlichen Beitrag von Migranten, ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt und Geldüberweisungen, sondern auch die soziale Dimension, zum Beispiel den Fluss von Fähigkeiten, Wissen, Ideen und Werten, die Migranten sowohl in die Aufnahmegesellschaft als auch zu Hause vermitteln. Die Studie veranschaulichte auch die Bedeutung von Diaspora- und Migrantenorganisationen für die Entwicklung im Herkunfts- und Zielland und verwies auf die Bedeutung zirkulärer und transnationaler Migrationsbewegungen.

Zu den Barrieren und Herausforderungen, mit denen Migranten in ihrem Beitrag zur Entwicklung in Deutschland konfrontiert sind, gehören die negative Konnotation der Begriffe Migration, Migranten und Flüchtlinge, die mangelnde Unterstützung von Diaspora- und Migrantenorganisationen, die Fokussierung auf Integration statt auf Entwicklung sowie Hindernisse beim Zugang zu bestimmten Rechten und Ressourcen wie Rechtsschutz, Bildung und Arbeitsmarkt. Auf der Grundlage der Literaturrecherche und der Interviews wurde zudem eine Reihe von Hindernissen identifiziert, die den vollen Beitrag der Migranten zur Entwicklung in ihrem Herkunftsland behindern. Hierzu zählen Konflikte, zivile Unruhen und instabile Sicherheitslagen, fehlende Rechtsstaatlichkeit sowie eine unzureichende Infrastruktur und Wirtschaft.

Neben den großen Barrieren und Herausforderungen zeigte die Studie, dass die Bundesregierung erkannt hat, dass es für Migranten notwendig und möglich ist, sowohl zur Entwicklung in Deutschland als auch in ihren Herkunftsländern beizutragen. In den letzten Jahren hat Deutschland erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Integration von Migranten in Deutschland zu unterstützen. Das neue Einwanderungs- und Integrationsgesetz, das Anfang 2019 in Kraft getreten ist, ist ein deutlicher Indikator für die Bedeutung der Beiträge von Migranten zum deutschen Sozialstaat und zur Sicherung der Rente. Die Tatsache, dass die Bundesregierung all dies anerkennt, macht sie in der EU zu einem Vorreiter auf diesem Gebiet. Darüber hinaus hat die Bundesregierung ihre Bemühungen um eine Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungspolitik verstärkt, wobei der Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Fluchtursachen, Rückkehrmigration und Reintegration sowie auf Investitionen in Entwicklungsländern liegt. Mehrere Interviewpartner unterstützten das Argument, dass eine bessere Integration in Deutschland bessere Chancen für eine Unterstützung des Herkunftslandes bedeutet. Integrierte Flüchtlinge und Migranten in Deutschland, die also am sozialen und kulturellen Leben teilhaben und Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheit haben und gleichzeitig ihre Kontakte und Netzwerke in ihren Herkunftsländern pflegen, schaffen erstaunliche Möglichkeiten, die internationale Entwicklung im Allgemeinen und die ganzheitliche menschliche Entwicklung im Besonderen zu unterstützen.

Daniel M. Ernst / shutterstock.com

- KAPITEL 13 -

EMPFEHLUNGEN

Die Analyse in diesem Bericht führte zu Empfehlungen, um die Beiträge der Migranten zur Entwicklung besser zu unterstützen. Die Empfehlungen zur Lobbyarbeit zu diesen zehn Themen richten sich in erster Linie an die Caritas und ihre Mitglieder sowie an die deutsche Gesellschaft, an Migranten in Deutschland sowie an NGOs, CSOs sowie die Länder- und Bundesregierung:

1. Bekämpfung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit

- Stärkung der Antidiskriminierungs-, Antirassismus- und Gleichstellungsgesetze, der öffentlichen Ordnung, der Geschäftspraktiken und der Gewerkschaften, um diese Probleme in allen Bereichen zu beseitigen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Beschäftigung, das Bildungssystem und den Zugang zu anderen Ressourcen und Rechten.

- Durchsetzung der bestehenden Antidiskriminierungsgesetze und - soweit erforderlich - Verabschiedung neuer Gesetze in Übereinstimmung mit dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung von Rassendiskriminierung, der ICERD und den Empfehlungen des Vertragsorgans, um Diskriminierung und Gewalt gegen Migranten zu verhindern und Opfern Rechtsbehelfe zu verschaffen.

- Zusammenarbeit mit politischen Parteien, Verbänden und Gruppen, um Sensibilisierungskampagnen in den Medien sowie in den sozialen Netzwerken zu initiieren und zu fördern, um Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung, die Achtung der kulturellen Vielfalt und die Teilhabe von Migranten zu fördern.

- Aufforderung an politische, soziale, bildungspolitische, wirtschaftliche, sportliche, religiöse und kommunale Führungskräfte und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sich mit starken Botschaften der Solidarität und des Respekts zu Wort zu melden, die Gleichbehandlung und Chancengleichheit zu fördern und alle rassistischen, fremdenfeindlichen, religiösen oder sonstigen diskriminierenden Verhaltensweisen und Handlungen einschließlich Hassreden und Gewalt zu verurteilen.

2. Gewährleistung des Schutzes aller Migranten und Flüchtlinge durch die Menschenrechte

- Die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (1990) und des ILO-Übereinkommens 143 über Wanderarbeitnehmer (1973) vorantreiben und die unverzügliche Verabschiedung und Umsetzung ihrer Bestimmungen unabhängig von der Ratifizierung sicherstellen.

- Sicherstellung der vollständigen Umsetzung der Bestimmungen der von Deutschland ratifizierten Übereinkommen ILO C-97 über Wanderarbeiter und ILO C-189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte.

- Für die Anbindung der Entwicklungs- und Migrationspolitik an die Menschenrechte eintreten und eine systematische Folgenabschätzung für die Menschenrechte erstellen.

- Migranten unabhängig von ihrer Rechtsstellung und Nationalität vor Ausbeutung und prekären und unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen schützen.

- Umsetzung der entsprechenden Verpflichtungen, um die vom Global Compact für sichere, geordnete und geregelte Migration festgelegten Migrationsrechte geschützt, sozial, sicher und geordnet zu gestalten.

3. Anwendung und Durchsetzung des Arbeitsrechts, der Normen für menschenwürdige Arbeit und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Migranten

- Stärkung des Arbeitsrechts in Übereinstimmung mit allen relevanten internationalen Arbeitsnormen/ILO-Konventionen und -Empfehlungen sowie Sicherstellung der uneingeschränkten Anwendung auf alle in Deutschland tätigen Personen.

- Sicherstellen, dass die Arbeitsaufsicht in Deutschland über ausreichende Mandate, Ressourcen und Ausbildung verfügt, um alle Arbeitsplätze zu erreichen, an denen Migranten (und deutsche Staatsangehörige) beschäftigt sind, um die Einhaltung menschenwürdiger Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards zu gewährleisten.

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung, den kommunalen Verwaltungen, den Sozialpartnern und der Internationalen Arbeitsorganisation, um die Verwirklichung der Arbeits- und Menschenrechte und die Bedingungen für alle Wanderarbeitnehmer wie Mindestlöhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsumgebungen zu verbessern.

4. Ablösung des negativen Diskurses durch eine zutreffende und positive Darstellung von Migration

- Eine Vision in der deutschen Gesellschaft von Migranten als Mitwirkende an Deutschland in allen Bereichen und als Brücke zwischen verschiedenen Kulturen und Menschen artikulieren und fördern.

- Migranten und ihre Leistungen sowohl als Mitmenschen als auch als Entwicklungsakteure anerkennen und fördern durch Anerkennung der Bedeutung ihrer wirtschaftlichen Beiträge am Wohnort und ihrer Überweisungen und „sozialen Beiträge“. Hierzu zählen auch Fähigkeiten, Kenntnisse, Ideen und Werte, die Migranten aus und in ihre Herkunftsländer übertragen - wie dies auch deutsche Migranten im Ausland tun.

- Für eine proaktive Kommunikation und Politik der öffentlichen Verwaltung eintreten, Migranten und Flüchtlinge aufnehmen und die Integration in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft fördern, wie z.B. in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Sport, Kultur etc.

- Unterstützung politischer Parteien, die sich mit Migranten- und Migrationsfragen befassen und eine gleichberechtigte und humanitäre Haltung gegenüber Migranten und Flüchtlingen anstreben.

- Aufruf für die Verantwortung der Medien bei der Sensibilisierung für die Rechte und Leistungen von Migranten und bei der Verbreitung zutreffender und positiver Darstellungen, Bilder und Geschichten über Migration, Migranten und Flüchtlinge.

- Aufbau von Partnerschaften mit Medienakteuren und Durchführung von Kampagnen in den sozialen Medien, um Anti-Migrations- und rechtsextremen Kampagnen mit positiven und zutreffenden Diskursen und Narrativen zu begegnen.

5. Ausbau sicherer und legaler Migrationswege

- Schaffung legaler Wege für den Schutz der Rechte bei regulärer Migration, um sicherzustellen, dass Deutschland die Menschen, die es für sein wirtschaftliches und soziales Wohlergehen braucht, gewinnen und aufnehmen kann, ohne die irreguläre Migration und die Ausbeutung und Diskriminierung von Migranten zu fördern.

- Weiterführung der Diskussionen über das neue Zuwanderungsgesetz in Deutschland, um faire und gerechte Vereinbarungen über die Mobilität internationaler Arbeitnehmer zwischen Herkunfts- und Zielländern, eine sichere Mobilität und die Achtung der internationalen Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten und gleichzeitig die Rechte von Asylbewerbern in Deutschland zu schützen.

- Förderung des Abbaus strenger Regelungen für Doppelstaatsangehörige, um Geschäftsmöglichkeiten zwischen Deutschland und den Herkunftsländern zu erleichtern, indem Migranten als Akteure zur Stärkung der Wirtschaft auftreten können. Hierfür müssen rechtliche Beschränkungen für Ausländer in der Wirtschaft beseitigt und die Anwendung ihrer Kenntnisse beider Kulturen verbessert werden.

- Förderung und Vereinfachung der Mechanismen zur Familienzusammenführung als Form der legalen Migration.

- Verbesserung der Möglichkeiten für Migranten, Fähigkeiten und Kenntnisse in Deutschland zu erwerben, während sie sich auf eine berufliche Rückkehr in das Herkunftsland vorbereiten, und Erleichterung des Zugangs zu freien Stellen in Deutschland.

- Ausbau der rechtlichen, institutionellen und branchenspezifischen Maßnahmen auf allen Ebenen zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, Qualifikationen und Berufserfahrungen.

- Förderung des Ausbaus zirkulärer Migrationsprojekte unter Einbeziehung gewonnener Erkenntnisse.

- Die negativen Auswirkungen einer Abwanderung von Fachkräften überdenken und verhindern und den Schutz der Menschen- und Arbeitnehmerrechte für die Arbeitnehmer gewährleisten. Hierzu zählen etwa Investitionen in Programme in Zusammenarbeit mit ILO, IOM, NRO, CSOs und Migranten- und Diaspora-Organisationen.

- Sicherstellen, dass sich die Regelungen zur freiwilligen Rückkehr auf die Förderung einer nachhaltigen Rückkehr konzentrieren und die Ansätze mit den Herkunftsländern und den Partnerländern koordiniert werden. Erleichterung der freiwilligen Rückkehr durch wirksame Anreize und Sicherstellung, dass die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Migranten in die Gesellschaft aufgenommen werden.

- Zusammenarbeit mit Migranten und der Diaspora und Einholung von Beiträgen zur Gestaltung attraktiver und wirksamer Migrationsprogramme einschließlich Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr und Wiedereingliederung. Nutzung bestehender Instrumente wie bilateraler Abkommen und langfristiger Visa-Abkommen mit mehrfacher Einreise, um die zirkuläre Migration zu fördern.

- Angebot der doppelten Staatsbürgerschaft der Herkunfts- und Zielländer und/oder Aufbau von Visa-Systemen für die mehrfache Einreise in Zielländer, die sowohl die Rückkehr als auch die Zirkulation von Nachwuchskräften erleichtern können.

6. Stärkere Einbindung von Städten und lokalen Akteuren in die Integration

- Stärkung der Rolle und der Maßnahmen der lokalen Verwaltung bei der Förderung und Unterstützung der Integration von Migranten.

- Sicherstellen, dass die lokalen Verwaltungen alle ansässigen und neu ankommenden Migranten ansprechen unabhängig davon, welchen Status sie sowohl als Zielgruppen als auch als Mitgestalter von Politik und Praxis haben. Hierzu zählt auch, die Teilhabe von Migranten an der Verwaltung in ihren Wohnsitzgemeinden zu fördern.

- Unterstützung der Kommunen mit Wissen und Beratungsangeboten über Migranten und Zusammenarbeit bei Maßnahmen auf lokaler Ebene zur Aufnahme und Integration von Migranten und Flüchtlingen.

- Einbeziehung von Diaspora-Organisationen, Kirchen, Verbänden und Gewerkschaften in die lokale Integrationspolitik, um Migranten einen schnellen Start zu ermöglichen und zum gegenseitigen Verständnis zwischen Migranten und deutschen Bürgern beizutragen.

- Betonung der Relevanz, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von sofortigem Sprachunterricht, Integrationskursen und Arbeitserlaubnissen für neu ankommende Migranten und Flüchtlinge.

- Ermöglichung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft für langfristig Aufenthaltsberechtigte ohne Zwang zur Aufgabe ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft. Erweiterung der Möglichkeiten für die doppelte Staatsbürgerschaft.

- Abbau von Einschränkungen bei der Akkreditierung und Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Befähigungsnachweisen für ankommende Flüchtlinge und Migranten.

7. Stärkung und Ermöglichung der Teilhabe von Migranten und Flüchtlingen auf kommunaler Ebene und am politischen Dialog

- Schaffung eines günstigen Umfelds für die Beteiligung von Diaspora- und Migrantenorganisationen an der

Gestaltung, Umsetzung, Kontrolle und Evaluierung von Politik, soweit diese Migration und Entwicklung betrifft.

- Einbeziehung der Migranten in Diskussionen über Migration und Entwicklung durch Förderung ihrer Einbindung mittels Expertentreffen, strukturierten Dialogen und Workshops.

- Förderung der Einbindung von Diaspora- und Migrantenorganisationen in die Ermittlung von Entwicklungsprioritäten, um die Glaubwürdigkeit der staatlichen Akteure zu erhöhen, indem Migranten von Anfang an in die sie betreffende Politik einbezogen werden.

- Weiterentwicklung und Verbreitung von Erkenntnissen, die die Bedeutung der Einbeziehung von Diaspora- und Migrantenorganisationen in den politischen Dialog unterstreichen und sie als Akteure der Entwicklung sowohl im Zielland als auch im Herkunftsland anerkennen.

- Sicherstellen, dass Diversity-Schulungen in etablierten Entwicklungsorganisationen durchgeführt werden, so dass die Personalpolitik (d.h. Quotenregelungen für ausländische Arbeitnehmer in staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen) die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt.

- Bereitstellung von Mitteln zum weiteren Ausbau der Kapazitäten der Zivilgesellschaft einschließlich Diaspora- und Migrantenorganisationen.

8. Bekämpfung von Fluchtursachen

- Umsetzung und Einbeziehung von Ziel 10 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs): „Abbau der Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern“ sowie Einhaltung des Pariser Abkommens über die nachhaltige Entwicklung. Klimawandel. Förderung der weiteren Umsetzung aller anderen SDGs im Zusammenhang mit der Sicherung der Lebensgrundlagen (SDGs 1, 2, 6, 11, 13), dem Zugang zu Grundversorgung und Einkommen (SDGs 3, 4, 8) sowie der Gleichstellung der Geschlechter und dem Frieden (SDGs 5, 16).

- Engagement für die Beendigung der deutschen Waffenexporte. Sofortiger Verkaufs- und Exportstopp in Länder in Konfliktregionen oder mit zweifelhaften Menschenrechtsstandards.

9. Verbesserung der Datenlage zu den Zusammenhängen zwischen Migration und Entwicklung

- Verbesserung der Erhebung, Verfügbarkeit und Nutzung zuverlässiger und aufgeschlüsselter quantitativer und qualitativer Daten, um das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung zu verbessern und den Schutz der Rechte, die soziale Sicherheit und angemessene Bedingungen für Migranten zu gewährleisten, die zur Entwicklung in den Herkunfts- und Zielländern beitragen.

- Sicherstellen, dass sich die politischen Entscheidungsträger in den Herkunfts- und Zielländern bei der Gestaltung der Migrations- und Asylpolitik unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten und Kapazitäten auf die Erhebung und Analyse geschlechts- und altersspezifischer Migrationsdaten stützen, die ihre Situation, ihre Bedingungen, ihre Beschäftigung, ihre Bildung, ihren Sozialschutz sowie ihre wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Leistungen berücksichtigen.

- Dokumentation, Bewertung, Austausch und Förderung von Informationen über Projekte, Initiativen und Engagement im Bereich Migration und Entwicklung. Die Begleitung und Bewertung von Projekten ermöglicht es anderen, dazuzulernen und ihre eigene Arbeit zu verbessern. Für die Zukunft mehr Wissen generieren und aus früheren Erfahrungen lernen.

- Durchführung qualitativer und quantitativer wissenschaftlicher Untersuchungen zu den oben genannten Aspekten und dem (freiwilligen) Engagement von Migranten, um gute Gesetze, Regelungen und Praktiken im Bereich Migration gezielter und nachhaltiger zu unterstützen.

10. Stärkung der deutschen Unterstützung für die regionale, nationale und ganzheitliche Entwicklung im Ausland

- Zusammenarbeit mit Diaspora- und Migrantenorganisationen in der internationalen Entwicklungshilfe, um auf deren Wissen und Verständnis über die Länder und Menschen aufzubauen und als Brücken zwischen beiden Seiten zu dienen.

- Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Zuweisung von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens an die öffentliche Entwicklungshilfe, ohne die Aufnahmekosten von Asylbewerbern als Entwicklungshilfe anzurechnen.

- Sicherstellen, dass die gesamte Entwicklungshilfe dem Ziel entspricht, die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, wie in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung festgelegt. Entwicklungshilfe sollte niemals zur Finanzierung von Maßnahmen zur Kontrolle von Grenzen oder Migration/Mobilität dienen.

- Sicherstellen, dass die Etats für Migration und Entwicklung nur dann miteinander verknüpft werden, wenn sie beide auf die Agenda für nachhaltige Entwicklung und humanitäre Hilfe abzielen. Engagement gegen jede Anknüpfung der deutschen und europäischen Entwicklungshilfe an die Steuerung der Migrationsströme.

- Sicherstellen, dass die Entwicklungshilfe niemanden außer Acht lässt; sie kann die Begünstigten nicht nach dem Einwanderungsstatus oder ihrer mutmaßlichen Migrationsbereitschaft auswählen.

- Unterstützung der positiven Auswirkungen der Migration auf die Herkunftsländer durch Stärkung des Wissens-, Kompetenz- und Technologietransfers sowie durch Stärkung von Handel und Wirtschaft.

- Unterstützung von Kompetenztransfers und Social Remittances durch die Ermöglichung zirkulärer Migration, die Erleichterung der vorübergehenden Bereitstellung von Fachkräften mit Migrationshintergrund und die Förderung der Einbindung der Diaspora in die Entwicklung ihrer Länder durch die Schaffung geeigneter Kooperationsrahmen.

- Verabschiedung von Gesetzen und Maßnahmen zur Senkung der Überweisungskosten für Migranten in ihre Herkunftsländer. Verbesserung der Bargeldtransfermöglichkeiten für Geldüberweisungen in die Herkunftsländer der Migranten und Senkung der Transaktionskosten. Anwendung von SDG 10 Ziel 10.c als Richtlinie für die Interessenvertretung: „Die Transaktionskosten für Überweisungen von Migranten sollten unter 3% liegen und Überweisungskorridore mit Kosten über 5% sollten eliminiert werden.“

Appendix

ENDNOTEN

1 Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1965), der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966), der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966), das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979), das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (1984), das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989), das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (1990), das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2006).

2 Vollständiger Text unter https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/cmw.aspx

3 Hochgerechnet nach UNDESA (2017). Wie in den UNDESA-Schätzungen erwähnt, „basieren die Schätzungen auf offiziellen Statistiken über die im Ausland geborene oder ausländische Bevölkerung, geordnet nach Geschlecht, Alter und Herkunftsland. Die meisten der für die Schätzung des internationalen Migrantenbestandes verwendeten Statistiken stammen aus Volkszählungen. Darüber hinaus liefern Bevölkerungsregister und national repräsentative Erhebungen Informationen über die Zahl und Zusammensetzung der internationalen Migranten."

4 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung Absatz 8.

5 Die ICPD war mit 11.000 Delegierten aus 179 Ländern und rund 4.000 Teilnehmern am parallelen NGO-Forum die größte Konferenz, die jemals zum Thema Bevölkerung, Migration und Entwicklung abgehalten wurde. Zwei der zehn Kapitel des Aktionsprogramms befassten sich ausschließlich mit Migration und Entwicklung. Die von allen 179 teilnehmenden Staaten/Regierungen angenommene ICPD-Erklärung und das 20-jährige Aktionsprogramm (verlängert 2010) dienen weiterhin als umfassender Leitfaden für eine am Menschen orientierte Entwicklung. https://www.unfpa.org/fr/node/9038

6 Die Auswahl der Beispiele basiert im Wesentlichen auf den Antworten der Befragten.

7 Nicht alle relevanten Interessengruppen wurden befragt, aber die gewählte Stichprobe war ausreichend repräsentativ, um einen Überblick über die wichtigsten in der Studie behandelten Themen zu geben. Der Autor kontaktierte eine größere Anzahl potenzieller Informanten. Einige lehnten es aus Mangel an Zeit oder Interesse jedoch ab, an der Studie teilzunehmen. Aufgrund des beabsichtigten Untersuchungsumfangs und der verfügbaren Ressourcen widmen sich weder die Literaturrecherche noch die Feldstudie der systematischen Überprüfung und Analyse der vielfältigen Aspekten von Migration und Entwicklung, sondern untersuchen das Thema mit Hilfe von Fallstudien und Beispielen zu Herkunftsländern, Migrantengruppen und Projekten.

8 Diese werden im Folgenden als GER NN zitiert, wobei GER die Kennung für Deutschland und NN die Nummer des Interviews ist.

9 Bemerkenswerterweise ist die Anzahl dieser Aussiedler fast genau so hoch wie die 1945 in Deutschland gezählten rund 11 Millionen Ausländer (eingestuft als „Vertriebene"), von denen die meisten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene waren. Der Großteil von ihnen wurde schon bald in ihre Heimatländer zurückgebracht oder in andere westliche Länder umgesiedelt.

10 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, https://www.bundestag.de/grundgesetz.

11 Grundlage dafür waren die Bestimmungen des Grundgesetzes von 1949 (Art. 16 Abs. 2), die davon ausgingen, dass Menschen aus politischen Gründen (d.h. Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, nationaler Herkunft usw.) unfreiwillig geflohen seien (Mielast 2006).

12 Wie in einem Bericht über Asyl in Europa hervorgehoben wird, „ist dies der einzige Asylstatus, der im deutschen Asylrecht vorgesehen ist und das einzige verfassungsmäßige Recht ist, das sich ausschließlich auf Ausländer bezieht. Vor der Änderung des Zuwanderungsgesetzes basierten alle anderen Ansprüche auf subsidiären Schutz auf der Flüchtlingskonvention von 1951 und dem deutschen Ausländerrecht (Comune di Roma 2004:55).

13 Die EU Blue Card wurde 2007 eingeführt und 2009 in der Richtlinie über die Blaue Karte EU umgesetzt. Dabei handelt es sich um eine Arbeitserlaubnis, die von 25 von 28 EU-Mitgliedstaaten für hochqualifizierte Nicht-EU-Bürger ausgestellt wird. Ziel ist es, die Verfahren zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu vereinfachen, indem Europa zu einem angesehenen Ziel für qualifizierte Arbeitnehmer wird, die berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden können, und gleichzeitig von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union für Nicht-EU-Bürger zu profitieren. Siehe: https://www.eu-bluecard.com/

14 In diesem Bericht stützt sich der Autor auf die Definition des Statistischen Bundesamtes, wonach „die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund aus allen Personen besteht, die nach 1949 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, und aus allen in Deutschland geborenen Ausländern und allen in Deutschland geborenen Personen, die mindestens einen Elternteil haben, der in das Land eingewandert ist oder als Ausländer in Deutschland geboren wurde". Nach dieser Definition können „auch in Deutschland geborene deutsche Staatsangehörige einen Migrationshintergrund haben, sei es als Kinder von ethnisch deutschen Aussiedlern, als Kinder ausländischer Eltern (nach dem sogenannten Geburtsortsprinzip) oder als deutsche Staatsangehörige mit einem ausländischen Elternteil" (AZR, 2018 in https://www.domid.org/en/migration-history-germany).

15 Inhaber einer EU Blue Card können eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis für nur fünf Jahre erhalten. Eine Verlängerung ist nach Ablauf der ersten Genehmigung möglich.

16 Viele der Universitäten bieten auch Kurse auf Englisch an, was zu ihrer Beliebtheit beiträgt.

17 Dieses Verfahren findet statt, sofern den Minderjährigen die Einreise nicht an der Grenze verweigert wird. Dieser Fall würde ein ernsthaftes Schutzinteresse hervorrufen.

18 Personen unter 18 Jahren gelten im deutschen Asylverfahren als Minderjährige. Wenn sie ohne Begleitung eines für sie verantwortlichen Erwachsenen in einen Mitgliedstaat der EU einreisen oder dort unbegleitet zurückgelassen werden, gelten sie als unbegleitete Minderjährige (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2018).

19 „Die Europäische Union (EU) ist eine politische und wirtschaftliche Union, die sich aus 28 Mitgliedstaaten zusammensetzt, die den Pflichten und Privilegien der Mitgliedschaft unterliegen. Jeder Mitgliedstaat ist Teil der Gründungsverträge der Gewerkschaft und unterliegt verbindlichen Gesetzen innerhalb der gemeinsamen Gesetzgebungs- und Justizbehörden. "(EU Schengen Visa: https://www.schengenvisainfo.com/eu-countries/).

20 Im Jahr 2013 stellte das Auswärtige Amt finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Gründung eines Dachverbandes der deutsch-syrischen Hilfsorganisationen in Deutschland (VDSH) zu erleichtern. Der VDSH vertritt rund 22 Verbände und kann als das größte Netzwerk innerhalb der syrischen Diaspora in Deutschland angesehen werden. Im Rahmen des aktuellen Projekts „Kapazitätsaufbau zivilgesellschaftlicher Akteure der Syrienhilfe", das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem BMZ unterstützt wird, werden die Mitglieder des VDHS in Projektmanagement, Rechnungswesen und Antragstellung geschult, um die Professionalisierung und den Kapazitätsaufbau syrischer Diaspora-Organisationen in Deutschland zu fördern. Darüber hinaus haben ausgewählte Projekte für einen Zeitraum von sechs Monaten eine Seed-Finanzierung erhalten (Ragab, Rahmeier und Siegel, 2017).

21 Das Jahr 2015 markiert im kollektiven Gedächtnis der deutschen Bevölkerung das Jahr der „sogenannten Flüchtlingskrise". (Caritas Europa hingegen bevorzugt es, dieses Jahr und die Situation als Krise der europäischen Solidarität zu bezeichnen). Der Zustrom stellte die höchste Zahl von Menschen in Fluchtsituationen dar, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland angekommen sind (als täglich 15.000 mittellose Volksdeutsche an den deutschen Grenzen ankamen, die aus den Nachbarländern vertrieben worden waren). Die Reaktionen der Bevölkerung schwankten zwischen euphorischer Aufnahmebereitschaft und gewaltsamer Ablehnung der Schutzbedürftigen; hin- und hergerissen zwischen „Willkommenskultur" und öffentlichen und politischen Forderungen nach Abschottung; zwischen Kosmopolitismus und Nationalismus. Zunächst gab es eine beispiellose zivilgesellschaftliche Unterstützung für Flüchtlinge, die zu Wohn- und Versorgungsangeboten für Asylbewerber und Flüchtlinge führte. Dies war besonders wichtig, wenn man bedenkt, dass die staatlichen Strukturen zeitweise überlastet waren. Schließlich nahmen auch die Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Asylbewerberunterkünfte deutlich zu. Der populistischen Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD) gelang es in dieser humanitären Situation, die nationalistisch gesonnenen Wähler anzusprechen, indem sie das Thema Migration instrumentalisierte. Damit gewann die AfD genügend Sitze, um in mehrere Länderparlamente einzutreten, und hatte teilweise sogar zweistellige Abstimmungsergebnisse. Seit den Wahlen vom 24. September 2017 ist die AfD auch im Unterhaus des Deutschen Bundestages vertreten (Hanewinkel und Oltmer, 2018).

22 „Ziel 17: Wiederbelebung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung: Eine erfolgreiche Agenda für nachhaltige Entwicklung erfordert Partnerschaften zwischen Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft. Diese integrativen Partnerschaften, die auf Prinzipien und Werten, einer gemeinsamen Vision und gemeinsamen Zielen aufbauen, die Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellen, sind auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene notwendig. Nationale Aufsichtsmechanismen wie Oberste Rechnungskontrollbehörden und Aufsichtsfunktionen des

Gesetzgebers sollten gestärkt werden“ (UN: https://www.un.org/sustainabledevelopment/globalpartnerships/).

23 Dies erfordert, dass sich ein Flüchtling in einem bestimmten Gebiet aufhält, das mit seinem Wohnsitz verbunden ist. Das bedeutet wiederum, dass es einem Flüchtling nicht gestattet ist, ohne die Zustimmung der Behörden in München einen Job zu suchen, wenn er in Berlin wohnt, oder auch nur in eine Nachbarstadt zu reisen. Dies schränkt ihre Mobilität und Flexibilität bei der Suche nach tragfähigen Arbeitsmarktoptionen erheblich ein, insbesondere wenn sie auf Gebiete mit begrenzter Infrastruktur verteilt sind.

24 Der Generalplan von Berlin für Integration und Sicherheit (Masterplan Integration und Sicherheit). 24.05.2016. www.efb-berlin.de/fileadmin/templates/images/pdf-redakteure/END__Langfassung-Masterplan-Integration und Sicherheit.pdf

25 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist für die Erarbeitung und Förderung der entwicklungspolitischen Initiativen der Bundesregierung zuständig. Im Bereich „Migration und Entwicklungszusammenarbeit“ ist das BMZ bestrebt, die mit der Migration verbundenen Risiken zu reduzieren. Das BMZ setzt sich für nationale und internationale Rahmenbedingungen für Migration ein, die den Bedürfnissen ärmerer Länder Rechnung tragen (BMZ, 2018).

27 In Deutschland ist das Raphaelswerk als Mitglied von ERSO aktiv. Weitere Informationen finden Sie hier http://www.erso-project.eu/

28 Das Engagement der Zivilgesellschaft, nicht nur bei der Aufnahme von Flüchtlingen auf dem Einreisehöhepunkt im Jahr 2015, sondern auch bei der Fortsetzung ihres Engagements in kommunalen Unterstützerprogrammen, stößt auf eine recht positive Resonanz. Caritas Europa und ICMC erarbeiten derzeit eine Publikation zu diesem Thema im Rahmen des SHARE-Integrationsprojektes https://www.caritas.eu/share/

29 „Geduldete Personen“ und „ein geduldetes Aufenthaltsrecht“ beziehen sich auf die Duldung. Dieser Status wird Personen gewährt, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber nicht abgeschoben werden können. Diese Personen benötigen jedoch die Erlaubnis der Einwanderungsbehörden, um arbeiten zu können (BAMF, 2014).

30 Asylbewerber aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland - einer von der deutschen Regierung aufgestellten Kategorie -haben jedoch keinen Anspruch auf Ausbildung. Weitere Informationen finden Sie unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/integrationsgesetz-setzt-auf-foerdern-und-fordern-222362.

31 Dies sind die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Literaturverzeichnis

ACP Observatory on Migration. 2014. *Sending ideas back home: Exploring the potential of South–South social remittances in United Republic of Tanzania. Research report ACPOBS/2014/PUB02. Retrieved June 18, 2018 from https://publications.iom.int/books/sending-ideas-back-home-exploring-potential-south-south-social-remittances-united-republic.*

Angenendt, Steffen. 2017. *“German Immigration Policy. Current Challenges and Further Need for Reform”. In: Japan Spotlight, pp. 24-27.*

AZR. 2018 “Ausländerzentralregister”. *Retrieved June 18, 2018 from https://www.bva.bund.de/DE/Das-BVA/Aufgaben/A/Auslaenderzentralregister/azr_node.html.*

Bade, Klaus J. 1992. “Fremde Deutsche: ‚Republikflüchtlinge‘ - Übersiedler – Aussiedler” *In: Bade, Klaus J. (Ed.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart, pp. 401-410. Munich: Beck.*

BAGFW. Federal Association of Non-statutory Welfare (BAGFW). 2017. “Themen. Sozialkommission. Jahresbericht 2017”. *Retrieved July 24, 2018 from https://www.bagfw.de/gremien-themen/sozialkommission-i/*

BAMF. 2005. “The Impact of Immigration on Germany’s Society”. *The German Contribution to the Pilot Research Study “The Impact of Immigration on Europe’s Societies” within the framework of the European Migration Network. Retrieved on November 10, 2018 from https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/EN/Publikationen/Forschungsberichte/fb01-einfluss-zuwanderung.html*

BAMF. 2012. “Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen: Potenziale für die Integration in Deutschland”? *Forschungsbericht 14.*

BAMF. 2016. “Migrationsbericht 2015” *(Berlin: Federal Ministry of the Interior, 2016). Retrieved June 18, 2018 from https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2015.html*

BAMF. 2017. “Dossier: Freiwillige Rückkehr im europäischen Kontext. Reintegrationsprogramm für den Neustart im Herkunftsland”. *Retrieved July 22, 2018 from https://www.bamf.de/SharedDocs/Dossiers/DE/emn-tagung-rueckkehr-2017.html?docId=9284662&notFirst=true.*

Bertelsmann Stiftung. 2016. Inclusive Growth for Germany 5: Migrant Entrepreneurs in Germany from 2005 to 2014. *Retrieved October, 02, 2018 from https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/inclusive-growth-for-germany-5-migrant-entrepreneurs-in-germany-from-2005-to-2014/*

Blaschke, Joche and Sanela Sabanovic. 2001. Routes. Integration of Refugees. *German report. Arbeitshefte des BIVS. Berlin: Edition Parabolis.*

BMWi. 2017. Start-up potential among people with foreign roots. Trends, drivers, obstacles. *Study commissioned by the Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (BMWi).*

BMZ. 2018 “Benefiting from migration: Development policy approaches.” *Retrieved June 18, 2018 from https://www.bmz.de/en/issues/migration/Benefiting-from-migration-Development-policy-approaches/index.html*

BMZ. 2018a. “A Marshall Plan with Africa.” *Retrieved September 12, 2018 from https://www.bmz.de/en/countries_regions/marshall_plan_with_africa/index.html*

Hanewinkel, Vera and Jochen Oltmer. 2018. “Migration to Germany: Current Challenges and Future Development”. *bpb, 12 January. Retrieved September 12, 2018 from http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/262814/current-challenges-and-future-developments*

Brückner, Herbert. 2018. “Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten beschleunigt sich”. *IAB-Forum, 7 September 2018. Retrieved September 13, 2018 from https://www.iab-forum.de/arbeitsmarktintegration-von-gefluechteten-beschleunigt-sich/*

Bundesregierung. 2016. Integrationsgesetz. *Retrieved June 18, 2018 from https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/integrationsgesetz-setzt-auf-foerdern-und-fordern-222362.*

Bundesregierung. 2017. “Germany‘s National Sustainable Development Strategy”. *Retrieved June 18, 2018 from https://www.bundesregierung.de/Content/EN/StatischeSeiten/Schwerpunkte/Nachhaltigkeit/2016-07-27-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie_en.html*

Business Network Aachen. 2018. “Willkommen in der Technologieregion Aachen” *. Retrieved September 12, 2018 from https://www.business-network-aachen.com/home.*

Candan, Menderes. 2012. “The Iraqi diaspora in Germany and its role in reconstruction in Iraq”. *COMPAS. Retrieved June 18, 2018 from https://www.compas.ox.ac.uk/2012/the-iraqi-diaspora-in-germany-and-its-role-in-reconstruction/*

Canci, Haldun and Opeyemi Adedoyin Odukoya. 2016. “Ethnic and religious crises in Nigeria”. *African Centre for*

the Constructive Solution of Disputes. Retrieved June 18, 2018 from https://www.accord.org.za/ajcr-issues/ethnic-religious-crises-nigeria/

CAFOD et al. 2018. Engaging in the 2030 Agenda through the lens of Laudato Si'. *Retrieved July 9, 2018 from https://www.caritas.eu/sites/default/files/cf-sdgs_laudato_si_report_v8_single_page.pdf*

Caritas Europa. 2010. "Reflection paper on Migration and Development". *Internal working paper.*

Caritas Germany. 2018. "What does Caritas do for refugees in Germany"? *Retrieved June 18, 2018 from https://www.caritas-germany.org/focus/currentissues/what-does-caritas-do-for-refugees-in-germany*

Central Register of Foreigners. 2018. "Ausländische Bevölkerung" *(only German). Retrieved September 22, 2018 from https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevolkerung/AuslaendischeBevolkerung.html*

Chazan, Guy. 2018. "Mesut Özil's exit from German national team stokes racism debate". *Financial Times. 2018. Retrieved July 28, 2018 from https://www.ft.com/content/e1ed907a-8e57-11e8-bb8f-a6a2f7bca546*

CIM. 2018. "Returning experts". *Retrieved September 24, 2018 from https://www.cimonline.de/en/html/returning-experts.html.*

Comune Di Roma (Ed.). 2004: Europe Land of Asylum. *Reception and social inclusion of asylum seekers and refugees in three European capital cities. Rome: Fondo Europea Regiati.*

Connolly Kate. 2010. "Immigration: the rare success story of Mesut Ozil". *The Guardian, 15 November.. 2010. Retrieved September 12, 2018 from https://www.theguardian.com/world/2010/nov/15/mesut-ozil-turkish-german-football.*

Dannecker, Petra and Nadine Sieveking. 2009. "Gender, Migration and Development: An Analysis of the Current Discussion on Female Migrants as Development Agents". *Centre on Migration, Citizenship, and Development.*

De Lange, Tesseltje. 2018. "Welcoming talent? A comparative study of immigrant entrepreneurs' entry policies in France, Germany and the Netherlands". *Comparative Migration Studies, 6:27 https://doi.org/10.1186/s40878-018-0092-4*

Deutscher Bundestag. 2017. "Unterrichtung durch die Bundesregierung. 15. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung". *Drucksache 18/12300. Berlin: Deutscher Bundestag.*

Destatis. 2018. Zahlen, Fakten. *Retrieved June 18, 2018 from https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ZahlenFakten.html*

Diallo, Abdou Rahime. 2015. "Drivers of Change". *D+C Development and Cooperation, 11 December. Retrieved June 18, 2018 from https://www.dandc.eu/en/article/diaspora-investors-contribute-development-various-ways*

Diaspora NRW. 2018. "Eine Welt Politik in NRW". *Retrieved September 20, 2018 from http://diasporanrw.net/ueber-uns/eine-welt-politik-in-nrw/.*

Deutscher Bundestag, *Retrieved February 16, 2019 from https://www.bundestag.de/grundgesetz.*

Deutsche Welle. 2018a. Germany's new immigration law: What to expect. *Retrieved September 12, 2018 from https://www.dw.com/en/germanys-new-immigration-law-what-to-expect/a-44556016*

Deutsche Welle. 2018b. "NGOs tell German government: Don't ‚instrumentalize' development work". *Retrieved February 15, 2019 from https://www.dw.com/en/ngos-tell-german-government-dont-instrumentalize-development-work/a-41326258.*

Eine Welt Netzwerk. 2018. "Eine Welt Netzwerk. Promotorinnen". *Retrieved September 20, 2018 from https://eine-welt-netz-nrw.de/promotorinnen/*

Esser, Hermet and Herman Korte. 1985. "Federal Republic of Germany". *In Tomas Hammar (ed.), European Immigration Policy. A Comparative Study. Cambridge University Press, Cambridge.*

Euractiv. 2018. "What's in the new German immigration law?" *Retrieved February 15, 2019 from https://www.euractiv.com/section/central-europe/news/was-steht-im-neuen-einwanderungsgesetz/*

Eurostat. 2018. Personal remittances statistics. (November 2018). *Retrieved February 19, 2019 from https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Personal_remittances_statistics.*

Table 1: Personal remittances total outflows from the EU-28, millions EUR *https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/7/74/Personal_remittances_total_outflows_from_the_EU-28%2C_millions_EUR.png]*

Table 2: Personal remittances total inflows to the EU-28, millions EUR *https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/4/42/Personal_remittances_total_inflows_to_the_EU-28%2C_millions_EUR.png]*

Eurostat. 2018. "Statistical data". *Retrieved June 18, 2018 from http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/lfsa_esms.htm#unit_measure1519206937489.*

FES. 2018. Friedrich-Ebert Stiftung. Displacement. Migration. Integration. Shaping Migration". *Retrieved September 20, 2018 from https://www.fes.de/en/displacement-migration-integration/shaping-migration./*

Fetzer, Joel . 2000. Public Attitudes toward Immigration in the United States, France, and Germany. *Cambridge, UK: Cambridge University Press.*

FIS. 2018. "Faires Saarbrücken". *Retrieved June 18, 2018 from http://www.faires-saarbruecken.de/*

Flüchtlingshelfer. 2018. Flüchtlingshelfer. Information. Start. *Retrieved June 18, 2018 from https://fluechtlingshelfer.info/start/*

Folkerts-Landau, David. 2015. Influx of refugees: An opportunity for Germany. *Deutsche Bank Research brief, 13 November 2015. Retrieved February 12, 2018 from https://www.dbresearch.com/PROD/RPS_EN-PROD/PROD0000000000441803/Influx_of_refugees%3A_An_opportunity_for_Germany.PDF*

Francis. 2015. Encyclical Letter Laudato Si' of the Holy Father Francis on Care for Our Common Home. *Retrieved January 10, 2019 from https://www.caritas.eu/engaging-in-the-2030-agenda-through-the-lens-of-laudato-si/*

Freie Wohlfahrtspflege Bayern. 2018. "Aufgaben". *Retrieved September 20, 2018 from http://www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de/topnavigation/aufgaben/*

Geddes, Andrew and Peter Scholten. 2016. "Germany: A Country of Immigration After All". *Pp. 74-100 in The Politics of Migration and Immigration in Europe, by A. Geddes and P. Scholen. London, UK: SAGE Publications.*

German Statistical Office. 2018. "Bevölkerung. Migration und Integration. Migrationshintergrund". *Retrieved September 12, 2018 from https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/MigrationIntegration.html*

German Society for International Cooperation (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit - GIZ). 2018. "Programm Migration für Entwicklung". *Retrieved June 18, 2018 from https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html*

Grote, Janne. 2017. Family Reunification of third-country nationals in Germany. *Focussed study by the German National Contact Point for the European Migration Network (EMN). (German) Federal Office for Migration and Refugees. Retrieved January 14, 2019 from https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/11a_germany_family_reunification_en_final.pdf*

Hasse, Marianne and Pia Honerath. 2016. "Return Migration and Reintegration Policies: A primer". *Integration Strategy Group. Retrieved October 10 from http://www.gmfus.org/publications/return-migration-and-reintegration-policies-primer*

Humanity in Action. 2006. "Breaking the Silence. An Honest Discussion about Illegal Immigration to Germany". *Retrieved June 18, 2018 from https://www.humanityinaction.org/knowledgebase/239-breaking-the-silence-an-honest-discussion-about-illegal-immigration-to-germany.*

ICMPD and ECDPM. 2013. "Migration and Development Policies and Practices: A mapping study of eleven European countries and the European Commission". *Vienna, Prepared by the International Centre for Migration Policy Development (ICMPD), Vienna – Austria and the European Centre for Development Policy Management (ECDPM). Retrieved June 18, 2018 from https://ecdpm.org/publications/migration-development-policies-practices-2/*

ILO. NORMLEX - Information System on International Labour Standards. Ratifications for Germany. *Retrieved February 19, 2019 from https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:11200:0::NO::P11200_COUNTRY_ID:102643*

Jibrin, Abdullahi Dan'asabe. 2017. "The Nigeria State, Rule of Law, Good Governance and Development". *The International Journal of Innovative Research and Development, 6(2).*

Jugendmigrationsdienste. 2018. "Start. Information". *Retrieved September 20, 2018 from https://www.jugendmigrationsdienste.de/*

Juran, Sabrina and Niclas P. Broer. 2017. "A Profile of Germany's Refugee Populations". *Population and Development Review, 43(1): 149-157.*

Kiron. 2018. "Kiron University". *Retrieved September 12, 2018 from https://kiron.ngo/*

Kraler, Albert and Marion Noack. 2017. "Migration und Entwicklung eine neue Perspektive". *Bundeszentrale für politische Bildung, 22 December. Retrieved September 12, 2018 from http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/260906/migration-und-entwicklung-eine-neue-perspektive?p=all*

Le Blond, Josie. 2018. "German mayor sets example of how to welcome refugees". *UNHCR, Retrieved September 12, 2018 from https://www.unhcr.org/news/stories/2018/9/5b631bc14/german-mayor-sets-example-welcome-refugees.html*

Making it in Germany. 2017. "Discover Germany for qualified professional. Fact and figures. Contributions by immigrants". *Retrieved June 18, 2018 from https://www.make-it-in-germany.com/en/living-in-germany/discover-germany/immigration/*

Mielast, Stefanie. 2006. Adil geht. Zur Situation geduldeter Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland. *Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Fachbereich Gesellschaftswissenschaften.*

Miere, Frauka. 2009. Political Participation of Migrants in Germany. A European Approach to Multicultural Citizenship: Legal, Political and Educational Challenges *(EMILIE Project). Brussels: European Commission DG Research.*

Müller, Andreas. 2014. "Unaccompanied Minors in Germany". *Focus-Study by the German National Contact Point for the European Migration Network (EMN). Federal Office for Migration and Refugees. Retrieved June 18, 2018 from https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/EN/Publikationen/EMN/Studien/wp60-emn-minderjaehrige-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile.*

OECD. 2017. "International Migration Outlook 2017". *Retrieved June 18, 2018 from https://read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/international-migration-outlook-2017_migr_outlook-2017-en#page192 .*

OECD. 2018. "Key Statistics on migration in OECD countries". *Retrieved June 18, 2018 from http://www.oecd.org/migration/keystatisticsonmigrationinoecdcountries.htm*

OECD/ILO. 2018. "How Immigrants Contribute to Developing Countries' Economies". *OECD Publishing, Paris. Retrieved September 20, 2018 from http://www.oecd.org/migration/how-immigrants-contribute-to-developing-countries-economies-9789264288737-en.htm*

OECD/UNHCR. 2018. Engaging with employers in the hiring of refugees. *A 10-point multi-stakeholder action plan for employers, refugees, governments and civil society. Retrieved September 12, 2018 from http://www.unhcr.org/5adde9904.pdf*

Ohliger, Rainer. 2008. "Country Report on Ethnic Relations: Germany". *EDUMIGROM Background Papers. Central European University.*

Olaniyan, Kolawole. 2018. "Buhari's anti-corruption fight and the rule of law". *Punch, July 18. Retrieved September 12, 2018 from https://punchng.com/buharis-anti-corruption-fight-and-the-rule-of-law/*

Pfohman, Shannon. 2014. A Comparison of the Situation of Bosnian Refugees in Berlin and Chicago. Perceptions of the facilitating factors and obstacles affecting their adaptation process. *PhD Dissertation, Freie Universitaet. Berlin. Retrieved February 16, 2019 from https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/3562.*

PICUM. 2016. "PICUM Country Brief. Undocumented Migrants and the Europe 2020 Strategy: Making Social Inclusion a Reality for all Migrants in Germany." *Retrieved August 18, 2018 from http://picum.org/wp-content/uploads/2017/11/UndocumentedMigrantsandEurope2020StrategyinGermany_EN.pdf .*

Ragab, Nora Jasmin, Laura Rahmeier and Melissa Siegel. 2017. Mapping the Syrian diaspora in Germany *Contributions to peace, reconstruction and potentials for collaboration with German Development Cooperation. German Society for International Cooperation (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit - GIZ).*

Rietig, Victoria and Andreas Müller. 2016. "The New Reality: Germany Adapts to Its Role as a Major Migrant Magnet". *Migration Policy Institute. Retrieved January 14, 2019 from https://www.migrationpolicy.org/article/new-reality-germany-adapts-its-role-major-migrant-magnet.*

Steinhardt, Max Friedrich 2018. The Impact of Xenophobic Violence on the Integration of Immigrants. *Institute for Labour Studies, IZA DP No.11781, Bonn. August 2018. Retrieved February 19, 2019 from http://ftp.iza.org/dp11781.pdf*

SKEW. 2018. "The Service Agency Communities in One World". *Retrieved September 12, 2018 from https://skew.engagement-global.de/service-agency.html*

Tangermann, Julian and Paula Hoffmeyer-Zlotnik. 2018. "Unaccompanied Minors in Germany: Challenges and Measures after the Clarification of Residence Status". *Working Paper 80, commissioned by the Federal Office for Migration and Refugees. Retrieved June 18, 2018 from https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/EN/Publikationen/EMN/Studien/wp80-unbegleitete-minderjaehrige.html.*

Taran, Patrick. 2012. "Rethinking Development and Migration; Some Elements for Discussion," *online GMPA Working Paper by Global Migration Policy Associates. Retrieved on February 8, 2019 from https://www.globalmigrationpolicy.org/articles/dynamics/Immigration,%20Discrimination,%20Integration-%20Europe%20Policy%20Options%20in%2021st%20Century,%20TARAN,%20Brussels%202005.pdf.*

Taran, Patrick et al. 2016. "The Sustainable Development Goals and Migrants/Migration." *online Global Migration Policy Associates (GMPA) brief document. Revised 2018. Retrieved on February 6, 2019 from http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/events/coordination/14/documents/backgrounddocs/GMPA_14CM.pdf.*

The World Bank. 2018a. Annual Remittances Data *(updated as of Dec. 2018), Inflows and Outflows tables. Retrieved February 19, 2019 from http://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaissues/brief/migration-remittances-data.*

The World Bank. 2018b. Bilateral Remittance Estimates for 2017 *using Migrant Stocks, Host Country Incomes, and Origin Country Incomes (millions of US$) (April 2018 Version). Retrieved February 19, 2019 from http://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaissues/brief/migration-remittances-data.*

Thelen, Peter. 2018. "Germany's desperate need for immigrants". *Handelsblatt Today, 30 January. Retrieved June 18, 2018 from https://www.handelsblatt.com/today/politics/pension-payers-germanys-desperate-need-for-immigrants/23580910.html?ticket=ST-1580532-xsjAmcBvUCAptjmeKXfU-ap6*

UN Resolution 71/1. New York Declaration for Refugees and Migrants. *Adopted by the General Assembly on 19 September 2016 from http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/71/1.*

UN Department of Economic and Social Affairs (DESA) 2017. The International Migration Report 2017 (Highlights). *Retrieved February 19, 2019 from https://www.un.org/development/desa/publications/international-migration-report-2017.html.*

Trines, Stefan. 2017. "Lessons from Germany's refugee crisis: Integration, costs, and benefits". *WENR, Retrieved June 18, 2018 from https://wenr.wes.org/2017/05/lessons-germanys-refugee-crisis-integration-costs-benefits*

UN. 2014. "Background Note on Germany's Development Policy Priorities". *Retrieved June 18, 2018 from http://www.un.org/en/development/desa/policy/organigramme/note_docs/2014-BN-4.pdf.*

UNESCO. 2016. Cities Welcoming Refugees and Migrants: Enhancing effective urban governance in an age of migration. *Retrieved March 01, 2019 from http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002465/246558e.pdf.*

UNHCR. 2017. "Global trends: Forced displacement in 2017". *Retrieved August 8, 2018 from https://www.unhcr.org/globaltrends2017/*

UNHCR. 2018. German mayor sets example of how to welcome refugees. *Retrieved June 18, 2018 from https://www.unhcr.org/news/stories/2018/9/5b631bc14/german-mayor-sets-example-welcome-refugees.html.*

Verein junger Deutscher-Afrikaner. 2018. "Diaspora NRW. Verein junger Deutsch-Afrikaner". *Retrieved September 20, 2018 from http://diasporanrw.net/akteur/verein-junger-deutsch-afrikaner-e-v/*

Vienna Declaration and Programme of Action, adopted by the World Conference on Human Rights in Vienna on 25 June 1993. *Retrieved on November 15 from http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/Vienna.aspx*

WUS. 2018. "STUBE Hessen". *Retrieved August 26, 2018 from https://www.wusgermany.de/en/international-students/stube-hessen.*

Liste der Interview Partner

Interview Code	Name and Organisation	Position	Date	Type of interview
GER 1	Dirk Tröndle Iranian Community Berlin	Geschäftsführer	06/06/2018	E-Mail Austausch
GER 2	Tatjana Baraulina Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	Migrations- und Integrationsforscherin	08/06/2018	E-Mail Austausch
GER 3	Prof. Dr. Ulrike Krause Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr Universität Bochum	Junior Professorin	14/06/2018	Skype Interview
GER 4	Dr. Marcus Engler Part of the Leadership of the Senate Department for Integration, Labour and Social Services, Berlin	Migration Expert Researcher Social Scientist	19/06/2018	Skype Interview
GER 5	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH - GIZ, Programme Migration for Development	Project Manager	20/06/2018	Skype Interview
GER 6	Dr. Benjamin Etzold Bonn International Center for Conversion (BICC)	Researcher	20/06/2018	Skype Interview
GER 7	Felix Braunsdorf Friedrich-Ebert Stiftung	Project Coordinator “Migration and Development” Department Global Politics and Development, International Development Cooperation	11/07/2018	Telefon
GER 8	Dr. Uwe Hunger Institute for Political Science, University Münster	Lecturer/Researcher	11/07/2018	Telefon
GER 9	Elizabeth Adekunle African Women & Youth Organisation (AWYO) Nigerian-German Centre for Jobs, Migration and Reintegration	Former director (AWYO) and National Coordinator Nigeria (GIZ)	18/07/2018	Interview
GER 10	Dino Corell ILO Country Office for Nigeria, Ghana, Liberia, Sierra Leone and Liason Office for ECOWAS	Employment and Migration Officer	20/07/2018	Interview
GER 11	Austin Ezejiofor GIZ/ Centre for International Migration (CIM), Nigeria	Coordinator Migration and Development	19/07/2018	Interview
GER 12	Isa Sandiraz Landkreis Göttingen	Integrationsbeauftragter	06/08/2018	Telefon
GER 13	Vertreter des Bundeskanzleramt	Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	06/08/2018	Telefon
GER 14	Pia Popal Stadt München	Koordinationsstelle Flucht und Entwicklung	10/08/2018	Telefon
GER 15	Reyhan Kulac-Brechfeld Stadt München	Stelle für Interkulturelle Arbeit – Schule für Alle	09/08/2018	E-Mail Austausch
GER 16	Peter Weichardt Fairtrade-Initiative Saarbrücken	Kampagnen Manager “Faire Schulklasse - Klasse des Fairen Handels”	15/07/2018	E-Mail Austausch
GER 17	Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ), Referat L3	Communication Department	10/08/2018	E-Mail Austausch
GER 18	Tina Adomako Forum für soziale Innovation, DiasporaNRW.net	Fachpromoterin Empowerment and Intercultural Exchange	10/08/2018	Telefon